DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

61 6. JAHRGANG Oktober '89 5,00 DM

BETRIEBE IN BELEGSCHAFTSHAND

„Proletarier aller Länder ...“

Betriebsübernahmen durch Belegschaften – ein Blick über den bundesdeutschen Tellerrand zu unseren europäischen Nachbarn Italien, Spanien, Frankreich, England und Dänemark.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Petra Inden, Redaktion Rhein/Main ● Nachdem wir in der Juli-Ausgabe eingehend über die Situation der bundesrepublikanischen Belegschaftsbetriebe berichtet haben, interessiert uns in diesem Schwerpunkt, was die „Proletarier aller Länder“ denn nun wirklich machen. Daß sie sich unbedingt vereinigen, kann man nun nicht gerade behaupten. Das wird inzwischen von einer anderen Seite mit anderem Hintergrund viel konsequenter vorangetrieben: Der EG-Binnenmarkt naht und mit ihm die Frage, wie wir, die Linken, Alternativen und Weltverbesserer, denn eigentlich damit umzugehen gedenken. In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich (mir zwar nicht, sie wird mir aber öfters gestellt) die Frage, was die „Linke“, die Selbstverwaltungsszene, die Alternativen und Grünen denn mit Belegschaftsbetrieben zu tun haben. Ist der Traum der „Machtergreifung durch die proletarische Avantgarde“ wirklich ausgeträumt oder warum gibt es kaum noch Kontakte zwischen „normalen“, selbstverwalteten und Belegschaftsbetrieben?

Es soll Zeiten gegeben haben, da man sich darüber gestritten hat, ob es sinnvoller ist, seine politische Initiative in „normalen“ Betrieben zu entfalten oder eigene Betriebe – die sogenannten selbstverwalteten Betriebe oder auch Arbeiterselbsthilfen – *zu gründen ... für eine Wirtschaft von unten.*

Nun gut, all das war mit Sicherheit nicht Hintergrund der EG-Kommission, über die Situation der Belegschaftsbetriebe in EG-Ländern eine Studie anfertigen zu lassen. Rainer Duhm, unser Lieblings-Ansprechpartner in Sachen Betriebsübernahmen durch Belegschaften, hat nicht nur – als für die BRD Verantwortlicher – an dieser EG-Studie mitgearbeitet, sondern hat sie gleichzeitig für uns in eine verständliche, lesbare Form gebracht. Auf den Seiten 7, 8, 9 gibt es zunächst einen zusammenfassenden Überblick zur Situation der Belegschaftsbetriebe in EG-Ländern; darauf folgen Einzelberichte aufgrund einer wohldurchdachten Auswahl: Italien, Frankreich, Spanien, England und Dänemark. Die BRD wird in diesem Zusammenhang immer noch als Entwicklungsland Nr.1 bezeichnet, was nach Durchforsten der Studie einer gewissen Logik nicht entbehrt.

Von Gewerkschaften, Parteien und inzwischen auch der „Szene“ auf den Punkt der „Erhaltung von Arbeitsplätzen“ reduziert, böte sich für meine Begriffe,die europäische Projektemesse '91 an, Wege der Kooperation zwischen Belegschaftsbetrieben der verschiedenen EG-Länder, zwischen Belegschaftsbetrieben und den linken Parteien, Gewerkschaften und Organisationen und letztlich zwischen Belegschaftsbetrieben und der Selbstverwaltungsszene zu suchen und zu finden – für eine Wirtschaft von unten, auch im EG-Binnenmarkt. ●

AUS DEM INHALT:

BIOLÄDEN:

Optimismus in der Naturkostbranche ist nicht mehr Sache der Überzeugung, sondern der Werbung, ausgestrahlt durch Markennamen wie Grüne Welle, Fountaine, Rapunzel, Biogarten usw. – der neue naturköstliche Geschmack mit Gummibärchen, Chips, Schokolade...
Optimismus um der Sache willen ist jedoch etwas anderes. Auch die Idealisten in der Branche haben Erfolge aufzuweisen: durchschnittlich höhere Einkäufe durch Stammkunden, höhere Umsätze gerade aufgrund des Verzichts auf Biofeinkost, mehr Glaubwürdigkeit, besseres Arbeitsklima, Lust, die ganze Ökoszene umzukrempeln. Der Artikel von Barbara Hellwig und Harald im Spring beschreibt die Entwicklung eines Bioladens zum Verbraucherverein als konsequente Fortführung einer ökologischen Idee.
Näheres auf Seite 13

EUROPA GEGEN DEN STROM

Gemeinsmae Proklamationen eines radikalen Europas ließen die aus zahlreichen europäischen Ländern nach Amsterdam gereisten AusstellerInnen und BesucherInnen nicht verlauten. Dennoch hat das Medienfestival -Europa gegen den Strom-, das Mitte September stattgefunden hat, sicher neue Eindrücke und Erfahrungen, Kontakte zu einem -anderen- Europa vermitteln können. Eigeninitiative und Spontanität waren gefordert bei dieser alles andere als durchorganisierten Veranstaltung. Manch eine(r) wird es als Fiasko empfunen haben, andere genossen das Spektakel als einen Ausdruck von Protestkultur.
Ein Fazit kann noch nicht gezogen werden, die subjektiven Sichtweisen sind äußerst unterschiedlich. Ob eine derartige Veranstaltung in absehbarer Zeit noch einmal stattfindet, ist noch offen.
Mehr dazu auf Seite 4

SCHNÖDER MAMMON

Kann die Selbstverwaltungswirtschaft das Problem der Ausbeutung lösen? Klaus Schmitt stellt in seinem Beitrag die These auf, daß ohne Abschaffung des Zinses nur die eigene Ausbeutung selbstverwaltet wird. Ein anderes Wirtschaften mit Zinssystem ist für ihn eine Antinomie.
Als Weg zur Auflösung dieses Widerspruchs bietet er die Wirtschaftstheorie von Gesell und Proudhon an: Kommunensozialismus ohne Zins, Kinderrente aus Bodenzins – ein Weg zum libertären Sozialismus.
Helmut Creutz beginnt in der neuen Serie -Das verflixte Geld- die Grundbegriffe des Geldsystems auseinanderzunehmen. Ständig haben wir es mit Geld zu tun, das Geld ist uns ein geläufiger Wertmesser. Wissen wir aber dadurch um seine Bedeutung?
Näheres auf Seite 12

PROJEKTEMESSE '91

Kaum ist eine Idee geboren, gibt es auch schon die ersten Konflikte darum. Bevor die Organisation des -Endes der Eiszeit- richtig angelaufen ist, hört man schon Unkenrufe, die das Ganze als fehlgeplant einstufen. Es gilt jedoch, die angebrachte Kritik produktiv zu verwerten. Am 14.Oktober soll nun die Organisation auf einer Veranstaltung in der Krebsmühle festgelegt werden – mehrere Vorschläge und Projektskizzen liegen vor.
Bericht dazu auf den Seiten 2 und 3

P 8008 E

00.2621 001 5
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

INTERNATIONALES SEMINAR

Multinationale Selbstverwaltung?

Ein Diskussionsbeitrag und Bericht vom internationalen Seminar in Dubrovnik im Inter University Center (5.-19.5.89): „Problems and aspects of selfmanaging enterprises in different social systems“

Reinhard Neumann (ISO/ISS), Redaktion Heidelberg ● Das Seminar fand nun schon zum zweiten Mal, vom International Institute for Selfmanagement organisiert, unter der Leitung von u.a. Gabriele Herbert statt. Idee und Konzeption ist es, durch theoretische Auseinandersetzung und Einbringen von praktischen Erfahrungen aus den verschiedenen Ländern,den Problemen der Selbstverwaltung auf möglichst vielen Ebenen zu begegnen,dabei Strategien zur Umsetzung und damit Lösungsvorschläge zu entwikkeln.

In diesem Jahr wurden erstmals Berichte aus der UDSSR eingebracht, da sich dort im Bereich von Genossenschaften und Selbstverwaltung ,ebenso wie in Ungarn,einiges geändert hat. Darüberhinaus wurde die Situation, in der sich Jugoslawien befindet, aktualisiert – Entwicklung und aktueller Diskussionsstand zu: USA – worker owned enterprises – Aspekte der Selbstverwaltung, Mondragon – eine Region in Selbstverwaltung, Dänemark – Selbstverwaltung und Gewerkschaften, BRD – SV und Gewerkschaften heute, Chile – SV und neue soziale Bewegungen.

PROBLEMFELD SELBSTVERWALTUNG

Bevor ich auf einige ausgwählte Berichte eingehe, werde ich im vorhinein Aspekte und Probleme der Selbstverwaltung zu benennen versuchen, so wie sie mir seit zwei Jahren bei internationalen Treffen begegnet sind:

Selbstverwaltung befindet sich seit einigen Jahren in einer Krise, sowohl in kleinen wie in großen Zusammenhängen, in den Betrieben selbst, in Regionen auch dort, in dem sich die ganze Gesellschaft selbstverwaltet organisiert hat. Jugoslawien, als einziges Land, in dem Selbstverwaltung auf allen Ebenen versucht wird, ist allerdings nicht auf Grund selbstverwalteter Strukturen in dieser Krise, sondern auf Grund regional/nationaler Konflikte, die nur knapp am Bürgerkrieg vorbeiführen, siehe der Militäreinsatz in der Region Kosovo, wo es auch Tote gab.

Diese Auseinandersetzungen führen allerdings auch zu einer Schwächung der Selbstverwaltung im Lande.

In Mondragon, wo schon seit 40 Jahren selbstverwaltet gewirtschaftet wird, wird die Frage nach dem Unterschied zu anderen kapitalistischen Betrieben immer aktueller: Wer entscheidet in den größer werdenden Betrieben? Wer trägt die Verantwortung? Wie werden falsche Entscheidungen revidiert? Das Interesse an der Teilnahme an diesen Prozessen nimmt ab, die Verselbständigung von Entscheidungsträgern zu.

Wenn schon in selbstverwalteten Großbetrieben das Problem der inhaltlichen Umsetzung, d.h. eine gesellschaftspolitische Einflußnahme, nicht funktioniert, so könnte man hoffnungsvoll auf die kleineren Einheiten verweisen. Doch diese stecken selbst in einer „Identitätskrise“, was die gesellschaftspolitischen Ziele und Ideale betrifft. Kann es sein, daß SV nur als eine marginale Betriebswirtschaft im Rahmen einer marktwirtschaftlich kapitalistisch ausgerichteten Volkswirtschaft existieren kann? Muß SV nicht mehr sein, eine Alternative, die dem immer stärker werdenden Konsumerismus entgegengesetzt wird?

Ich denke in dieser Richtung kann ein Weg gefunden werden, was SV sein kann und soll, eben mehr als eine Wirtschaftsweise. SV kann daneben kulturell, gesellschaftspolitisch eingreifen. Es ist möglicherweise sogar die einzige Überlebensmöglichkeit für die selbstverwalteten Betriebe sich politisch stärker zu formieren und dies sowohl durch internationale Verknüpfungen als auch regionale Stärkung und innerbetriebliche Weiterbildung zu unterstützen.

Das heißt aber noch längst nicht, daß SV in der Lage wäre, die Probleme auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zu lösen; doch daran mitzuarbeiten ist wichtig. SV ist vor allem in der BRD noch eine junge Bewegung, die durchaus Zeit braucht, um sich entwickeln zu können. Insofern ist diese Krise sicher auch ein Zeitpunkt, wo erstmal wichtig ist, zu halten, was entstanden ist.

Revision und Neuorientierung wird dann folgen – in dieser Phase sind die inhaltlichen Diskussionen auf internationaler Ebene von Bedeutung.

Fortsetzung auf Seite 11

CONTRASTE ON THE AIR

Kommunikationsbarrieren?

Unmittelbar vor Beginn des Berliner Vorbereitungstreffens zum „Ende der Eiszeit" hatte Radio 100 eine Stellungnahme des Berliner Netzwerks zur Projektemesse erhalten. Das Radio wandte sich daraufhin an CONTRASTE und bat um ein Interview. Kurt Regenauer wurde für den bisherigen VorbereiterInnenkreis befragt, was Sache ist. Wir dokumentieren:

Foto : Krebsmühlen-Archiv

RADIO 100: Projekte, das sind selbstverwaltete Betriebe, die Alternative zu herkömmlichen Betrieben mit Chef und Untergebenen, mit Kapitalakkumulation und Profitmaximierung. Mit der Einführung des Europäischen Binnenmarktes 1992 verändert sich so einiges und auch die Rahmenbedingungen für selbstverwaltete Projekte. Und da gibt es nun eine Initiative, die für 1991 eine Europäische Projektemesse in Berlin veranstalten möchte. Zur Vorbereitung dieses ehrgeizigen Planes findet heute abend im Mehringhof eine Informations- und Diskussionsrunde statt, an der sich alle Leute aus interessierten Projekten beteiligen sollten. Eingeladen hat die »Planungsgruppe«. Die wurde initiiert von CONTRASTE und das wiederum ist ein Verein, der die einzige Zeitung der alternativen Projekte mit Namen CONTRASTE herausgibt. Im Studio begrüße ich jetzt Kurt Regenauer von der CONTRASTE-Redaktion Nürnberg. »Guten Abend!«, kann ich mittlerweilen fast schon sagen. »Ende der Eiszeit« heißt der Titel der Projektemesse: Was ist drin?

Kurt Regenauer: „Ende der Eiszeit" heißt, daß auch einmal die Kommunikationsbarrieren überwunden werden, die zwischen den regionalen Szenen des Selbstverwaltungsbereichs bestehen. Weil vor 10 Jahren doch etliche aufgebrochen sind und irgendwelche Projekte gemacht haben und heute immer unklarer wird, was eigentlich die Zukunft der Selbstverwaltung ist. Europäische Projektemesse, damit meinen wir nicht, daß wir nur Leute aus dem europäischen Raum einladen wollen, sondern wir finden, das muß eine internationale Diskussion sein. Der EG-Binnenmarkt, das ist keine Sache, die nur die Europäer angeht. Wir wollen insbesondere auch in die „Dritte Welt" und nach Osteuropa – außerhalb der Grenzen des Binnenmarktes – Kontakt aufnehmen und einmal diskutieren, was überhaupt Modelle, „anders zu arbeiten und zu leben" in der heutigen Welt noch bieten können.

Welche Ausgangspunkte seht ihr eigentlich? Ich meine, es hat sich ja sehr viel geändert innerhalb der letzten 10 Jahre, auch gerade bei selbstverwalteten Betrieben und Projekten. Gibt es da überhaupt noch eine gemeinsame Basis? Also da gibt es doch sehr unterschiedliche Entwicklungen.

Ich denke auch. Was die Schäfereigenossenschaft mit einem Frauenprojekt zu tun hat, ein Kulturbetrieb mit einem alternativen Radio...

...nun, letzteres ist beinahe schon ein Kulturbetrieb...

...aber, was das dann noch mit einer gemeinsamen Gegenkultur zu tun hat, das ist immer verschwommener geworden. Und wir finden es eigentlich mal wieder an der Zeit, darüber eine grundlegende Diskussion zu führen und auch darüber zu reden, welche gesellschaftliche Bedeutung die Selbstverwaltung in Zukunft eigentlich haben kann. Da sind wir doch um etliche Illusionen ärmer als vor 10 Jahren.

Welche Illusionen, um das mal ein bißchen plastischer zu machen?

Vor 10 Jahren haben wir gedacht, „anders arbeiten – anders leben", alternative Modelle im Konkreten, sind auch eine gesellschaftliche Perspektive. Mittlerweilen sehen wir doch, daß die politischen Kräfte in der Gesellschaft durchaus in der Lage sind, auf solche Geschichten einzugehen und sie im Rahmen ihrer Politik zu instrumentalisieren. So wollten wir die Selbstverwaltung des gesellschaftlichen Reichtums und sie meinen die Selbstverwaltung von Armut. Selbstverwaltung als gesellschaftliche Perspektive ist doch wirklich ein ganzes Stück mehr als das, was in einem einzelnen Projekt zu leisten ist.

Bezogen auf den Binnenmarkt 1992 – welche Veränderungen wird er gerade für selbstverwaltete Projekte bringen?

Der Binnenmarkt wird für Projekte an und für sich, soweit sie in ihrer konkreten Projektarbeit stecken, gar nicht so spektakuläre Änderungen bringen. Er wird aber in der gesamten sozialpolitischen Landschaft und der weiteren Entwicklung der Gesellschaft große Veränderungen hervorrufen, die wiederum dann neue Rahmenbedingungen für Projekte darstellen. D.h., wenn heutzutage in der BRD und Westberlin z.B. eine Offensive zur Flexibilisierung der Arbeitszeit in Vorbereitung auf den Binnenmarkt läuft und selbstverwaltete Betriebe derzeit noch nicht in der Lage sind, klare Dinge dagegen zu setzen vielleicht gar noch als Zeugen und Vorreiter dieses Trends gelten, dann wird mir vor der Zukunft bange. Und es ist gefährlich, wenn die selbstverwalteten Projekte sich nicht darauf vorbereiten in ihren Diskussionen.

Manche Projekte leben das wohl schon vor, was als Horrorvision mit dem EG-Binnenmarkt verbunden ist?

Sie wollen wohl nicht, aber sie könnten es tun, wenn sie sich nicht mehr darüber klar sind, was daran alternativ ist, was sie tun.

Welche Erwartungen habt ihr jetzt von Seiten der Initiatoren an die Europäische Projektemesse 1991? Is ja schon ne sehr lange Vorlaufzeit, die ihr euch da setzt, immerhin über 1 1/2 Jahre.

Die Vorlaufzeit ist unser eigentliches Anliegen. Das heißt, wir gehen nicht davon aus, daß wir jetzt eine Großveranstaltung aus dem FF planen und dann mit sehr viel öffentlichen Geldern durchziehen. Wir wollen eher einen politischen Prozeß. Wir wollen Austausch darüber, wo die Selbstverwaltung steht und was ihre Zukunft ist.

Dieser politische Prozeß wurde heute eingeleitet durch das Netzwerk Berlin. Die haben uns einen Brief geschickt. Da heißt es als Kritik zu eurem Vorhaben: »Der Kontakt zu den Projekten, die eine Messe überhaupt erst zu einer Projektemesse machen, wurde unserer Ansicht nach vernachlässigt. Noch bevor internationale und nationale Geldtöpfe für die Finanzierung der Messe recherchiert werden, sollte doch mit den Projekten gesprochen werden, ob und in welcher Form sie eine solche Messe für sinnvoll halten und in welcher Weise sie sich beteiligen wollen.« Was sagst denn du zu solchen Anwürfen?

Wir wären froh darüber gewesen, wenn wir früher als mit der Veranstaltung heute abend Kontakte mit Projekten in Westberlin hätten aufnehmen können. Wir haben auch schon im Juli einen Vorstoß beim Netzwerk gemacht, eine Finanzierung zu erreichen, um Projekte mit Informationen zu beschicken und sie in die Diskussion mit einzubinden. Das war dann leider nicht möglich, weil Netzwerk unseren Antrag abgelehnt hat. Heute hoffen wir, daß da ein Anfangspunkt gesetzt wird, obwohl wir uns keine Illusionen machen, daß bei der Komplexität des Themas viele Leute vom Hocker gerissen werden. Ein Stückweit hoffen wir, daß wir so einfach ein paar Leute mehr werden, die das Thema – auch kritisch diskutieren. Und auf Kritik sind wir ja schließlich angewiesen, vom Netzwerk und von anderen.

Das ist ja sicher richtig. Es gibt aber noch einen weiteren Kritikpunkt. Die Themenpalette soll so bunt und vielfältig sein, daß nicht konzentriert diskutiert werden und nichts richtiges herauskommen kann.

Heute abend soll ein Vorschlag vorgelegt werden, wie das alles ablaufen soll. Da sind die ganzen Diskussionsprozesse und Themenvorschläge in einer Projektskizze klar gegliedert und wir hoffen eigentlich, daß auch NetzwerkerInnen sich mit diesem Entwurf auseinandersetzen...

...kannst du den mal kurz umreißen, in Stichpunkten, um das ein bißchen konkreter zu machen? Wie wird eine solche Messe geplant, wenn du sagst, die Vorlaufzeit ist auch das Wichtige für euch?

Wir haben vor, zu 9 verschiedenen Themenkomplexen auf der Messe politische Foren zu veranstalten. Wir wollen, daß bundesweit Planungsgruppen entstehen, von Leuten aus Projekten, die dann auch eine Programmkompetenz wahrnehmen, d.h. sich inhaltlich dafür verantwortlich fühlen, was mit solche Themen geschieht. Das geht von frauenpolitischen Themen über Themen wie Gegenöffentlichkeit/Zensur, Technologie, Theorie der Selbstverwaltung, Ökologie, Kultur und Gegenkultur... das sind also schon sehr viele verschiedene Themen.

Also heute abend die Diskussion zur Projektemesse! Vielen Dank, Kurt Regenauer

Eine ausführliche Darstellung der Berliner Netzwerkposition erfolgt – zusammen mit anderen Stellungnahmen – in der ersten Ausgabe der Messezeitung. Die Berliner NetzwerkerInnen werden hierfür gebeten, ihre Stellungnahme zu aktualisieren (inzwischen liegt der erste Entwurf einer Projektskizze vor) und ausführlicher zu begründen. ●

Zensiert!

Der Meinung, daß wir in der CONTRASTE Beiträge zensieren, sind wir allerdings nicht. Leider kommt es jedoch aus innerbetrieblichen Gründen immer wieder dazu, daß im letzten Moment noch Kürzungen an Artikeln vorgenommen werden müssen, die nicht mit dem/der SchreiberIn abgesprochen sind. So ist Marlis Cavallaro der Meinung, wir hätten durch eine Überarbeitung ihres Artikels »Einfach mal losfahr'n« (CONTRASTE September '89) der von ihr angebrachten Kritik die Schärfe genommen. Das ist natürlich nicht der Sinn der Endredaktion. Kürzungen und Umarbeitungen sollten den Gehalt eines Artikels nicht verändern und mit den RedakteurInnen abgesprochen sein. Falls dies nicht so sein sollte -manchmal klappt's halt nicht - nehmen wir die Kritik an und geloben Besserung.

Eine bundesweite Zeitung in Selbstverwaltung - dies professionell zu organisieren wirft auch nach 5 Jahren CONTRASTE immer noch Probleme auf. Authentische Berichterstattung von Betroffenen in einer gut lesbaren Zeitung zu gewährleisten ist ein sehr hoher Anspruch. Die Redaktionsstrukturen, ausschließlich ehrenamtliche Redaktionsarbeit meist von Leuten, die noch in zig anderen Zusammenhängen eingespannt sind, bringen es mit sich, daß die Endredaktion meist ein Fiasko ist, Termine nicht eingehalten werden, die letzten Artikel erst zwei Tage nach dem dann doch wieder verschobenen Drucktermin eintrudeln...

Eine durchweg leserInnenfreundliche Zeitung zu produzieren, schaffen wir ohnehin viel zu oft nicht. Die Endredaktion versucht, wenn es zeitlich geht, grobe stilistische Mängel zu beseitigen, unnötige Längen und Wiederholungen zu vermeiden. Professionelle JournalistInnen sind wir alle nicht, aber wir bemühen uns, alle Beiträge in eine Form zu bringen, die für RedakteurIn sowie LeserIn akzeptabel ist. Daß uns dabei auch in der Endredaktion grobe Fehler unterlaufen, ist leider nicht auszuschließen.

Trotz allem, weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit und weitere fünf Jahre CONTRASTE.

Letzte Möglichkeit zum Einstieg!!!!!

BUNTE SEITEN HERBST/WINTER '89

Die BUNTEN SEITEN, der Branchenführer durch die Selbstverwaltungslandschaft der BRD, West-Bärlin, Österreich und der Schweiz, aktualisiert und erweitert, werden wieder jeder November-Ausgabe beiliegen...

Da wir in dieser CONTRASTE-Service-Beilage einen möglichst vollständigen Überblick über den selbstverwalteten/selbstorganisierten Status Quo geben wollen, bitten wir alle, die bis jetzt noch nicht vertreten sind, oder deren Anschrift sich geändert hat, sich umgehend bei **CONTRASTE, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1** zu melden.

Adresseneinträge sind kostenlos – na logisch! Alle, die sich darüber hinaus darstellen wollen, zahlen einen **BUNTESEITENEXTRASONDERRABATT von 50 % des normalen Anzeigenpreises.** Das sind lächerliche 1 DM pro Spalte und Millimeter. Die BUNTEN SEITEN sind nur aufgrund des Anzeigenvolumens für uns finanziell tragbar. Ein Fuffi oder Hunni investiert in die BUNTEN SEITEN bedeutet Werbung für die Selbstverwaltung und unterstützt die Vernetzung der Szene.

Selbstverwaltete Ausbildungsbetriebe bitten wir um einen Vermerk, in welchen Berufen ausgebildet wird.

Redaktionsschluß ist der 20.10.1989!!!!

Exemplare der BUNTEN SEITEN (Mai 1989) können zu 5 DM in Briefmarken angefordert werden bei:

CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Besser CONTRASTE fördern als die Kohlsuppe fettmachen!

☐ Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.

☐ Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)

☐ Schickt mir erst mal Eure Satzung.

☐ Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname

Straße

Wohnort

Datum

Unterschrift

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE · Postfach 10 45 20 · 6900 Heidelberg

DIE PROJEKTIERTE MESSE

Auftaktveranstaltung zum „Ende der Eiszeit"

Am 14. Oktober wollen sich in der Krebsmühle/Oberursel zahlreiche Menschen aus Projekten, nahestehenden Organisationen und von CONTRASTE versammeln, um eine Entwicklung zur Ersten Europäischen Projektemesse einzuläuten.

Kurt Regenauer, Redaktion Nürnberg ● Verschiedene Möglichkeiten der Organisation, eines Messeprogramms und der inhaltlichen Schwerpunktsetzung sowie der Einbeziehung ausländischer Kontakte werden in einer Projektskizze einer Planungsgruppe aus Westberlin vorgeschlagen. Währenddessen trudeln bei CONTRASTE in Heidelberg immer mehr „Antwortschnipsel" einer bundesweiten Projektbefragung zur Messe ein...

Keine einzige negative Reaktion, sehr viele Antworten, die sich für die Planungsunterlagen zum »Ende der Eiszeit« interessieren, aber auch etliche InteressentInnen für aktive Mitarbeit an der weiteren Vorbereitung der Europäischen Projektemesse gab es. Dies zeichnet sich als Ergebnis einer Beschikkung von selbstverwalteten Projekten in der BRD und Westberlin ab, die in den vergangenen Wochen stattfand. Die Westberliner Planungsgruppe – ein Vorbereitungsgremium, das sich während des Sommerlochs mit der weiteren Planung beschäftigt hatte – wollte auf diese Weise die Stimmung der Selbstverwaltungsszene zum durchs »Ende der Eiszeit« vorgesehenen neuerlichen Polit-Coming-Out testen. Herauskommen sollte, wo welche Unterstützung und Teilnahme zu erwarten ist.

Jedes zehnte, nach einer Zufallsauswahl gezogene und in den Bunten Seiten erfaßte, westdeutsche Projekt und alle Eintragungen in Westberlin, wo die Messe ja einmal über die Bühne gehen soll, wurden auf diese Weise erreicht. Eine kurz vor Erscheinen dieser CONTRASTE-Ausgabe in Berlin tagendes Infotreffen für Projekte soll weitere Rückschlüsse möglich machen.

Aufschlußreich ist auch der Rücklauf der Befragung. Kommen aus Westdeutschland – sicher auch durch unterstützende Propagierung von CONTRASTE und Rolf Schwendter forciert – immerhin ca. 17 % aller Beschickungen zurück, beträgt dieser Anteil in der totalbeschickten Projektelandschaft Berlins nur ein Zehntel. Indiz für mangelnde Diskussion oder gar mangelndes Interesse bei Berliner Projekten? Who knows.

Eine genaue Auswertung der Befragung erfolgt zur Zeit in Berlin. Sie wird am 14. Oktober referiert, um weitere Entscheidungsgrundlagen zu bilden, wie jetzt zu verfahren ist... auf diese Weise wieder zusammenfinden und eventuell gar internationalen Austausch zu neu vertieften Inhalten herstellen und konkrete gemeinsame Projekte entwickeln.

PROGRAMM-VORSCHLAG

Forum I: Theorieforum Fragen über Zukunft und gesellschaftliche Rolle von Selbstverwaltung. Diese umfassen Stellungnahmen zu wichtigen geschichtlichen und perspektivischen Fragen, sei es die Einordnung der historischen Rolle, aber auch der Zukunft eines **Dritten Weges** (Ota Sik u.a.) oder der **Gemeinwirtschaft** wie überhaupt die Bestimmung eines besonderen qualitativen Gehalts einer **internationalen Bewegung progressiver Kooperativen** in Abgrenzung zu traditionellen Institutionen.

Forum II: Forum Internationalismus. Hier geht es darum, welche **Kontakte, Handels- und Partnerschaftsbeziehungen** überhaupt anzustreben sind und warum. Die Interessen südeuropäischer Regionen und die Entwicklungsinteressen aus der »Dritten Welt« und östlichen Ländern sollen im Vordergrund stehen, weil in diesem Forum **Gäste aus ausländischen Projekten** mit ihren Beiträgen auf jeden Fall dominieren müssen (– bei anderen Foren mag das eher an dem erzielbaren Grad der internationalen Beteiligung zu bemessen sein als hier).

Forum III: Technologie-Forum, auf dem Leitbilder angepaßter Technologie, aber auch gleichermaßen ihre Marktchancen zur Diskussion stehen. Wo schützt Reparatur-Technolgie vor den Schäden technologischen Fortschritts, und wer bestimmt die Höhe der Innovation für wirklichen Fortschritt? Die Entwicklungschancen für radikale Technologiekritik und wirklichen technologischen Fortschritt in den verschiedenen Ländern sollen verglichen werden.

Forum IV dreht sich um den Staat und seine Maßnahmen, kritische Diskussion – etwa durch Zensur – zu unterdrücken. Das **Repressionsforum** beschäftigt sich aber auch mit anderen neuen Überwachungs- und Manipulationsmechanismen der neuen Informationsgesellschaft wie mit dem Versuch, eine **offensive Gegenöffentlichkeit** herzustellen.

Forum V: sozialpolitisches Forum. Es behandelt eine **alternative Sozialcharta,** die gegen einen durch die Etablierung des EG-Binnenmarktes zu befürchtenden sozialen Kahlschlag eigene Forderungenen von Betroffenen und Engagierten formuliert. Der sichtbare Stand **sozialer Bewegung** im Ausland bietet Anlaß zur Analyse des Entwicklungsstands in den industriellen Metropolen und zur Perspektivdiskussion.

Forum VI sowie der für diesen Tag vorzusehende Ausstellungsschwerpunkt wird von **Frauenprojekten** bestritten. Das **Frauenforum** wird daher von Vertreterinnen entsprechender Vorbereitungstreffen vorzustellen sein.

Forum VII: bildungspolitisches Forum. Welche neuen Wege sind in der langjährigen Praxis von Projekten eingeschlagen worden und wo stehen Projekte im Ausland? Inwieweit ist eine Einbindung von Bildungsansätzen in eine – wie auch immer geartete **Gegenkultur** – zu beobachten? Welche neuen **Qualifikationsprofile** werden bei Ausbildung in Selbstverwaltung verfolgt?

Forum VIII ist das **grüne Wochenende** der Messe. VertreterInnen internationaler **Spitzenverbände des Naturschutzes** treffen auf **ExpertInnen aus dem Bereich ökologischer Produktion.** Thema ist der **Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung und der bestehenden Weltwirtschaftsordnung.** Wo sind Irrwege, wo bestehen Entwicklungstendenzen der Industriegesellschaft, und welche Konsequenzen werden sie zeitigen?

Forum IX ist als **Kulturforum geplant und endet mit der Abschlußveranstaltung zum Ende der Eiszeit.**

(gekürzter Ausschnitt aus der Projektskizze)

GESELLSCHAFT MIT BEGRENZTER HOFFNUNG?

Im Endspurt zur Vorbereitung der Auftaktveranstaltung konzentrierte sich die Diskussion der Berliner PlanerInnen alsbald auf die **Verbindlichkeit**, die mit dem Treffen angestrebt werden soll. Konsens war als Ziel, die **Programmkompetenz** bundesweit arbeitenden Fachgruppen zuzuordnen, die zusammen mit einem **internationalen Beirat** die inhaltliche Vorbereitung und weitere Programmkonkretisierung betreuen. Diese wiederum müssen zusammen mit Leuten aus einem **Messebüro** in dem eigentlich geschäftsführenden Gremium, einem repräsentativem **Entscheidungskollektiv**, darüber beraten, wie als Voraussetzung zur eigentlichen Durchführungsphase **bundesweite und internationale Kontakte zur Bildung einer gemeinsamen GmbH** (nach deutschem Recht) aufgenommen werden sollen.

Dabei waren sich alle an der Planung Beteiligten einig, diese Vorbereitungsphase bis zur Bildung einer solchen GmbH auf 6 Monate zu terminieren. Im April nächsten Jahres sollten die benannten Gremien einem neuen Plenum berichten können, wann und unter welchen Modalitäten/mit welcher Beteiligung diese Gesellschaft gebildet werden kann.

Unterschiedliche Vorstellungen bestanden über das rechtliche Konstrukt, welches eine Trägerschaft der diversen Arbeitsinstanzen bilden kann. Ein von **Gert Behrens** vorgeschlagener gemeinsamer **Projekte e.V.** stößt bei anderen auf Skepsis: könnte die von **Contraste e.V.** „in aller Unschuld" angebotene weitere „Behelfs"trägerschaft bis zur Gesellschaftsgründung als Durchmarsch mißverstanden werden? Oder überwiegt die Angst vor einer gemeinsamen Vereinsgründung, die immerhin so etwas wie den Ruch einer Verbandsgründung hätte und schließlich keine einsame Veranstaltung zwischen CONTRASTE und ÖKONOVIA bleiben will?

So werden in der Projektskizze zweierlei unterschiedliche Vorschläge dazu gemacht, welche Vereine bereits in der Vorbereitungsphase zusammengemeiert werden müssen:

Vorschlag I rät zur Mäßigung, um Urängsten vor vorschneller Institutionalisierung zu begegnen. Die Planungsgruppen, die darauf wert legen, mögen (für ihre Arbeit zuschußfähige) Vereine werden, sofern sie es noch nicht sind. Ansonsten wird eher darauf konzentriert, daß das geplante **joint venture** in der GmbH auch alle Zusammenschlüsse des Selbstverwaltungsbereichs umfassen kann und niemand sich durch die Bildung verbandsähnlicher Rechtskörper ausdifferenziert fühlt.

Vorschlag 2 legt hingegen darauf wert, daß die weitere Vorbereitung zur GmbH-Gründung in verbindlichen und gemeinsamen Rechtsstrukturen erfolgt. Ohne einen **Projekte e.V.** seien alle weiteren geplanten Aktivitäten zu nahe bei CONTRASTE und unterliegen möglicherweise auch dem Verdacht der „Kungelei". Die Angst vor einer Verbandsgründung soll durch wirksame politische und rechtliche Verbindung endlich überwunden werden. ●

Die Projektskizze ist allen TeilnehmerInnen der Auftaktveranstaltung, die sich bereits angemeldet haben, als Vorabdruck zugeschickt worden und erscheint als überarbeitete Version in Form einer Broschüre oder als Messezeitung mit verschiedenen anderen Diskussionsbeiträgen zur und um die Projektemesse...
Bis dahin kann die Projekteskizze zum Preis von 2,00 DM bestellt werden bei:
CONTRASTE e.V. · Postfach 10 45 20 · D 6900 Heidelberg 1

...und weil 2.- DM gerade mal eben die Kopier- und Versandkosten decken, bitten wir alle UnterstützerInnen und Interessierte, das Spendenkonto »Projektemesse« zu füttern, denn bevor die ersten Zuschußgelder rollen, gibt's viel zu tun und viel zu bezahlen!

Konto »Projektemesse«,
Ökobank e.G. Frankfurt/Main,
BLZ 500 901 00 · Kto.Nr. 10 533 506,

DISKUSSION

Stand der inhaltlichen Diskussion

In ihren bisherigen Brainstormings kam die Berliner Planungsgruppe auf folgende Themenbereiche und Fragestellungen:

aus dem Selbstverwaltungsalltag:

Was ist überhaupt ein selbstverwalteter Betrieb - zwischen Chaos und Apparatschik - wieviel Management und Verwaltung braucht die Selbstverwaltung? Sind die selbstverwalteten Betriebe auf dem Weg zu stinknormalen Firmen? Die Definition der Selbstverwaltung auf der Betriebsebene beinhaltet Fragen nach der maximalen Größe von SV- Betrieben, nach Partizipationsformen und Eigentumsmodellen von MitarbeiterInnen sowie branchenspezifische Fragen.

Wachstumshemmnisse selbstverwalteter Betriebe - wie können die Absatzchancen von SV-Betrieben in Europa verbessert werden? Zu diesem Themenbereich soll eine Infobörse stattfinden, die den SV-Betrieben das Anknüpfen von Handelsbeziehungen ermöglicht, um dadurch eine Stärkung lokaler Ökonomie zu erreichen. Ferner soll in diesem Zusammenhang über Möglichkeiten der Behebung der Kapitalunterversorgung von SV- Betrieben diskutiert werden. Gleichzeitig soll ein Workshop zur Produkt- und Entwicklungsorientierung von SV- Betrieben in Europa stattfinden.

Selbstverwaltung und Frauenbetriebe - wie sind die von Frauen gegründeten Einzel- oder Kleinunternehmen zu beurteilen, die zwar Arbeitsplätze für Frauen schaffen, u.U. aber ungeschützte und abhängige Arbeitsverhältnisse für weitere MitarbeiterInnen anbieten?

Frauen in SV-Betrieben - sozialverträgliche Arbeitsplätze für Frauen? Welche Regelungen gibt es in SV-Betrieben für Alleinerziehende hinsichtlich der Arbeitszeiten oder besonderer finanzieller Vergütungen? Wie nehmen Frauen ihre Interessen in gemischten SV-Betrieben wahr?

Aus- und Weiterbildung in SV-Betrieben und -Projekten - neue Berufsfelder werden sichtbar, aber wie können ihre Ausbildungs- und Qualifizierungsprofile anerkannt werden?

aus der ganzen Welt:

Selbstverwaltung und Staat - Verstaatlichung, Privateigentum oder Vergesellschaftung - gibt es einen dritten Weg zwischen „Ökokapitalismus" und „Gulaschkommunismus"? Was sind die Lehren aus der Geschichte westlicher Gemeinwirtschaft oder des realen Sozialismus? In diesem Zusammenhang soll es nicht nur um z.B. genossenschaftliches Eigentum gehen, sondern auch um Erbpachtmodelle auf kommunaler versus dezentraler Ebene gehen.

Selbstverwaltung und „III. Welt" - was können wir von Selbsthilfegruppen und sozialen Experimenten aus Ländern der „III. Welt" lernen und wie können wir diese vor dem Hintergrund zunehmender in- und ausländischer Verschuldung stärken?

Arbeit für alle und Freizeit für jeden - SV-Betriebe zwischen der vollautomatischen Fabrik und Steinzeittechnologien - wie läßt sich der Anspruch nach gerechter Verteilung der Arbeit, nach Abwesenheit von innerbetrieblichen Hierarchien und nichtentfremdeten Produktionsbedingungen mit der Einführung von Spitzentechnologie in SV-Betrieben verbinden? Sind die dort Beschäftigten „neue Selbstständige" oder eher Hobbyexistenzen für Arbeitslose auf dem Weg in die „Freizeitgesellschaft"? Wird aus Reichtum oder aus Armut selbstverwaltet?

Neue Medien und Überwachungstechniken - Welche Ansprüche werden an eine sozialverträgliche Kommunikationstechnologie und Medienkultur gestellt? Sind Formen neuer Demokratie denkbar (Glasnost)?

Ziel des Frankfurter Anfangs vom »Ende der Eiszeit« ist somit eindeutig, allen weiteren Anstrengungen und Planungszusammenhängen auch verbindlicheren Charakter zu geben. Resultat sollen arbeitsfähige Strukturen und ein Konsens über den Sinn der ganzen Kampagne werden.

Karl Bergmann in der September-CONTRASTE hierzu kurz und knackig: „Die Selbstverwaltung muß sich politisch wieder frei schwimmen." Und auch bei anderen PlanerInnen besteht die Auffassung, den langandauernden Entwicklungsprozeß hin zur Großveranstaltung als eigentlichen Zweck, zumindest den wichtigeren Teil der ganzen Sache zu sehen. Die „Alternativen" sollen

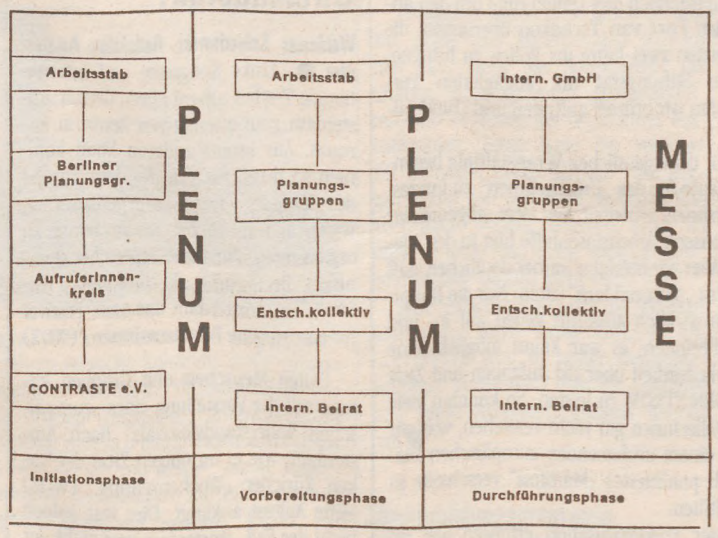
SCHMELZT DIE EISBERGE

Gewollt wird also ein politischer Diskurs quer zu den diversen verschiedenen Lagern der Szene, letztendlich aber auch der ganzen Gesellschaft. Die „splendid isolation" der diversen regionalen Szenen und die geistig-politische Inzucht ihrer verschiedenen Fraktionen soll durchbrochen werden: eine Utopie, deren Realisierung das Schmelzen gigantischer Eisberge voraussetzt.

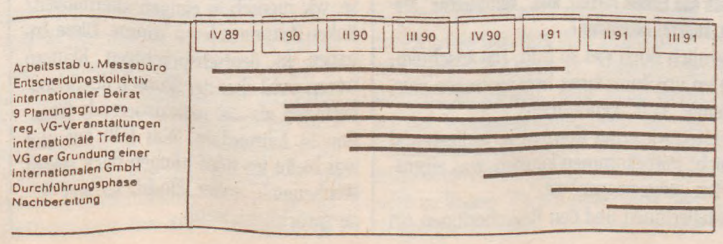
Gewünscht wird fernerhin ein Zusammenkommen aller verschiedener Selbstverwaltungsfraktionen in bundesweiten Planungsgruppen/Fachbeiräten/AGs, die in eigener Diskussion, aber auch in Austausch mit einem **internationalen Beirat**, themenbezogene Vorbereitungsarbeit leisten. Die Projektskizze schlägt ein zehntägiges Messeprogramm vor, auf dem großangelegte Politforen mit entsprechenden Ausstellungsschwerpunkten korrespondieren. **Dieser erste Entwurf ist lediglich Diskussionsgrundlage.**

ORGANISATION

Organigramm



Zeitplan

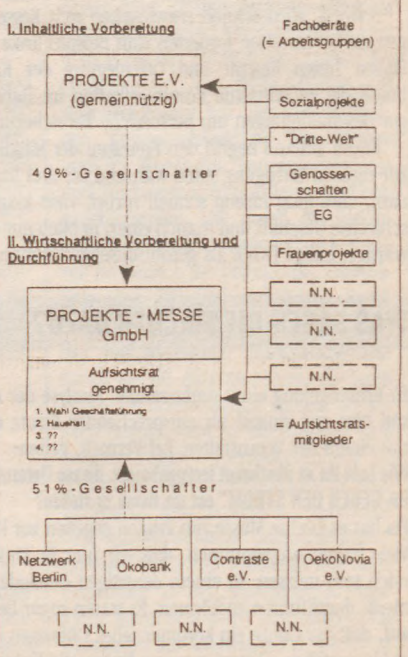


Projekte - Messe 1991

Entwurf eines Organisationsschemas
Bearbeitungsstand 13.06.88

Zeitschiene Monat	Jahr	Maßnahmen
9	1989	• 29.09. Veranstaltung Berlin
10		• 14.10. Veranstaltung FFM
11		• Gründung eines eingetragenen Vereins • Auswertung der Befragung und Veranstaltungen in Berlin und FFM • Finanzplan Vorbereitungsphase • Mittelakquisition Vorbereitungsphase
12		• Diverse Vorbereitungsveranstaltungen in der BRD (regional)
1	1990	
2		
3		
4		
5		• Gründung GmbH
6		• personelle, technische, räumliche, finanzielle Projektplanung und Mittelakquisition
7		
8		
9		• Vorbereitung
10		
11		
12		
1	1991	
2		
3		
4		
5		
6		• Durchführung
7		
8		
9		
10		
11		
12		
1	1992	• Nachbereitung und Dokumentation
2		
3		
4		
5		
6		

Organisationsstruktur



EUROPA GEGEN DEN STROM:

Nach dem Schock... ...die ersten Hiebe

Das Amsterdamer Spektakel der alternativen und radikalen Medien ließ sich beim besten Willen nur selektiv erleben; auf dem Schauplatz in und an der alten Börse trug sich so viel nebeneinander zu, daß es nicht nur die TeilnehmerInnen und BesucherInnen, sondern auch die Organisatoren überforderte!

Mathias Lahmann, Redaktion Heidelberg ● Da trafen sich in kleinen Foren irgendwo in Nischen und Cafes Gruppen zu Themen wie radikale Zeitungen in Holland, BOLO BOLO, Ambulatorische Wissenschaft, Verbund Gegenöffentlichkeit, East meets West, Video- und Filmkooperativen, Computer und elektronische Kommunikation... usw.

Da liefen ständig auf Monitoren Videoproduktionen zu unterschiedlichsten Themen in unterschiedlichsten Sprachen, da wurden Kassettenproduktionen aus Ghettoblastern herausposaunt, die das neue Hören erzwingen wollten... und das stellenweise auch schafften.

Da band sich das Besucherauge an flohmarkttischartig Ausgebreitetem in Sachen „Gegenöffentlichkeit" und „Alternativkultur", in Sachen „Bedruckte T-Shirts" und „Schwarzstern-Ohrhänger", Postkarten, Bongos, Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, Preisschilder... Ende des Dschungels?

Nebenbei brach das Kulturprogramm seine Bahnen: Auf dem Börsenvorplatz boten sich Sound- und Eye-Performances harte Konkurrenz... Urpunk schrie sich die Seele aus dem Leib und schmiß Pizzas in die belustigte Runde, veritable Bühnenvergewaltigungen á la NITSCH wurden von coolen ZuschauerInnen mit Stromsperre gestoppt.

Außerdem verhalfen die traditionsreichen Amsterdamer Power-Amusements SCHAFFY THEATER, PARADISO und MELKWEG mit ihren Kulturprogrammen mancher/m Europa-StromerIn zu einer Vergnügungstour im **Nachtbus** bis halbzwei morgens:

Da spielte OST gegen WEST, da knallte „Silver Sound" gegen „LoisBalast", da trumpfte die „MCH-Band" gegen „ZONE" und „Alternative-Orange" auf..., da hörten die Musikfans so erstaunliche Messages wie: „I am from Hungary and I am hungry!" Und so manche/r der BesucherInnen verpaßte am nächsten Tag das spannende Rede-Duell über „The Politics of Musics"... Hat es eigentlich wirklich stattgefunden?

Und so nebenbei entstand unter Mithilfe der anwesenden europäischen Radio-Börse eine zwölfstündige Live-Übertragung aus der Amsterdamer Börse, natürlich **illegal** mit einem kleinen Peilsender (direkt neben dem offiziellen Stadtpolizei-Sender!) über das Studio von Radio 100, Amsterdam, zum Teil ausgestrahlt in fünf Europa-Metropolen.

Viele AusstellerInnen übersahen völlig die Ausstellung, die direkt neben der Börse zum Thema „Zensur" stattfand und ebenfalls zum Spektakel gehörte.

STREITIGKEITEN

Die alte Börse, mitten zwischen Red-light-district und Fußgänger-Zonen-Einkaufsbabel, 200 Meter vom Hauptbahnhof und 100 Meter vom Dam entfernt, umkurvt von städtischen Straßenbahnen und touristischen MUSTs wie z.B. Grachtenbooten... Diese alte Börse wurde restauriert als ein repräsentatives Kultur-Zentrum für entsprechende Empfänge und Bankette. Jetzt lieferte sie plötzlich in Verkehrung ihres historischen Hintergrundes (GELD-Umschlagsplatz par excellence!) den Boden für einen Handelsplatz alternativen, europäischen Mediengeschehens: So etwas ist nur in Amsterdam möglich!

Manche AusstellerInnen kamen ins Schleudern, als sie die politische Basis dieses Treffens begreifen wollten; wer traf sich eigentlich wo zu welchem Zweck? War das nicht ein bißchen hochgekocht, mußte es denn wirklich ein solcher repräsentativer Rahmen (mit den entsprechenden Kosten) sein? Waren wirklich alle linken und radikalen Medien eingeladen worden? Verdiente sich nicht jemand im Hintergrund eine goldene Nase an dem Unternehmen „EUROPA GEGEN DEN STROM?"

Schnell, allzu schnell entwickelten sich Ressentiments gegen die Veranstalter, forderten zum Beispiel linke Gruppen aus Italien freien Eintritt und Offenlegung der Kalkulationen, brach die gemeinsame Kommunikation im Babel gegenseitiger Beschuldigungen um persönliche Bereicherung ab...

Kaum jemand begriff den Freiraum der Möglichkeiten, der zur eigenen Verfügung stand während der drei Tage in Amsterdam, alles ging rasend schnell vorbei, viele klagten über das schlechte Geschäft und manch einer/m blieb nur das allgegenwärtige, billige DOPE als gefühlsduselige Erinnerung.

WAS SAGEN DIE MACHER DAZU?

In Ermangelung einer umfassenden Analyse der Amsterdamer soll hier erst einmal als entsprechender Ersatz ein Interview mit einem der Veranstalter, Eef Vermeij, gelten:

Wie habt Ihr es überhaupt fertiggebracht, dieses Unternehmen „EUROPA GEGEN DEN STROM" auf die Beine zu stellen?

Da hat es ja eine Masse von Fragen gegeben zur Finanzierung: Viele haben angenommen, daß wir hier in Amsterdam sehr reich sein müssen, in einem derartigen Gebäude die Mediemesse durchführen zu können. Es traten sogar Befürchtungen auf, daß das Ganze ein kommerzielles Unfangen darstellt. Um es klarzustellen: Unsere gesamte finanzielle Unterstützung beläuft sich auf insgesamt 90.000 Hfl, die wir in vielen kleinen Teilbeträgen zusammengestottert haben. Das deckt bislang nicht die entstandenen Kosten.

Die Unterstützung diente offiziell nur für bereits ausformulierte Programmteile oder Ausstellungen, niemand hat sich je bereit erklärt, einen entsprechenden Organisationsrahmen mit dazugehörigem Ideen-Pool zu finanzieren. Das war alles ehrenamtliche und unbezahlte Vorarbeit, die von ganz wenig Enthusiasten in den letzten beiden Jahren hier in Amsterdam geleistet wurde.

Wir mußten die Miete für die Börse und die Ausstellungsräume also hauptsächlich über Eintritt, über Standgebühren und über „Umfunktionierungen" der erwähnten Kultur-Subventionen finanzieren. So wurden auch die Versandaktionen zur Einladung (doppelte Einladung an mehr als 4000 europäische Adressen) und der DATA-Katalog zur Ausstellung aus Geldern vorfinanziert, die eigentlich nur für ein Kultur-Rahmenprogramm gedacht waren.

Kannst Du uns die Quellen Eurer „Finanzierer" nennen?

Zu allererst hat uns das niederländische Kulturministerium eine finanzielle Unterstützung für zwei kulturelle Ausstellungen zugesagt: Dieses Geld haben wir bereits ein Jahr vor der Veranstaltung gehabt und damit unsere notwendigsten Vorbereitungskosten decken können.

20.000 Hfl erhielten wir später von der Stadt Amsterdam für Kulturarbeit und für eine „zeitgenössische grafische Ausstellung".

Ein Teil wurde über kleine niederländische Stiftungen finanziert, die sich mit Beiträgen zwischen 1000 und 6000 Hfl beteiligt haben.

Der Rest des Geldes kommt von einer internationalen Jugend-Austausch-Organisation: Weder das Alter der TeilnehmerInnen noch die programmliche Struktur wurden durch die Geldgeber bestimmt; wir konnten frei über das Geld verfügen.

Wie teuer ist Euch die Miete dieses eher „bürgerlicher Kultur" verhafteten Gebäudes gekommen?

Im Ganzen schlägt die Börse mit 18.000 Hfl zu Buche; das ist bezogen auf den Gesamt-Etat eine Menge Geld. Als wir vor zwei Jahren mit der Organisation des Festivals begannen, sprachen wir mit den Veranstaltern der gerade restaurierten Börse: Diese zeigten sich sehr enthusiastisch und wollten ein bißchen buntes Leben in ihren alten Hallen; in den letzten zwei Jahren etablierte sich aber ein bürgerlicher Kunst-Betrieb, der unseren Vorstellungen kaum noch entsprach. Damit änderten sich auch die Mietpreise. Wir mußten sie akzeptieren, da wir kurzfristig kaum ein gleichwertiges Gebäude finden konnten.

Warum mußte es gerade die ehemalige „Börse" sein?

Wir haben dieses Gebäude gewählt, um auch Nicht-Szene-Leute anzusprechen; in besetzten Häusern, die es in Amsterdam zuhauf gibt, hätten wir sicherlich kaum eine größere Öffentlichkeit ansprechen können: Alles wäre szene-konform „versunken". Wir wollten nicht in **unserer** Ecke bleiben; man hat das dann auch hier in der Börse gemerkt: Nirgendwo sonst hätte man im Kulturdschungel von Amsterdam soviel Leute erreichen können. Nur durch diesen Raum sind überhaupt erst Gesprächsmöglichkeiten entstanden.

In Amsterdam haben schon viele Kulturspektakel stattgefunden. Und (fast) alle BesucherInnen haben ihren Weg zum Schaffy, zum Melkweg oder zum Vondelpark gefunden.

Das ist sicher richtig. Uns ging es aber auch um den Dialog **Ost/West**. Hier auf dem Treffen sind viele Tschechen, Polen, Jugoslawen, Litauer und andere „Ostblock"-Alternative, die wir nicht unter unsere tagtägliche UNDERGROUND-Kultur subsumieren konnten und wollten: Der neutrale Boden läßt sich immer wieder nur in unkonventionellen Lokalitäten finden... und dazu gehört die „alte Börse" sicher. Zudem ist sie wirklich einfach zu finden, direkt am Hauptbahnhof.

Wer hat EUROPA GEGEN DEN STROM eigentlich ermöglicht?

Wir haben hier in Amsterdam immer wieder Initiativen-Treffen organisiert, zu denen wir alle kommunalen Mediengruppen eingeladen haben. Die Resonanz für ein europaweites Medien-Treffen war aber eher bescheiden. Viele wollten eher beobachten als wirklich mitarbeiten.

So blieb es also hauptsächlich drei Leuten rund um den anarchistischen Buchladen **Fort van Tschakoo** überlassen, die Sache während der letzten zwei Jahre ins Rollen zu bringen. Es gab natürlich einen „Stiftungsrat" mit „engagierten" Persönlichkeiten; so konnten wir offiziell auftreten und „fund-raising" betreiben.

Erst zwei Monate vor der eigentlichen Veranstaltung begannen sich auch mehr Leute für das „Unternehmen" zu interessieren, engagierte Personen erhielten aus dem allgemeinen Topf einen Lohn, der unserer Arbeitslosenhilfe hier in den Niederlanden entspricht. Aber wir merkten immer deutlicher, daß wir unter fürchterlichem „personal lack" litten: Nur die Hauptorganisatoren konnten wirklich Auskunft geben auf in- und ausländische FragestellerInnen; es war kaum möglich, eine kompetente Öffentlichkeitsarbeit über die Aufgaben und Ziele von EUROPA GEGEN DEN STROM zu leisten. So konnten viele der eingeladenen AusstellerInnen gar nicht verstehen, was wir eigentlich wollten mit einem umfassenden europäischen Dialog. Unser tausendfach publiziertes „Manifest" verschallte in Schubladen und Abfalltüten.

Erst zum Schluß der Endorganisation erfuhren wir ein enorm positives Echo und das Angebot zahlreicher Hilfe; das haben wir im Tagungsmanagement stellenweise wieder nicht verkraften können.

Was ist denn nun eigentlich aus Eurem Ansatz, eine „europäische" Mediemesse zu installieren, konkret geworden?

Für ein Fazit ist es eigentlich noch viel zu früh. Die Anschuldigung, die hier vor Ort an uns Initiatoren herangetragen wurde, haben uns eine Menge „Luft" genommen:

In Diskussionen mußten wir unser Konzept verteidigen und haben so überhaupt nicht mitbekommen können, was eigentlich wirklich hier vor Ort „abgegangen" ist.

Wir haben den AusstellerInnen und den BesucherInnen ein Forum geboten; sicher haben es viele genutzt, sicher aber sind auch viele Chancen und Möglichkeiten vertan worden. Viele Menschen haben unsere Unterstützung bekommen, billige Schlafplätze, Reise-Finanzierungen gerade für die osteuropäische Alternativ-Bewegung, Räume für Kommunikation... all das sind Angebote gewesen, die besser hätten genutzt werden können. Der von uns anvisierte Dialog OST-WEST hat sicherlich nicht so funktioniert, wie wir es uns gewünscht hatten.

Wir hier in Amsterdam waren überfordert. Wir hätten uns professioneller organisieren müssen: Die personelle Aufteilung in **allgemeine Organisation** und in **inhaltliche Betreuung** wäre sehr wichtig gewesen: Wir Amsterdamer konnten das nicht auch noch leisten! Die Chance zur Selbstinitiative, die hier existierte, hat nicht nur die **«Ostblock»**-Initiativen, sondern auch die Inis aus dem „freien Westen" völlig verblüfft.

Was geschieht in Zukunft mit EUROPA GEGEN DEN STROM?

Ja, es gibt das Gerücht, daß Budapest ein guter Ort für ein Folgetreffen in der gleichen Art wäre. Es gibt bestimmt Möglichkeiten, es dort zu organisieren, der Ort wäre eine politische Aussage an sich. Konkretisiert hat sich allerdings noch gar nichts.

Würdet Ihr von der Amsterdamer Organisation so etwas unterstützen?

Es ist zu früh für eine Antwort darauf, wirklich! Wir haben fast zwei Jahre lang sieben Tage die Woche gearbeitet, um EUROPA GEGEN DEN STROM möglich werden zu lassen; unser bißchen persönliches Geld ist in der Zeit draufgegangen, um nebenbei noch Essen zu gehen, weil wir die Zeit zum Kochen nicht mehr hatten; wir haben von der niederländischen „Stütze" gelebt und sind erst einmal „aus der Puste".!
Wir werden sehen, was kommt.

Alte Börse in Amsterdam: Blick auf das Spektakel

Aus: Grüne Zeitung NRW, 10/89

FAZIT

Für die vielen Unzufriedenen und NörglerInnen in Amsterdam mag der Leitsatz an der Infobörsen-Tafel ein Trost gewesen sein, wenn sie denn überhaupt zu ihm vorgedrungen sind:
TAKE YOUR OWN INITIATIVE AND ORGANIZE MEETINGS AMONGST YOURSELVES: THERE IS PLENTY OF PENS AND PAPER!
Aus einzelnen AGs in Amsterdam berichtet CONTRASTE in der nächsten Nummer. ●

ALTERNATIVES ZENTRUM EUROPAS:

Stromausfall?

Waldemar Schindowski, Redaktion Amsterdam ● „Linke Kongresse und internationale Treffen zuhauf küren derzeit Amsterdam zum alternativen Zentrum Europas. Aus keiner anderen Stadt kommen so deutliche Aufrufe, dem Europa des Kapitals etwas entgegenzusetzen, Widerstand möglichst international zu organisieren. Für Mitte September organisiert die Stiftung „Europa gegen den Strom" in Amsterdam das erste Festival für europäische ProduzentInnen." (WOZ)

Einige Menschen und Gruppen kamen mit der Vorstellung eines „europäischen Widerstandsfestivals" nach Amsterdam, wie es im obigen Zitat der linken Züricher „Wochenzeitung" (WOZ) Mitte August anklingt. Dies war jedoch nicht der Fall. Amsterdam war nicht der Ort, wo der Widerstand gegen „Europa 92" eingeläutet wurde. Keine 500 – 700 Aussteller drängelten sich auf der Messe, wie mensch in einigen alternativen/linken Zeitungen lesen konnte. Diese Angaben in deutschsprachigen Blättern waren wohl eher der Wunsch der SchreiberInnen als die realexistierende Situation in Amsterdam. Was fällt auf und was bleibt im Kopf hängen nach einem Wochenende voller Eindrücke und Widersprüchlichkeiten?

In der Messehalle (de Beurs van Berlage) trafen sich Menschen aus circa 20 europäischen Ländern. Das bedeutet mindestens 15 verschiedene Sprachen, ebensoviele Mentalitäten. Was haben ein freies Radio aus Norwegen und eine anarchistische Zeitung aus Spanien gemeinsam? Konnten sie sich überhaupt verstehen? Selbstverständlichkeiten wie Sprachkenntnisse, mindestens Englisch als Voraussetzung von Diskussionen, die eine Differenziertheit im Ausdruck verlangt, gar nicht die Rede, sind auch im Europa des 20. Jahrhunderts nicht Allgemeingut. Kommunikation ist natürlich auch über Sexualität und andere schöne Dinge möglich, aber die Kultur des Abendlandes ist geprägt durch sprachliche Kommunikation. Dieses kleine Beispiel soll nur zeigen, daß die Realität des Aufeinandertreffens auf europäischer Ebene von solchen „bildungsbürgerlichen Fertigkeiten" mitbestimmt wird. Daneben trafen kulturell und politisch verschiedenste Individuen und Gruppen aufeinander. Was haben autonome, anarchistische Verlage und christlich oder anthroposophische Zirkel gemeinsam? Ist der Wille vorhanden, an einem solchen Wochenende Erfahrungen auszutauschen oder, eine Stufe tiefer, miteinander zu reden? Meine Beobachtungen lassen daran zweifeln. Beispiel: Einer der etwa 250 Stände wurde von einer litauischen Gruppe betreut. Liebevoll hatte sie ihren Stand aufgebaut, u.a. mit einem Plakat, auf dem Gorbatschow mit Hammer und Sichel abgelichtet ist, wobei das bekannte Symbol der kommunistischen Arbeiterbewegung Gorbatschows Kopf zertrümmert. Bei Gesprächen mit anderen kam gleich das Gerücht auf, diese Litauer wären Nationalisten. Kaum einer hat sich die Mühe gemacht, mit ihnen zu reden und politisch etwas über Litauen zu erfahren (incl. der Autor). Die Verschiedenheit und auch quergehenden Entwicklungen der „neuen sozialen Bewegungen" in Europa drückt sich z.B. darin aus, daß sich Gruppen aus der Tschechoslowakei im Festival-Katalog (1) mit „Demokratisch" oder „Unabhängig" charakterisieren, während es im westeuropäischen Teil des Kataloges von Selbsteinschätzungen wie links, autonom, radikal nur so wimmelt. Warum sind die Westeuropäer links und radikal, während Osteuropäer solche Begriffe sehr behutsam benutzen? Solche Diskussionen um Begrifflichkeit und politisch-kulturelle Situation fanden nur am Rande statt. Die Chance, z.B. in Form von Foren zu diskutieren, wurde vertan. Hoffnungen der Veranstalter, daß die angereisten Gruppen dies selber auf der

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Messe tun, erwiesen sich als Illusion: Selbstorganisation gleich null.

Szenenwechsel: Zwei Tage nach Ende des Festivals wird in einer Amsterdamer Wohnung eine Party für die Mitarbeiter der Vorbereitungsgruppe gegeben. Statt mit Decken sind die Tische mit Europakarten bedeckt. Auf fast jeder Nation steht ein landesübliches Getränk: Wein aus Italien, Spanien und Griechenland, holländisches Bier, norwegisches Mineralwasser in der Plastiktüte. Nur der Platz der Bundesrepublik Deutschland war leer; wer will auch schon den Moselwein „Kellergeister" trinken? Eef Vermeij, einer der Organisatoren (s. auch CONTRASTE vom Juli d.J.) meinte, daß neben den Konflikten (Eintrittsgeld für die Messe, politische Richtung des Festivals, Vorwurf des Sexismus bei Videofilmen und Performance etc.) sein erster Eindruck positiv war. Viele Gruppen fanden das Festival okay. Zu einer genaueren Einschätzung wäre es aber noch zu früh. Es wurden Fragebögen an die Gruppen verteilt, und sie hoffen, auch noch andere Reaktionen zu bekommen. Etwas unter gingen die Konflikte und Diskussionen innerhalb der holländischen Politszene, wobei die Einbeziehung der Gruppen aus den Niederlanden nicht optimal lief. Keinesfalls, versichert Eef Vermeij, sollte irgendjemand bei der Vorbereitung ausgeschlossen werden. Das Vertrauen darauf, daß sich Leute selber da einklinken, war wohl zu groß. Etwas übernächtigt und abgespannt erzählt er weiter, daß trotzdem überlegt werde, nochmals ein Festival zu machen. Das Konzept, unterschiedlichste Gruppen einzuladen, ist seiner Meinung nach nicht gescheitert. Was fehlte, waren „organisierte" Diskussionen sowie eine noch bessere Vorbereitung, damit jede Gruppe und jeder Mensch weiß, warum er 2000 Kilometer nach Amsterdam fährt und nicht enttäuscht über die Größenordnung und Ausrichtung des Festivals ist. ●

(1) Der Katalog ist für 25 DM über AurorA, Knobeldorffstr. 8, 1000 Berlin 19, ☎ (030) 322 71 17, zu beziehen. Ca. 800 Adressen, 250 Seiten.

VERANSTALTUNG

Diskussion um „Gegenöffentlichkeit" in der BRD

Ein Bericht von Regina Engel, Redaktion Kassel ● Als Fortsetzung der Diskussion um die bundesdeutsche Situation der Alternativmedien lud CONTRASTE auf dem Festival „Europa gegen den Strom" zu einem Austausch über den aktuellen Stand in der deutschen Szene ein. Ausgehend von dem Beschluß auf dem bundesweiten Treffen in Darmstadt im Juli '88 einen „Verbund Gegenöffentlichkeit" zu bilden, war zur Buchmesse in Frankfurt eine Aktion gegen Zensur unter dem Titel „Wir beißen auf den Maulkorb" initiiert worden.

Verschiedene bundesweite Arbeitsgruppen, z.B. zum Thema „Neue Technologien", haben sich gebildet, in CONTRASTE ist das Thema „Medien" eines der Schwerpunkte geworden. Die Spatzen pfiffen schon von den Dächern, es werde 1990 einen Medienkongress geben, eine Idee, deren Realisierung aufgrund personeller Schwierigkeiten trotz eines von vielen Seiten bekundeten Interesses noch in einiger Ferne liegt.

CONTRASTE stellte auf der recht gut besuchten Veranstaltung in der Amsterdamer Börse klar, daß es nicht in ihrem Interesse gelegen habe, als „Vorreiter" einen solchen Kongress durchzuziehen. Man habe an eine Veranstaltung des „Verbundes Gegenöffentlichkeit" gedacht. Hierzu sind jedoch noch einige Diskussionen innerhalb der Zusammenhänge der linken Medien notwendig.

Eine Zusammenarbeit der Alternativmedien untereinander ist auf jeden Fall gewollt, so groß die Unterschiede auch sind – in Amsterdam war von MitarbeiterInnen freier Radios über CONTRASTE, den Schwarzen Faden bis zur Stadtzeitung ein breites Spektrum vertreten. Eine Bestimmung dessen, was eine „Gegenöffentlichkeit" leisten soll, ist immer wieder notwendig.

In der Debatte um den Zensurparagraphen 129a wurde die Wichtigkeit des gemeinsamen Widerstandes betont, obwohl gerade in diesem Punkt eine bundesweite Zusammenarbeit noch keine Kontinuität bekommen hat. Es wurde jedoch auch herausgestellt, daß ein 129a-Verfahren kein „Gütesiegel" für Gegenöffentlichkeit ist.

Angesprochen wurde auch die Fage, ob kollektive Redaktionsstrukturen bessere Möglichkeiten bieten, authentische Berichterstattung zu gewährleisten.

Dem Katzenjammer über das Sterben linker Medienprojekte wurde heftig widersprochen. Die Vielfalt und Qualität linker Medien habe vielmehr seit den 70er Jahren zugenommen. Die Zahl der Projekte ist vielleicht etwas zurückgegangen, auch die Auflagen sind z.T. gesunken, eine gute, linke Berichterstattung ist jedoch nach wie vor gefordert. Sicher haben sich auch die Ansprüche der kritischen LeserInnen gewandelt!

Der Zeitpunkt für die Planung einer breiteren bundesweiten Zusammenarbeit schien den meisten DiskussionsteilnehmerInnen noch nicht gekommen zu sein. Es soll zunächst regional und in unterschiedlichen schon vorhandenen Zusammenhängen weiterdiskutiert werden. Ergebnisse können dann z.B. über das ID-Archiv in Amsterdam, CONTRASTE oder den Schwarzen Faden bundesweit veröffentlicht werden.

Vielleicht kann die Europäische Projektemesse 1991 ein Anhaltspunkt sein, in der Vorbereitung eines Medienbereichs weiter zusammenzuarbeiten. ●

MUT ZUR KULTUR

Utopie einer multikulturellen Gesellschaft

Wenn die GRÜNEN auf ihrem letzten Parteitag „Mut zur multikulturellen Gesellschaft" fordern, heißt das für sie in erster Linie, einen Kampfbegriff gegen Konservative und Neonazis zu prägen – gegen Ausländerfeindlichkeit, Beschneidung des Asylrechts, gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Regina Engel, Redaktion Kassel ● Um den Begriff „Multikultur" jedoch wirklich mit Inhalt zu füllen, reicht es nicht aus, die wachsende Ausländerfeindlichkeit anzuklagen. Es ist notwendig, sich allgemein mit dem herrschenden Kulturbegriff auseinanderzusetzen und nach Alternativen zu suchen. Dabei stößt man vielleicht auf die Tatsache, daß das, was eine „multikulturelle Gesellschaft" sein könnte, in der selbstverwalteten und Sozio-Kultur schon lange versucht wird zu entwickeln.

Eine Kulturvermischung, das Aufgreifen von Impulsen anderer Kulturformen, Akzeptanz von Unterschieden in Lebensform und Alltagskultur, das alles sind Dinge, die sich m.E. aus dem Zusammenleben in einer freien und gut funktionierenden Gesellschaftsform auf eine natürliche Art und Weise ergeben. So beweist sich immer wieder, daß in Krisenzeiten und unter totalitärer Herrschaft die Umlenkung der Unzufriedenheit der Mehrheit auf eine Diskriminierung und Diffamierung von Minderheiten systemstabilisierend wirkt und die eigentlichen Probleme in den Hintergrund treten. Die Deutschen haben dies in extremer Form unter dem Nazi-Regime praktiziert. Nicht nur Fremdkulturen wurden ausgegrenzt und zerstört, auch große Teile der eigenen Kultur, die Bildung von Kritikfähigkeit und eigenständigem kulturellen Ausdruck, der emanzipatorische Gehalt von Arbeiterkultur usw. wurden vernichtet. Die Propagierung ideologiefreier Kultur und Verdrängung statt Aufarbeitung der Geschichte in der Nachkriegszeit haben wesentliche Defizite hinterlassen. Schwierigkeiten im Umgang mit „Fremden" sind uns bis heute geblieben und auch mit unserer eigenen, der deutschen Kultur, haben wir große Probleme.

Eine alternative oder Multi-Kultur muß sich natürlich gegen rechts richten. Es ist jedoch immer einfacher, zu sagen, wogegen man vorgehen will, als positiv eine Alternative zu formulieren.

DIE UTOPIE ENTWICKELN

Der erste Anspruch von Multikultur sollte es sein, Kultur als Mittel zur Emanzipation, eines menschenwürdigen Umgangs mit einander, zur Entwicklung gesellschaftspolitischer Forderungen zu sehen – und nicht als schmückendes Beiwerk im grauen Alltag. Ein wichtiger Schritt ist sicher die Akzeptanz der Unterschiedlichkeit und die Gleichberechtigung innerhalb eines multikulturellen Zusammenlebens. Dazu ist vor allem Kritikfähigkeit und Selbstbestimmung notwendig.

Ebensowenig wie es die deutsche Kultur gibt, gibt es die ausländische Kultur (natürlich noch viel weniger), überall wird Kultur bestimmt von sozialen und politischen Unterschieden. Die Utopie einer multikulturellen Gesellschaft muß sich gegen Rassismus, gegen soziale Ungerechtigkeiten, gegen patriarchalische Strukturen richten, sie muß gemeinsam erst entwickelt werden. Erst in diesem Entwicklungsprozeß kann herausgefunden werden, welche Traditionen erhalten bleiben, wie sich nationale Kulturformen gegenseitig befruchten können und wie jede(r) individuell Kultur leben kann.

Eine unreflektierte Verherrlichung „ausländischer" Kultur, aus Scham, nun einmal leider als Deutsche geboren zu sein, führt nicht näher an diese Utopie heran. Wenn Linke und Alternative massenweise Bauchtanz, Capoeira, afrikanisches Trommeln usw. erlernen, ohne zu hinterfragen, was diese Dinge in den unterschiedlichen Herkunftsländern für eine Bedeutung haben, so scheint es mir sehr fragwürdig und gewiß nicht als Ansatz, eine Utopie zu leben.

KULTUR „VON UNTEN"

Für die Selbstverwaltung galt von jeher der Anspruch, Kultur nicht im politikfreien Raum stattfinden zu lassen, sondern die kulturelle Dimension in ein Gesamtkonzept für andere Lebens- und Arbeitsformen miteinzubeziehen. In soziokulturellen Zentren wird seit Jahren versucht, kulturelle und politische Zielsetzungen miteinander zu verbinden, Minderheiten zu unterstützen. Freiräume wurden geschaffen, unterschiedliche kulturelle Ansätze zu fördern und sich damit auseinanderzusetzen. Es geht hier um eine Kultur „von unten", die in Zusammenhang steht mit sozialen Bewegungen, mit Bildungsarbeit und einem gesamtgesellschaftlichen Konzept. Kultur soll nicht nur konsumiert, sondern von der oder dem Einzelnen praktiziert werden. Die Sozio-Kultur hat es immer als Teil ihrer Arbeit begriffen, für die Rechte der Ausländer zu kämpfen und Minderheiten zu unterstützen. Soziale Integration von Ausländern ist jedoch immer noch schwierig, darüber dürfen sich auch diejenigen, die sich als Alternative und Linke für fremde Kulturen begeistern, nicht hinwegtäuschen. Unterschiede in Tradition und Alltagskultur, z.B. was Beziehungen und Familienstruktur anbetrifft, lassen sich in manchen Fällen nicht miteinander vereinbaren. Multikultur oder Soziokultur – auf jeden Fall gibt es darüber noch eine Menge zu diskutieren. Mit einem neuen Fremdwort ist es bestimmt nicht getan. Aber vielleicht verhilft es den GRÜNEN dazu, ihre Kultur zu finden. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

KULTUR?

Was ist eigentlich Kultur? Betrachtet man die Veröffentlichungen in vielen Kulturmagazinen oder beispielsweise die Kulturseiten der Tageszeitungen, mißt man diesen Begriff an den Ausgaben der öffentlichen Kulturetats, so kann man zu dem Schluß kommen, Kultur spiele sich zum größten Teil in Theatern, Konzertsälen und Museen ab. Breiten Bevölkerungsschichten ist jedoch diese von staatlicher Seite hoch subventionierte „hohe" Kultur ohnehin nicht zugänglich, für sie bleibt die Massen„kommunikation", die Fernsehkultur. Kultur schafft keine Verbindungen mehr, sie wird nicht zusammen gelebt, man kauft sie sich, zur Entspannung, für die Freizeit. Bei einem so beschränkten Kulturbegriff sind wir natürlich auch in einer multinationalen Gesellschaft noch weit entfernt von Multikulturalität. Für den Arbeitsalltag besonders in der hochtechnisierten Industrie sind kulturelle Unterschiede unerheblich – der industrialisierte Mensch, ob In- oder Ausländer, funktioniert. Da am Arbeitsplatz kaum eine Kommunikation stattfindet geschweige denn eine Auseinandersetzung über Ar-

KURZMELDUNGEN

Zündeln in der Metropole

Mathias Lehmann, Redaktion Heidelberg ● Manchen Münchner Verwaltungsgrößen war die selbstorganisierte „Arbeitslosen-Initiative München e.V." schon lang ein Dorn im Auge.

Hier erhalten Hilfesuchende eine kompetente und umfassende Beratung, wie sie die bestehenden Möglichkeiten sozialer und beruflicher Hilfen selbstbewußt und in vollem Umfang in Anspruch nehmen können; in Einzel- und Gruppengesprächen werden Rechtsprobleme mit dem Arbeits- und Sozialamt geklärt, wird bei der Jobsuche und der konkreten Bewerbung geholfen. Im Gegensatz zu kirchlichen oder kommunalen Einrichtungen im gleichen Arbeitsfeld verstand sich der selbstorganisierte Verein nie als verlängerter Arm einer städtischen Sozialverwaltung: Es gelang ihm in aktiver Zusammenarbeit mit anderen bayerischen Initiativen, sich aktiv in die Vergabe-Praxis der 'sozialen' Einrichtungen einzumischen und auf diesem Gebiet Veränderungen in Richtung einer sozialen Gerechtigkeit einzufordern.

Finanziert wurde diese Arbeit bislang aus ABM- und kommunalen Mitteln: Hier nun sieht das Sozialreferat die Chance, die ungeliebten „Querulanten" mit dem Zudrehen des Geldhahnes auszutrocknen. Dazu einer der Sprecher der Initiative, Dieter Kirmse: „Wir kriegen Kohle von der Stadt, nehmen uns aber auch heraus, deutlich Kritik zu üben – kann das noch möglich sein, oder ist dies künftig nicht mehr drin?"

Eine Entscheidung über die Weiterfinanzierung steht Ende Oktober an; CONTRASTE wird in seiner Dezember-Nummer ausführlich über die Initiative und deren Arbeitserfahrungen berichten. ●

Weiterbildungsprogramm für selbstverwaltete Projekte in Hamburg und Umgebung

Wer seit Jahren in alternativen Betrieben/Projekten arbeitet und das dringende Bedürfnis hat, sich über betriebswirtschaftliche Probleme in Kooperativen auseinanderzusetzen, dem wird weder bei der Volkshochschule noch bei der Handelskammer geholfen werden. Derartige Weiterbildungsangebote sind dort nicht zu finden: Thema unbekannt oder Zielgruppe zu klein. Aus dieser Misere heraus entstand ein neues, auf diese Lücke zugeschnittenes Weiterbildungsprogramm, herausgegeben von Netzwerk Selbsthilfe, Bund Deutscher Pfadfinder, Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen e.V. und dem Werkhof-Verein. Alle sitzen im Ottenser Werkhof in Hamburg-Altona, wo auch die Kurse durchgeführt werden. Zum Beispiel: „Zeitmanagement", „Tabuthemen in alternativen Organisationen" oder „Lohn- und Organisationsmodelle". Das Programm oder Informationen dazu gibt es bei

Netzwerk Selbsthilfe
Gaußstr. 17
2 Hamburg 50
☎ (040) 39 51 51 ●

Literaturliste „Gen- und Reproduktionstechnologie"

Bereits im Frühjahr ist in Zusammenarbeit des Gen-Archivs Essen, des ID-Archivs in Amsterdam u.a. eine Literaturliste zum Thema „Gen-und Reproduktionstechnologie, Bevölkerungspolitik" erschienen. Die Herausgabe dieser Broschüre soll ein kleiner Ansatz von Gegenöffentlichkeit zur herrschenden Desinformationskampagne sein; auf daß sich viele Menschen mit den sogenannten „anschlagsrelevanten" Themen beschäftigen...

Die Liste enthält 150 Bücher und Broschüren sowie eine Auswahl Zeitschriften, Archive, Adressen, Filme usw. Sie liegt in ca. 100 linken Buchläden und Frauenbuchläden aus und wird umsonst (oder gegen einen geringen Unkostenbeitrag) abgegeben.

Zu bestellen in Paketen ab 25 Exemplaren für 25,– DM, 50 Exemplaren für 35,– DM, die kartonierte Sonderausgabe kostet 5,– DM/Ex. Zu beziehen über:

AurorA Verlagsauslieferung
Knobeldorffstr. 8
1000 Berlin 19 ●

Institutionalisierung oder Autonomie?

Im Umgang neuer sozialer Bewegungen mit Institutionen in Politik und Gesellschaft zeichnen sich in zunehmendem Maße Differenzen ab: Autonomer Protest wie in der Hamburger Hafenstraße oder zum 1. Mai in Kreuzberg steht dem Aufbau eigener Bewegungsinstitutionen sowie dem Umbau bestehender Institutionen in Staat und Gesellschaft als Strategie gegenüber. Ein „Bewegungsestablishment" gerät in Konflikt mit autonomen und spontanen Aktionsformen.

Mit dem Thema „Institutionalisierungstendenzen in den neuen sozialen Bewegungen" beschäftigt sich das Forschungsjournal 3-4/1989. Es wird Bilanz gezogen über den Bewegungsanteil am Wandel von Institutionen für die Frauenbewegung, die Ökologie-, die Gesundheits- und die Altenbewegung. Wirkungsbilanzen und Strategiedebatten befassen sich mit der Frage, ob die neuen sozialen Bewegungen Motor grün-roter Reformpolitik oder eine autonome Kraft des Systemwandels sind.

Das Forschungsjournal Neue soziale Bewegung ist zum Preis von 9,– DM zu beziehen bei der
Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen
c/o Thomas Leif,
Taunusstr. 66
6200 Wiesbaden 1 ●

Forum für Medienkultur

Während der Medientage in München veranstaltet das Institut für Informations- und Kommunikations-Ökologie (IKÖ) am Freitag, den 13. Oktober von 9.30 h bis ca. 19.00 h ein „Forum für Medienkultur". Das IKÖ, welches sich zum Ziel gesetzt hat, der fortschreitenden Kommerzialisierung der Medien und der Expansion von Informations- und Telekommunikationstechniken entgegenzuwirken, will durch die Diskussion über nichtkommerzielle Alternativen im Bereich des Privatfunks, Perspektiven des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und das Problem der Aushöhlung der föderalistischen Rundfunkstruktur durch die EG Akzente setzen, die sonst kaum Berücksichtigung finden. In die Leitthemen: „Gibt es Alternativen zum Kommerzfunk?", „Perspektiven des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im dualen System" und „Europa '92: Rundfundfunk als Wirtschafts- oder Kulturgut?" werden jeweils von mehreren Referaten eingeführt. In der Medienpolitik engagierte Menschen sollen ihre Ideen in die Diskussion um Alternativen in der Rundfunkordnung einbringen können.
Die Veranstaltung findet statt im Gewerkschaftshaus München, Schwanthaler Str. 64. ●

BENACHTEILIGUNG BEI FREMDFINANZIERUNG

Keine Chance auf personenbezogene Förderung

Haben Genossenschaften bei der Fremdfinanzierung Benachteiligungen gegenüber anderen Unternehmensformen zu befürchten? Diese Frage beschäftigt viele Projekte, die sich in der Gründungs- bzw. Vorbereitungsphase befinden und nicht abschätzen können, welche Vor- bzw. Nachteile mit einer für sie sicherlich erwägenswerten Genossenschaftsgründung verbunden sind.

Marianne Eicker-Bix, Redaktion Genossenschaften ● Die folgenden Ausführungen wurden vor allem vor dem Hintergrund von Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen geschrieben, gelten aber großteils für das gesamte Bundesgebiet. Neben der Eigenfinanzierung durch privates Kapital spielt die Fremdfinanzierungsmöglichkeit eine bedeutende Rolle. Sie kann in einem Unternehmen u.a. durch Kredite und Subventionen (letzteres z.B. in Form von Zuschüssen) erfolgen. Je nach Ausrichtung orientieren sich die Fremdfinanzierungsmöglichkeiten nach den zu fördernden Unternehmen selbst oder den UnternehmerInnen persönlich als AntragstellerInnen.

ERP-Kreditprogramme wie das beschäftigungsorientierte Förderprogramm, ERP- und sonstige Regionalprogramme, das Landeskreditprogramm (LKB) und Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Form von Investitionskrediten für Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, sehen als Kreditnehmer das Unternehmen unabhängig von seiner Rechtsform vor. Genossenschaften werden insoweit als juristische Personen anderen Gesellschaftformen gleichgestellt. Beim LKB sind genossenschaftliche Unternehmen sogar gesondert als potentielle Antragsteller benannt worden. Dies geschah, um die Förderung durch das LKB einzubeziehen.

Anders sieht es bei Finanzierungen aus, die als Adressat auf die Person des Unternehmers bzw. der Unternehmerin abstellen. Hierzu gehören das Eigenkapitalhilfeprogramm, das für Existenzgründer/innen in der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe (keine Ärzte und Apotheker) gedacht ist. Das ERP-Existenzgründungsprogramm sieht als Antragsberechtigte Nachwuchskräfte der gewerblichen Wirtschaft im Alter zwischen 21 und 50 Jahren vor. Die Gewährung eines Überbrükkungsgeldes nach § 55a AFG ist nur bei Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit für den Unternehmensgründer bzw. die Unternehmensgründerin möglich.

Aus dem Vorgenannten ergibt sich, daß durch die Statusqualifizierung der in der Genossenschaft arbeitenden Genossen als Arbeitnehmer die für die Existenzgründer persönlich vorgesehenen Kredit- und Finanzierungsmöglichkeiten bei Genossenschaftsgründungen nicht herangezogen werden können. Insoweit sind Personen, die eine Genossenschaft gründen, gegenüber solchen, die z.B. in einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) oder in einer GmbH unternehmerisch mitarbeiten wollen, benachteiligt.

Es läßt sich also festhalten: Fremdfinanzierungsmöglichkeiten einer Genossenschaft bleiben auf Programme beschränkt, in denen als Antragsteller ein Unternehmen benannt wird. Die für ExistenzgründerInnen persönlich vorgesehenen Kredit- und Finanzierungshilfen sind den in der Genossenschaft arbeitenden Genossen verschlossen. Insoweit ist die Genossenschaft beispielsweise gegenüber einer GmbH benachteiligt, bei der die Gesellschafter im Gesellschaftsvertrag festlegen können, ob es sich um eine mitunternehmerisch geführte GmbH handeln soll oder ob die Gesellschafter als weisungsgebundene Beschäftigte auftreten wollen. ●

Anzeige

Millionen scheffeln . . .

könnt Ihr mit einer Genossenschaftsgründung wohl kaum! Dafür hat die genossenschaftliche Rechtsform andere Qualitäten: die Verknüpfung der wirtschaftlichen Förderung aller Mitglieder mit demokratischen und ökologischen Betriebszielen.

innova - Entwicklungsagentur für Neue Genossenschaften
Ein Projekt des Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.
Am Hofgarten 20 5300 Bonn 1 Tel. 0228 / 21 52 90

INNOVA

SOLIDARIDAD

Bananas de Nicaragua

Neue Konsum- und Handelsgenossenschaft will. solidarische Ökonomie praktizieren

Susanne Rieger, Redaktion Genossenschaften ● Handel mit Waren aus Genossenschaften und genossenschaftlichen Projekten, besonders aus Entwicklungsregionen, steht bei der „Liberación"-Genossenschaft i.G. im Vordergrund, ebenso wie die Bereitstellung von Waren aus biologischem Anbau, die Förderung des Umweltschutzes.In ihrer Gründungsversammlung am 11. Juni 1989 wurde der alte Gedanke der Konsumgenossenschaft wieder aufgegriffen – angereichert mit entwicklungs-, friedens- und umweltpolitischen Inhalten.

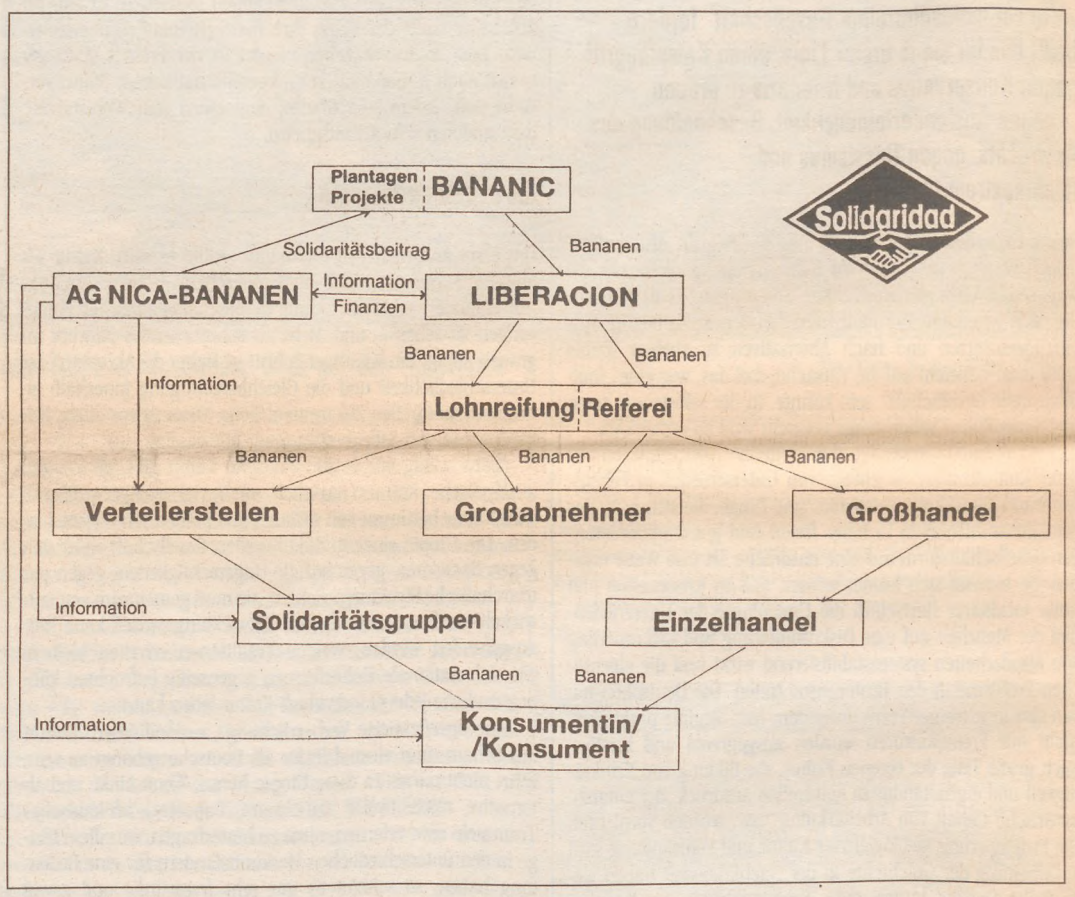
Seit 1982 gibt es die „Liberación – Werkstatt für Entwicklung und Frieden e.V.", ein gemeinnütziger Verein mit Weltladen, kleinem Café und einer Buchabteilung. Über die Jahre ist sowohl die Arbeit der Liberación als auch ihr Umsatz größer geworden. Für Dritte Welt Läden, Naturkostläden u.a. in der Umgebung von Hannover hat sie Großhandelsaufgaben übernommen. Dies soll nun für die gesamte Bundesrepublik ausgeweitet werden. Importiert und vertrieben werden Kaffee aus Nicaragua, biologischer Reis aus Spanien, Wein aus Sizilien, Puppen aus der Türkei, Tonketten aus Kolumbien – und Bananen aus Nicaragua.

Fast 3 Jahre koordiniert die Liberación für Gruppen in Norddeutschland die Aktion „Wenn schon Bananen, dann aus Nicaragua". Diese Aktion soll ab Herbst ausgeweitet werden. Dann wird die Liberación die Nica-Bananen direkt importieren und in der gesamten BRD vermarkten. Nicht nur Nicaragua erhält dann einen garantierten und kostendeckenden Preis, sondern auch für die AbnehmerInnen wird der Bananenpreis akzeptabel sein. Vor allem soll eine deutliche Absatzsteigerung erreicht werden. Denn erst ein größerer Absatz, verbunden mit einem fairen Preis, bietet Nicaragua bessere Chancen zum Überleben.

Diese Aktivitäten bei gleichzeitiger Vorfinanzierung der Produkte sprengten den Rahmen, in dem sich die bisherige Arbeit der Liberación abspielt. Der Geschäftsbetrieb mußte dringend eine eigene Rechtsform bekommen. Die Entscheidung fiel für eine Genossenschaft, um möglichst zahlreich UnterstützerInnen integrieren zu können.

Derzeit wird die Genossenschaft vom Revisionsverband Deutscher Konsumgenossenschaften in Hamburg geprüft. Satzung und 70 Willenserklärungen von angehenden GenossInnen sind schon vorhanden. Um die Absatzsteigerung der Nica-Bananen und die Vorfinanzierung der Produkte zu erreichen, ist nicht nur die aktive Mitarbeit vieler Menschen, Gruppen und des Handels erforderlich, sondern auch Mittel der Vorfinanzierung. Insofern hoffen die Gründer und Gründerinnen noch auf viele Beitrittswillige, die bereit sind, einen Pflichtanteil von 500,– DM zu zeichnen. ●

(Information und Anfragen: Liberación-Genossenschaft i.G. Handel für Entwicklung und Frieden, Sedanplatz 63, 3160 Lehrte)



REZENSIONEN

Silvio Gesell – „Marx" der Anarchisten?

Bereits 1984 wurden, in einer viel beachteten Sondernummer der Zeitschrift „883", die historischen und aktuellen Aspekte der Freiwirtschaftslehre von einem anarchistischen Ansatz aus dargelegt. Nach mehrjähriger Vorbereitung hat jetzt Kaus Schmitt, unter dem gleichen Titel, ein Buch herausgebracht:
„Silvio Gesell – „Marx" der Anarchisten?"

In einem einleitenden 20seitigen Beitrag, „Silvio Gesell, die Physiokraten und die Anarchisten", stellt Günther Bartsch in einem Rückblick auf Leben und Wirken speziell Gesells Bezüge zu den verschiedenen Strömungen seiner Zeit vor. Den Schluß des Buches bilden historische Originalbeiträge: Von Silvio Gesell die „Robinsonade" und ein Auszug aus „Der abgebaute Staat", der sich mit der Frauenfrage befaßt. Außerdem je ein Text von Gustav Landauer, Erich Mühsam, Arthur Mülberger und Alex von Muralt, der sachlich-detailliert die Geschehnisse in Wörgl schildert.

Den Hauptteil des Buches, mehr als 220 Seiten, hat Klaus Schmitt selbst verfaßt, der in der Titelangabe bescheiden hinter seine Herausgeberrolle zurücktritt. Aufgelockert durch viele Grafiken, Fakten, Zitate und historische Druckwiedergaben, hat Schmitt hier einen umfassenden Beitrag über die Reformansätze Silvio Gesells geschrieben, der seinesgleichen sucht. Allein die mehr als 30 Seiten des kleingedruckten Fußnotenanhangs mit ihren vielfältigen Zusatzinformationen, Hinweisen und Quellenangaben, sind fast ein Buch für sich und den Preis des ganzen wert.

Die informativ-gründliche und sachlich-überzeugende Arbeit von Klaus Schmitt ausreichend zu würdigen, bedarf eines größeren Raumes. Einige der vielen Zwischenüberschriften können jedoch einen annähernden Eindruck des breiten Spektrums vermitteln, das Schmitt in seinem Beitrag behandelt: Zur Aktualität der Gesell'schen Geld-, Zins- und Bodenlehre – Der Zins, ein soziales, ökonomisches und ökologisches Problem – „Rostende" Tauschmittel in Theorie und Praxis – Keynes'Gesell-Kritik und seine Erklärung des Zinses – Kindergeld aus der Bodenrente – Gegen das Privateigentum an Grund und Boden – Wer ist Kapitalist? – Welchen Gebrauchswert hat die Mehrwert-Theorie? – Wie hieb- und stichfest ist die linke Gesell-Kritik? – usw., usw.

Gerade die mit profunder Sachkenntnis und gesundem Menschenverstand dargelegte Auseinandersetzung mit marxistischen Dogmen und herrschenden Geldtheorien macht das locker-lesbar geschriebene Buch zu einer wichtigen Hilfe in unseren Tagen. Auch wenn der Autor, dem Buchtitel nachkommend, häufig auf den speziellen anarchistischen Ansatz abhebt, ist dieses Buch für alle, die sich um eine von ihren Fehlern befreite Geld und Bodenrechtsordnung bemühen, um eine die ökologischen und sozialen Belange berücksichtigende „natürliche Wirtschaftsordnung", eine unverzichtbare Informations- und Argumentationsquelle, nach meiner Sicht die umfassendste und wichtigste, über die wir zur Zeit verfügen. ●
Helmut Creutz

„Silvio Gesell – „Marx" der Anarchisten?"
Texte zur Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus und der Kinder und Mütter vom patriarchalischen Bodenunrecht
Klaus Schmitt, Hrsg.
(Karin Kramer Verlag Berlin, 300 S. DM 36,–)
Das Buch kann über alle Buchhandlungen bezogen werden, postalisch gegen Scheck über DM 36,– beim Buchversand
Helmut Creutz, Monheimsallee 99
5100 Aachen

Eine sozialistische Reform-perspektive?

Die Einschätzung der Reformperspektiven neuer genossenschaftlicher Ansätze ist Thema eines neuen Buches von Heinz Bierbaum und Marlo Riege.

Die Autoren interessiert vor allem, in wieweit die aktuellen Bewegungen – im Gegensatz zu vielen geschichtlichen Vorkämpfern – es schaffen, sich gegen die Strategien einer Privatisierung, Instrumentalisierung und Deregulierung zu behaupten. Im Mittelpunkt ihrer Überlegungen steht deshalb die Frage, wie eine eigenständige Reformpolitik jenseits von Markt und Plan von neuen Betrieben und Projekten entfaltet, angestoßen und bewahrt werden kann. Ausführlich analysiert werden die drei Bereiche Arbeit, Wohnen und soziale Selbsthilfe.

Als Fazit ziehen die Autoren im letzten Kapitel den Schluß, daß neue Selbsthilfeinitiativen in quantitativer Hinsicht wenig zur Überwindung der gesellschaftlichen Probleme Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und mangelnde soziale Versorgung beitragen konnten. Trotzdem wird ihnen eine zentrale Rolle gerade im Bereich gesellschaftlicher Strukturveränderungen zugesprochen.

Selbsthilfeansätze erhalten mittlerweile auch in konservativen Strategien eine wichtige Funktion beim Rückzug des Sozialstaates. Die Gefahr eines umfassenden Abbaus bewährter solidarischer Ausgleichssysteme liegt daher nahe, ohne daß ein tatsächliches Äquivalent im dezentralen Selbsthilfebereich an seine Stelle gesetzt wird. Teilweise illusionäre Vorstellungen über die Leistungsfähigkeit von Selbsthilfe finden sich stellenweise selbst in ökosozialen oder -sozialistischen Theorien. Mit der „Überhöhung" dieses Sektors besteht die Gefahr, daß neoliberalen Strategien der umfassende Abbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme erleichtert wird.

Die Autoren fordern daher die Einbindung der verschiedenen Selbsthilfeansätze in Strategien einer Vergesellschaftung. Das Verhältnis von Eigeninitiative und gesellschaftlicher Planung muß hierzu neu bestimmt werden, soll die Wiederentdeckung von Markt und Eigenverantwortung nicht lediglich als Unterwerfung unter das Ideal kapitalistischer Konkurrenz enden.

Gerade im letzten und zusammenfassenden Kapitel vermißt man als Leser/in jedoch einen stärkeren und differenzierteren Rückbezug auf die behandelten Einzelbereiche Arbeit, Wohnen und soziale Selbsthilfe. Etwa: Wo ist die geforderte Reformeinbindung schon am weitesten fortgeschritten? Gilt die Deregulierungsgefahr unterschiedlos für alle Selbsthilfebereiche? Von einer neuliberalen Förderung von Belegschaftsbetrieben oder -übernahmen und gemeinschaftlichen Wohnprojekten zugunsten eines Abbaus von sozialen Sicherungssystemen ist meines Wissens nichts bekannt. Und wie erklärt sich die beklagte politische Anspruchslosikeit oder apolitische Einstellung vieler Selbsthilfeprojekte vor dem Hintergrund der Forderung nach einer Einbindung dieser Initiativen in eine umfassende Reformpolitik?

Trotz dieser Kritik bietet das Buch eine informative Reflexion und Zwischenbilanz der neuen Selbstorganisationsformen und eine Weiterentwicklung des aktuellen Standes einer sozialistischen Reformperspektive. Es präsentiert sich eine politische tour d'horizon auch für Projektmitglieder, die wissen wollen, was sich in den anderen Selbsthilfebereichen tut und welchen allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungslinien „ihr" Bereich unterliegt. Mit seiner nüchternen Einschätzung der Leistungsfähigkeit von dezentralen und staatsfernen Netzen holt es die Leser in die Sphären realistischer gesellschaftlicher Perspektiven zurück. ●
Jürgen Bärsch

Selbsthilfe, Genossenschaften, Vergesellschaftung.
Der Beitrag von Selbsthilfe und neuen Genossenschaften für gesellschaftliche Reformpolitik von Heinz Bierbaum und Marlo Riege
VSA-Verlag, Hamburg 1989, DM 22,80

BLICK AUF EUROPA

BELEGSCHAFTSBETRIEBE

Proletarier aller Länder ...

So lange ist es noch gar nicht her, daß der Glanz von Lip einen rosaroten Schimmer selbst noch auf die biederen Glasbläser von Süßmuth im nordhessischen Immenhausen warf. Als die bundesdeutsche Linke in ihrem Italienfieber bei jeder dortigen Betriebsübernahme die Machtergreifung durch die proletarische Avantgarde wähnte.

Rainer Duhm, Redaktion Rhein/Main ● Und als Namen wie Upper Clyde und Meriden nicht weniger Musik für's linke Ohr waren als die Evergreens der Beatles und der Stones, und Tony Benn, der progressive Edelmann, mit seiner 'revolutionären' Industriepolitik der senil gewordenen Labour Party das Fürchten lehrte. Wir Achtundsechziger-Veteranen wissen noch, daß eine Betriebsübernahme immer ein 'objektiver' Akt war, mit dem Produktionsmittel dorthin gerückt wurden, wo sie hingehörten: in die Hände der Arbeiterklasse. Entsprechend elektrisiert und unpräzise haben wir hingeschaut.

Wie anders war der Blick und das Interesse, als die Brüsseler EG-Kommission ein Jahrzehnt später beschloß, eine Studie in Auftrag zu geben, um herauszufinden, was es mit Betriebsübernahmen in der Gemeinschaft auf sich habe. (1) Lip wurde vom französischen Vertreter in der Arbeitsgruppe überhaupt erst auf Nachfragen anderer Teilnehmer erwähnt; die großen englischen Übernahme-Fälle wurden verächtlich als die „Benn-Coops" abgetan, die Betriebsübernahmen fast gänzlich in Mißkredit gebracht hätten; aus Italien wurde wenigstens über Gesetzesinitiativen berichtet, mit deren Hilfe die zahllosen Betriebsfortführungen ihren angemessenen Platz in der italienischen Wirtschaft einnehmen können. Damals freute uns der revolutionäre Gehalt, heute die ökonomische Konsolidierung – jeweils die zeitgemäße Bestätigung, daß wir's schaffen können.

Versuche, einen in die Krise geratenen Betrieb durch die Belegschaft zu übernehmen, gibt es in allen westlichen Industrieländern. Solange dadurch die Hoffnung besteht, drohende Arbeitslosigkeit und Verarmung abzuwenden, wird ein solcher Ausweg immer wieder in den Blick geraten – verstärkt, wie die Erfahrung zeigt, wenn's mit der Wirtschaft bergab und mit den Arbeitslosenzahlen nach oben geht. Noch heute gibt es z.B. in England einzelne Produktivgenossenschaften, die ihre Entstehung solchen Ereignissen in den krisenhaften Siebzigern des letzten Jahrhunderts verdanken. Die Mehrheit der heutigen Produktivgenossenschaften in Italien ist in periodischen Wellen im Verlauf dieses Jahrhunderts so entstanden. Seit dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit in den 70er Jahren kam es in nahezu allen westeuropäischen Ländern zu vermehrten Betriebsübernahmen und Übernahmeversuchen, mit inzwischen wieder abflauender oder stagnierender Tendenz. Allein in Italien wurden zwischen Mitte der 70er und Mitte der 80er Jahre etwa 100 erfolgreiche Belegschaftsfortführungen jährlich registriert – gegenüber insgesamt 14 bekannt gewordenen Fällen in der ganzen späteren Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik (die ausnahmslos alle aus den letzten zwanzig Jahren stammen).

Solche gravierende Unterschiede können nicht mehr mit Zufällen erklärt werden. Unterschiedliche Industrialisierungsentwicklungen, eigene kulturelle Ausprägungen (gerade auch bei den handwerklich- und bäuerlich-proletarischen Schichten), spezifische Traditionen der jeweiligen Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegungen oder auch weit auseinanderklaffende Vorstellungen und Systeme der sozialen Sicherung gehören zu den prägenden Elementen für das Verhalten in betrieblichen und beruflichen Krisensituationen. Wehrt man sich? Sucht man individuell nach Fluchtwegen? Sieht man in kollektiver Selbsthilfe eine realistische Chance? Resigniert man? Setzt man auf den Staat und die Sozialversicherung?

Die nationalen Unterschiede beeinflussen natürlich nicht nur subjektive Einstellungen. Sie manifestieren sich ebenso in einem gesellschaftlichen Umfeld: im Fehlen oder Vorhandensein unterstützender Organisationen und Netzwerke, eines günstigen politischen Klimas, hinreichender Förderprogramme, ermutigender, vorausgegangener Erfahrungen, einer aufgeschlossenen Öffentlichkeit... Da gibt es das besonders krasse Beipiel Portugal mit etwa 1500 Betriebsübernahmen in den 70er Jahren nach der „Revolution der Nelken" (von denen nach Schätzungen nur um die 10 % überdauerten); nach diesem Boom kam es nur noch sehr vereinzelt zu solchen Aktionen. Aber auch die Länder Italien, Frankreich, Spanien mit starken kooperativen Traditionen und politisch aktiven Genossenschaftsverbänden bei gleichzeitig schwach entwickelten Sozialversicherungssystemen markieren im internationalen Vergleich solche Unterschiede, z.B. gegenüber den sozialen Wohlfahrtsstaaten Skandinaviens, deren „kollektives Unternehmertum" (Lindkvist/Westenholz) eher fremd ist. Eine Untersuchung über Belegschaftsbetriebe in den vier nordischen Ländern ergab eine Gesamtzahl von etwas mehr als 130 Betriebsübernahmen in den zurückliegenden 20 Jahren – zwei Drittel davon allein in Schweden (wo die Zählung nicht einmal vollständig war), nicht zuletzt aufgrund einer gezielteren staatlichen Förderpolitik und unterstützungsbereiter Gewerkschaften.(2)

Ähnlich deutlich werden die Auswirkungen vorhandener oder fehlender Rahmenbedingungen, wenn wir uns Unterschiede innerhalb einzelner Länder ansehen: In Frankreich erlebten Betriebsübernahmen Anfang der 80er Jahre einen Höhenflug, als sich mit dem Wahlsieg der Sozialisten das politische Klima – und mehr noch die Erwartungen – in Teilen der Arbeiterklasse veränderten. In Spanien war das Ende des Franco-Regimes ein Wendepunkt. Auffällige Häufungen finden sich in Italien in Regionen wie z.B. der Emilia Romagna (3) mit politisch profilierten Genossenschaftsbewegungen. Selbst in der kollektivwirtschaftlich so unterentwickelten Bundesrepublik fällt auf, daß sich fast ein Drittel aller Übernahmeversuche dieses Jahrzehnts (9 von 30) auf die Region in und um Bremen konzentrierte, wo politische Förderbereitschaft, ein eng geflochtenes Beratungs- und Unterstützungsnetz, erfolgreiche Belegschaftsfortführungen sowie eine relativ stark entwickelte **Selbstverwaltungskultur** der Alternativbewegung das Klima geprägt haben.

Im folgenden will ich auf der Grundlage des erwähnten EG-Berichts das Phänomen Betriebsübernahmen in Italien, Spanien, Frankreich, Großbritannien und Dänemark kurz skizzieren. Bemerkenswerte Entwicklungen z.B. in Österreich (4) oder Schweden (5) bleiben dabei aus Platzgründen ebenso unberücksichtigt wie die (für einen Vergleich nicht uninteressanten) etwas anders gearteten Bedingungen, unter denen Belegschaften in der USA sich auf Sanierungs- und Fortführungsversuche von Krisenbetrieben eingelassen haben. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

ITALIEN

„Schatten-Ökonomie" contra Confindustria

Die Schlüsselrolle spielen die Genossenschaftsverbände als dritter anerkannter Bereich der italienischen Wirtschaft

Seit 15 Jahren etwa sind Belegschaftsübernahmen von Konkurs- oder anderweitigen Krisenbetrieben ein normaler Bestandteil des Wirtschaftslebens in Italien. Diese Entwicklung hatte im Gefolge der eher „klassenbewußten" Arbeitskämpfe der frühen 70er Jahre begonnen; etwa von 1976 an, mit der Verschärfung der italienischen Wirtschaftskrise, wurden Betriebsübernahmen aber mehr und mehr ein defensives Instrument, das vorrangig auf Beschäftigungssicherung abzielte.

Die Genossenschaftsverbände haben sich weitgehend hinter diese Bewegung gestellt – und wurden ihrerseits durch die große Anzahl geglückter Übernahmen gestärkt. Die insgesamt erfolgreiche Verteidigung von Arbeitsplätzen hat auch die Gewerkschaften, die politischen Parteien und Kommunalverwaltungen bewogen, Betriebsübernahmen weitgehend zu unterstützen.

Eine Schlüsselrolle spielen in den meisten Regionen aber die (politisch ausgerichteten) Genossenschaftsverbände, zumal Belegschaftsbetriebe – ganz anders als z.B. bei uns – regelmäßig die Rechtsform einer Genossenschaft annehmen. Diese Verbände repräsentieren die Selbstverwaltungswirtschaft – neben dem öffentlichen und dem privaten Sektor – als dritten anerkannten Bereich der italienischen Wirschaft. Die meisten Genossenschaften sind in ein engmaschiges Organisations- und Kooperationsnetz auf sektoraler und mehrfach gegliederter räumlicher Ebene eingebunden; vielerorts gibt es darüber hinaus „Genossenschafts-Konsortien", fast konzernartige Zusammenschlüsse zur Stärkung der Wirtschaftskraft von Einzelgenossenschaften, Aufgabe der Verbände umfassen u.a. die Förderung und Beratung entstehender wie existierender Kooperativen, speziell auch Finanzierungsberatung und/oder Gewährung von Finanzierungshilfen durch das verbandseigene Bankwesen, Bürgschaftsübernahmen, Rechtshilfen, berufliche Aus- und Fortbildung, (genossenschafts-)politische Weiterbildung; und sie fungieren inzwischen als einflußreiche politische Lobby. Diese Infrastruktur steht einer Belegschaft, die ihren Betrieb übernehmen will, zur Verfügung. Mitunter arbeitet der zuständige Verband die Weiterführungskonzeption aus, hilft beim Verkauf nicht benötigter oder bei der Beschaffung zusätzlicher Betriebsanlagen, stellt erforderliche Marktverbindungen her, qualifiziert Belegschaftsmitglieder zur Wahrnehmung von Managementaufgaben oder stellt ein Interimsmanagement zur Verfügung, bringt vorübergehend nicht benötigte Belegschaftsangehörige in anderen Mitgliedsbetrieben unter – bisweilen sind die Grenzen zwischen einer Betriebsübernahme durch die Belegschaft und einer durch den Genossenschaftsverband fließend.

Die Gewerkschaften spielen hauptsächlich in der Durchsetzungsphase eine wichtige Rolle – in Kämpfen und Auseinandersetzungen mit dem alten Arbeitgeber, bei der Beratung einer Belegschaft, indem sie ihre Verhandlungsmacht gegenüber politischen Instanzen (wie Kommunalverwaltungen) ins Spiel bringen. Mit der zunehmenden Etablierung der neuen Belegschaftsfirma werden die Funktionen der Gewerkschaften unklarer und schwächer. „Im allgemeinen fehlen den Gewerkschaften die kulturellen und materiellen Instrumente, um das Kooperativ-Projekt weiterhin zu stützen; diese Aufgabe wird dann von Genossenschaftsverbänden übernommen. Es sieht mithin so aus, daß die Gewerkschaften eine bestimmte wichtige, aber begrenzte Rolle in Bezug auf Belegschaftsübernahmen entwickelt haben: eine komplementäre Rolle zu den Funktionen der Genossenschaftsverbände."(6)

In einer 1985 getroffenen Vereinbarung zwischen Gewerkschaften und Genossenschaftsverbänden haben sich die Gewerkschaften auch politisch verpflichtet, auf eine Gesetzgebung zu drängen, die wesentlichen Rahmenbedingungen für eine genossenschaftliche Expansion und insbesondere auch für die Umwandlung von konventionellen Firmen in Kooperativ-Betriebe verbessert. Die traditionell restriktiven, gesetzlich verankerten Finanzierungsregelungen für Kooperativen – Genossenschaften werden auch hier primär als personenbezogene Unternehmen gesehen, weniger als Kapitalgesellschaften – sowie andere einschränkende Vorschriften sind seit längerem heftig umstritten. Das 1985 nach 8- jähriger Debatte endlich verabschiedete „Marcoa-Gesetz" (Gesetz Nr. 59/85) sollte für das weitere Wachstum des Genossenschaftssektors, insbesondere auch für Belegschaftsübernahmen, westliche Erleichterungen schaffen. Unbefriedigende Kompromisse, eine unzureichende finanzielle Ausstattung sowie fehlende Durchführungsvorschriften behinderten aber seine Anwendung. Finanzierungsfragen sind auch in Italien ein wesentlicher Stolperstein für kollektive Betriebsfortführungen.

Entscheidender Gegner einer staatlichen Förderung der Ausweitung des Selbstverwaltungssektors und der Umwandlung von konventionellen Firmen in Belegschaftsbetriebe ist die **Confindustria**, der führende Unternehmensverband, der vornehmlich die Interessen der Großindustrie vertritt. Wesentlich moderater ist die Position von **Confapi**, der Unternehmervereinigung, die im wesentlichen Klein- und Mittelbetriebe repäsentiert. Anders bisweilen auf betrieblicher Ebene: Hier kommt es immer wieder vor, daß die Initiative für einen Betriebsübergang in die Hände der Belegschaft vom Eigentümer ausgeht.

Selbst eine solche, für hiesige Verhältnisse überraschende Unterstützung aus dem Unternehmer'lager' kann aber nicht verhindern, daß viele Übernahmebetriebe – unabhängig von ihrer jeweiligen Profitabilität – in die „Marginalität", eine wirtschaftliche Randständigkeit, abgedrängt werden; es sei, daß sie in Bereichen entstehen, die für privates Kapital uninteressant (geworden) sind; es sei, daß sie über Zuliefer-oder Lohnaufträge für andere mittelständische Unternehmen – und die damit verbundenen Unsicherheiten und Abhängigkeiten – nicht hinauskommen. Allerdings teilen sie dieses Los mit vielen anderen Kleinbetrieben.

Ein bemerkenswerter Aspekt ist noch, daß „ein bedeutender Anteil geretteter Arbeitsplätze die Beschäftigung von Frauen betrifft. Das liegt daran, daß Übernahme-Kooperativen häufiger in älteren, arbeitsintensiven Sektoren der Industrie auftreten mit ungelernten oder angelernten Arbeitskräften. Die Charakteristika der Lohnarbeit von Frauen gestalten die Suche nach anderen Arbeitsplätzen ... schwierig. So stellt die Kooperative oft einen letzten Ausweg für gleiche Beschäftigungschancen von Männern und Frauen dar." (7) ●

SPANIEN

Der „Sozialismus des 21.Jahrhunderts"?

Das hochpolitisierte Meinungsklima in der Übergangsphase zwischen Diktatur und Demokratie bewegt auch die Betriebswelt.

Die Situation in Spanien muß vor einem sehr spezifischen Hintergrund gesehen werden. „Die Entwicklung der Wirtschaftskrise von 1976 fiel zusammen mit einer Epoche durchgreifender politischer Veränderungen. Seit 1976 befand sich Spanien im Übergang von der Diktatur in eine Demokratie und von einem zentralistischen Staat in ein Land mit 17 Parlamenten und 17 Regionalregierungen. Dieser länger anhaltenden institutionelle Umbruch war begleitet von einem hochpolitisierten Meinungsklima, das sich auch auf die Wirtschaft und das gesamte spanische Leben ausgewirkt hat. Während dieses Prozesses hatten politische Fragen zeitweilig Vorrang vor ökonomischen... So führte Spanien z.B. von 1977-82 die europäische Streik- und Arbeitskampfstatistik an, u.a. auch mit intensiven zwischengewerkschaftlichen Auseinandersetzungen. Während dieser Phase hatte Spanien auch die höchste Arbeitslosenquote mit den größten jährlichen Wachstumsraten in Europa. Überdies schwanden die Möglichkeiten der Arbeitsemigration, die in den Jahren vor der Krise ein wichtiger Beschäftigungsfaktor war. Zusätzlich waren die Zahlungen aus der Arbeitslosen- und Sozialversicherung sehr begrenzt."(8)

In dieser Zeit, zwischen 1975-85, sind mindestens 1.300 Betriebsübernahmen zu verzeichnen mit einer Gesamtbeschäftigtenzahl von ca. 50.000-80.000. Sie erfolgten überwiegend in Sektoren der verarbeitenden Industrie und konzentrierten sich regional vor allem im Baskenland, in Katalanien, in Andalusien und in Madrid. Es gibt zwei rechtlich unterschiedene Formen von Belegschaftsbetrieben: Genossenschaften und die spanische Besonderheit der **Sociedades Anonimas Laborales** (SAL), eine Art 'Belegschafts-GmbH', eine Form, die bis in die Mitte der 80er Jahre ausschließlich für Betriebsübernahmen verwendet wurde; erst danach gab es auch Neugründungen als SAL.

Übernahmebetriebe in der Form einer Genossenschaft haben zwar für die Entwicklung der Produktivgenossenschaften in Spanien, mit besonderem Schwerpunkt in Katalanien, eine bedeutende Rolle gespielt – die älteste Arbeitergenossenschaft, die 1920 gegründete Mataro-Glasfabrik, entstand z.B. durch eine Betriebsübernahme. Heute ist diese Form für Belegschaftsfortführungen nur noch von nachrangiger Bedeutung und wird vornehmlich für Klein- und Kleinkunstbetriebe mit zumeist weniger als 15 Beschäftigten gewählt. Die SAL hat ihr den Rang abgelaufen.

Die Übernahme von Betrieben durch ihre Belegschaften wurden finanziell ermöglicht, indem das Arbeitsministerium durch einen besonderen Fonds den übernahmewilligen Belegschaftsmitgliedern (individuell) günstige Kredite gewährte, um Gesellschaftsanteile zur Gründung einer SAL zu kaufen. Die Obergrenze pro Kopf wurde jährlich durch das Ministerium festgelegt. Weitere Geldmittel konnten über normale Bankkredite oder Drittgesellschafter eingefordert werden. Zentrales Problem war, daß die staatlichen Kredite personengebunden und nicht am tatsächlichen Finanzbedarf des Unternehmens orientiert waren – oft mit der fatalen Folge, daß Belegschaftsbetriebe den Personalumfang am Geldbedarf und nicht an der notwendigen Rentabilität orientierten. Viele scheiterten daran. Durch eine Reformgesetzgebung in den Jahren 1985 und 86 wurde dieser Mißstand beseitigt. Über einen besonderen Beirat

Fortsetzung auf Seite 8

BLICK AUF EUROPA

BELEGSCHAFTSBETRIEBE

Fortsetzung von Seite 7

beim Arbeitsministerium, bestehend aus Vertretern der Produktivgenossenschaften und der SAL's wurden die Betroffenen außerdem an den zentralen Entscheidungen beteiligt und die SAL als eigenständige Unternehmensform rechtlich anerkannt.

Auch die Gründung von Genossenschaften wird vom Staat in ähnlicher Weise gefördert; zudem haben sie noch besondere Steuervorteile. Daß trotzdem die SAL-Form bevorzugt wird, liegt u.a. daran, daß die meisten kleinen und früher oft regime-treuen Genossenschaften ein relativ schlechtes Image hatten; daß es den SALs erlaubt ist, notwendiges Kapital von dritter Seite einzuholen, insbesondere auch durch außerbetriebliche Gesellschafter (die damit auch einen Teil des finanziellen Risikos mittragen); daß es im Rahmen einer SAL wesentlich leichter ist, Kapitalanteile auf andere zu übertragen; vor allem aber, daß SAL-Mitglieder, im Gegensatz zu den Kooperativgenossen, die üblichen Arbeitnehmerrechte behalten, insbesondere auch den Anspruch auf Arbeitslosenversicherung. Erst durch die Reformgesetzgebung von 1985 wurde das auch den Genossenschaftsmitgliedern zugestanden.

Die Arbeitsorganisationen halten Betriebsübernahmen und damit auch die Konzeption der SALs für grundsätzlich verkehrt, weil sie darin ein Unterlaufen ihrer Bemühungen sehen, die Produktivitätsschraube bei Klein- und Mittelbetrieben nach ihrer Vorstellung anzuziehen. Das hindert einzelne Arbeitgeber jedoch nicht, immer wieder von sich aus die Umwandlung ihres konventionellen Unternehmens in eine SAL zu initiieren, wenn sie andere Finanzierungsquellen nicht mehr sehen.

Uneindeutiger sind die Haltungen der Gewerkschaften und der Genossenschaftsverbände. Die Gewerkschaften stellten sich anfangs vehement gegen die Gründung von SALs (aus politischen wie ideologischen Gründen). Erst 1982 haben sie ihre Einstellung geändert und sich zugunsten der SALs geäußert. Tatsächlich haben sie aber eine eher pragmatische Haltung eingenommen, in der sie nach Beurteilung des Einzelfalls ihr Verhalten entscheiden. Die Genossenschaftsverbände unterstützen zwar durchaus Belegschaftsübernahmen von Betrieben, und sie haben viele gemeinsame Interessen mit den SALs und ihren Verbänden. In der Form der SAL sehen sie jedoch eine gefährliche kapitalistische Abweichung von wesentlichen Genossenschaftsprinzipien – und sie stehen in materieller Konkurrenz zu ihnen, weil sie aus den gleichen staatlichen Töpfen finanziert werden, um deren Aufteilung gerangelt wird. – Eine zunehmende Zusammenarbeit entwickelt sich zwischen SAL-Verbänden und politischen Linksparteien.

Die weiteren Perspektiven für Betriebsübernahmen werden zwiespältig beurteilt. Einerseits ist die Überlebensquote – z.B. verglichen mit konventionellen Klein- und Mittelbetrieben – nicht schlecht (annäherndes Zahlenmaterial gibt es nur für die SALs). In den Anfangsjahren lag sie bei ca. 50 % und ist seit 1981 auf etwa 70 % angestiegen, nachdem das Arbeitsministerium mit Hilfen zur Verbesserung der Managementqualität und zur Erstellung von Wirtschaftlichkeitsgutachten und Weiterführungskonzeptionen dazu beigetragen hatte, Gründung und Startphase der Übernahmebetriebe stärker zu professionalisieren. Von großer Bedeutung war auch die Gründung des ersten SAL-Verbandes (in Katalanien) im selben Jahr, der rasch weitere folgten. Diese Verbände bieten einen wichtigen Beratungsservice und fungieren als zunehmend einflußreiche politische Lobby. Zweifellos hat die SAL sich in Spanien etabliert. Man spricht bereits davon, daß mit den SALs der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" aufgebaut wird.

Andererseits haben sich auch in Spanien Betriebsübernahmen mit den üblichen Problemen wie Unterkapitalisierung, technologische Rückständigkeit, Managementprobleme, wirtschaftliche Marginalität herumzuschlagen. Insbesondere seit Spaniens EG-Beitritt und noch mehr mit Blick auf den europäischen Binnenmarkt sehen einige eher düstere Aussichten: „Mittelfristig haben die SALs mit Firmen zu konkurrieren, die eine höhere Produktivität aufweisen als ihre gegenwärtigen Konkurrenten auf dem heimischen Markt... Kurz gesagt, viele SALs sind randständige Unternehmen und durch derzeitige wirtschaftliche Trends und Veränderungen leicht verwundbar."(9) ●

Anzeige

Chile

Der Schmerz, der nicht aufhören will

Ungewißheit und Angst beherrschten 16 lange Jahre die Gefühle der Menschen in Chile. Zehntausende wurden direkte Opfer des staatlichen Terrors, wurden gefoltert und verschleppt oder mußten leidvoll miterleben, wie Angehörige für immer verschwanden. Jene, die das Trauma körperlicher und seelischer Folterqualen überlebt haben, machen heute die Erfahrung, daß ihr Leid fortdauert. Wie bei einem schwelenden Brand, dessen Flammen zwar verschwunden sind, der sich aber jederzeit wieder entzünden kann, haben sich die traumatischen Erlebnisse in den Menschen festgesetzt. Von den Opfern oft unbemerkt vergiften sie das individuelle und gesellschaftliche Leben.

Der Schrecken, der die chilenische Gesellschaft als Ganzes traumatisiert hat, muß nun verarbeitet werden: gesellschaftlich vor allem, aber auch individuell. Nicht die Verleugnung, das schnelle Vergessen des Terrors, hilft, sondern seine bewußte Aufarbeitung. Das privat erfahrene Leid des Einzelnen muß »entprivatisiert» und als Folge der krankmachenden Diktatur erlebbar werden. Dazu kann Psychotherapie beitragen.

medico international hat für die chilenischen Therapieeinrichtungen einen **zentralen Hilfsfonds** eingerichtet, aus dem die Behandlung der traumatisierten Menschen, die spezielle Weiterbildung des therapeutischen Personals und die Unterstützung der Organisationen der Familienangehörigen ermöglicht werden sollen. Weil diese Arbeit heute, mit dem Ende der Diktatur, von größter Notwendigkeit ist, bitten wir um Ihre Spende.

Helfen Sie mit, daß die bewußte Verarbeitung des Schreckens, die weitestmögliche »Wiedergutmachung« und die Hilfe für die Opfer der Diktatur gelingen kann.

Spendenkonten:
1800 Frankfurter Sparkasse
6999-508 Postgiroamt Köln
Stichwort: Folteropfer in Chile.

Fordern Sie weitere Informationen an!

medico international
Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1, Tel. 069/4990041

FRANKREICH

Für eine „soziale Ökonomie"?

Widerspricht die ökonomische Seite einzelwirtschaftlicher Effizienz und Rentabilität kulturellen Veränderungsimpulsen in der Wirtschaft?

Die relativ zahlreichen Betriebsübernahmen in Frankreich haben noch keine lange Geschichte. Es hatte immer wieder Versuche gegeben, so die gescheiterte Kampagne zur Übernahme der Bergwerke durch die Kumpels Ende des 19. Jh. oder die Gründung von ACOME 1932 während der großen Depression – heute noch oft als Meilenstein der Bewegung gesehen. Erst Mitte der 60er Jahre gab es wieder einzelne Übernahmefälle. Dann Lip, Manuest („das Lip der Vogesen"),... Von 1978 an nahmen vor dem Hintergrund drückender Arbeitslosigkeit Belegschaftsfortführungen einen größeren Aufschwung, gefolgt von einem 'Boom' 1981-83 nach der gewonnenen Präsidentschaftswahl des Sozialisten Mitterand. Allein in diesen 3 Jahren wurden nahezu 300 Übernahmefälle gezählt.

Zur gleichen Zeit erfuhr auch der bis 1978 wenig veränderte und homogene Genossenschaftssektor bedeutenden Zulauf und tiefgreifende Veränderungen – nicht zuletzt auch durch die aus Übernahmen entstandenen Belegschaftsbetriebe, die sich diesem Sektor anschlossen. (Neben diesen Betrieben gliederten sich auch eine Reihe „Konversions-Firmen" in den Genossenschaftsbereich ein, Firmen, die auf Initiative ihrer Eigentümer aus unterschiedlichen Gründen in Belegschafts-Kooperativen umgewandelt wurden.) Die ehemals konventionellen Betriebe haben vor allem überproportional zu den Beschäftigungsziffern im Selbstverwaltungssektor beigetragen, der seit 1987 und vermehrt noch seit 1981 unter dem Begriff der „sozialen Ökonomie" besondere staatliche Förderung erfuhr.

Die Erfolgsquote der Belegschaftsfirmen aus Betriebsübernahmen ist beachtlich. Nach Angaben des zentralen genossenschaftlichen Dachverbandes CG SCOP existierten von 1981 gegründeten Übernahme-Kooperativen 5 Jahre später noch 63 % (gegenüber 46 % bei Neugründungen und nur ca. einem Drittel bei den konventionellen Klein- und Mittelbetrieben).

1978 war die Umwandlung konventioneller Firmen in Kooperativen gesetzlich begünstigt worden; zugleich wurden die Kommunalverwaltungen ermächtigt, Genossenschaften direkte Zuschüsse zu gewähren. Das insgesamt wachsende kommunale Interesse an der Verteidigung örtlicher und regionaler Beschäftigungs- und Wirtschaftsstrukturen wirkte wiederum positiv auf kooperative Selbsthilfe-Lösungen in betrieblichen Krisensituationen zurück. Ein zusätzlicher finanzieller Impuls ging von dem 1980 erlassenen Gesetz aus, nach dem es Arbeitslosen ermöglicht wurde, sich die Summe von sechs Monatsbezügen ihres Arbeitslosengeldes auszahlen zu lassen, um es in eine eigene Existenzgründung zu investieren. (Als das Gesetz 1984 für ein Jahr ausgesetzt wurde, nahm die Zahl von Betriebsübernahmen schlagartig ab.) – Wesentliche Finanzierungshilfen bezogen die Übernahmefirmen allerdings auch aus den allgemeinen Wirtschaftsförderungsprogrammen.

Die Veränderungen, die seit 1978 die „soziale Ökonomie" nach vorn 'puschten', verdeutlichte für CG SCOP „die Wichtigkeit der Organisierung einer systematischen Unterstützung für mittelgroße und industrielle Projekte. So kam es, daß die Bewegung auf ihrem „fieberhaften und innovativen" Kongress von 1981 Betriebsübernahmen als bedeutsam für ihre Entwicklungsstrategie anerkannte."(10)

Die gewerkschaftlichen Positionen sind widersprüchlich, zögerlich und uneinheitlich. Die schwere Beschäftigungskrise, die hohe Anzahl von Betriebsschließungen (speziell auch vor dem Hintergrund einer durchgreifenden Umstrukturierung der französischen Industrie), sowie die wachsende Zahl von Kooperativen haben auch ihr Interesse an Betriebsfortführungen verstärkt bzw. geweckt.

Die sozialistisch orientierte CFDT macht sich durchaus für mehr Selbstverwaltung und einen entsprechenden „Dritten Sektor" in der Wirtschaft stark,; sie hatte auch einen nennenswerten Einfluß auf die Entwicklung 'alternativer' Selbstverwaltungsbetriebe, so wie sie z.B. auch die revolutionären Lip-Arbeiter aktiv unterstützt hatte. Ihr geht es dabei aber in erster Linie um die Veränderung der arbeitenden Menschen und ihrer Arbeit(sbeziehungen). Interessiert war sie demzufolge vorrangig an solchen Betriebsübernahmen, die auf eine grundlegende Umgestaltung der Betriebs- und Arbeitsorganisation abzielten. Offizielle Stellungnahmen zum Thema hat die CFDT nicht verabschiedet; ihre Unterstützung im konkreten Fall hing bisher von den jeweiligen örtlichen und regionalen Funktionären ab.

Die kommunistisch ausgerichtete CGT kann dezentrale Selbstverwaltung mit ihren ideologischen Grundprinzipien nur schwer in Einklang bringen. Bei strikter Ablehnung der „Illusion des Dritten Sektors" hat sie sich dennoch bereit gefunden, unter den gegebenen Bedingungen kooperative Lösungsversuche anzuerkennen, wo sie aussichtsreicher erschien als konventionelle Antworten. Immer wieder hat die CGT aber versucht, ihre Unterstützung von Betriebsübernahmen zu nutzen, um den Übernahmeprozeß zu kontrollieren. Vor allem 'radikaldemokratische' Experimente, die Betriebsübernahmen immer wieder begleiten, bekämpfte sie. Insgesamt hat sie die Übernahme-Bewegung unterstützt, auch des öfteren selbst die Initiative dazu ergriffen und dabei eine relativ beständige Zusammenarbeit mit CG SCOP entwickelt.

Seit 1984 änderte sich die gesamte Unterstützungsformation für Belegschaftsübernahmen drastisch. Die neu installierte Regierung Fabius hat die Euphorie für die „soziale Ökonomie" und einen „Dritten Sektor" abgelegt. Jetzt ging es wieder primär um wirtschaftliche Effizienz und Rentabilität. Daran entschied sich hinfort das Interesse an Übernahmebetrieben und deren Förderung. Nach dem Ausscheiden der Kommunisten aus der Regierung gab auch die CGT ihren Unterstützungskurs weitgehend auf. Auch SG SCOP ging selektiver vor und achtete mehr auf „die Qualität der Betriebsanlagen, auf aussichtsreiche Marktanalysen und auf Managementkompetenz"(11). Das unter öffentlicher Aufmerksamkeit erfolgte Scheitern weithin bekannter Übernahmefirmen, vor allem des Jagdwaffenherstellers **Manufrance**, intonierte eine entsprechende Begleitmusik – was wiederum den publizistischen Kampagnen der Arbeitgeberverbände Auftrieb gab, die ohnehin Betriebsübernahmen ablehnten und die ganze Idee einer „sozialen Ökonomie" für verkehrt hielten.

Diese Krisenjahre für Betriebsübernahmen haben einerseits unterstrichen, daß die ökonomische Seite „einzelwirtschaftlicher" Effizienz unter den herrschenden Bedingungen nicht vernachlässigt werden darf. Andererseits wurde deutlich, wie schnell eine solche Argumentation mißbraucht werden kann, um störende „kulturelle" Veränderungsimpulse in der Wirtschaft niederzuhalten. So sehr der Aufbruch in den späten 70er und frühen 80er Jahren ökonomische Hintergründe hatte, so wenig kann übersehen werden, daß sein eigentlicher Impetus politischer Natur war. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

GROSSBRITANNIEN

Benn und die Kunst eine Kooperative zu sein

Neun Frauen machen den Anfang ...

Großbritannien gehört zu den Ländern, in denen Betriebsübernahmen durch Belegschaften nicht zu den Facetten des normalen Wirtschaftslebens gehören. 1971 hatten 9 Frauen im Gefolge der damaligen Fabrikbesetzungsbewegung den Anfang gemacht, indem sie einen kleinen Zweigbetrieb eines Schuhherstellers übernahmen und in eine Genossenschaft umwandelten. Dann haben aber die drei großen „Benn-Kooperativen" von 1975 (Scottish Daily News/700 Beschäftigte, Kirkby Manufacturing and Engineering Ltd. (KME)/750, Triumpf Meriden/800), politisch durchgesetzte und finanzierte Betriebsübernahmen ohne realistische Überlebenschancen, die ganze Idee von Belegschaftsfortführungen für längere Zeit in Mißkredit gebracht. Dennoch kam es vereinzelt immer wieder zu kleineren Übernahmefällen, ohne großen öffentlichen Wiederhall, ohne große staatliche Fördergelder. Etwa 90 Fälle wurden bis heute gezählt, vorwiegend in den Bereichen Metallverarbeitung, Bekleidungsindustrie, Zeitungs- und Druckgewerbe und im Dienstleistungssektor; die durchschnittliche Belegschaftsgröße lag bei etwa 25 Beschäftigten. Die Erfolgsquote, bezogen auf die ersten 5 Jahre nach der Gründung, ist mit ca. 80 % sehr ermutigend; zumal sie sich mit der Entwicklung einer Beratungs-, Finanzierungs- und politischen Vernetzungsstruktur laufend verbessert hat (und etwa doppelt so hoch liegt wie die Erfolgsquote vergleichbarer konventioneller Betriebe).(12)

Diese fast schleichende Entwicklung von Betriebsübernahmen muß in einem weiteren politischen und ökonomischen Zusammenhang gesehen werden. Großbritannien hat den kleinsten Sektor von Klein- und Mittelbetrieben in Europa mit entsprechender unzureichender Förder- und Infrastruktur; die Wirtschaftskrise Anfang der 80er Jahre fiel vor allem im Norden, in den Midlands und in der Merseyside-Region mit dem Niedergang ganzer Bereiche der verarbeitenden Industrie zusammen – unzählige Firmen mußten aufgeben; regionale

BELEGSCHAFTSBETRIEBE

BLICK AUF EUROPA

Strukturpolitiken – insbesondere vor dem Hintergrund der allgemeinen Wirtschaftspolitik der Thatcher-Regierung – blieben uneffektiv; berufliche Aus- und Fortbildungsprogramme kamen zu langsam in Gang; zudem stellte die spezifische Entwicklung des britischen Wohnungsmarktes auch dem Arbeitsmarkt eine zunehmende Mobilitätsbarriere entgegen.

Als Antwort auf die Herausforderung der immer bedrohlicher werdenen Arbeitslosigkeit haben Kommunal- und Regionalverwaltungen vor allem im Norden und in anderen besonders hart betroffenen Gebieten (und insbesondere in Gegenden, wo Labour-Mehrheiten die Politik bestimmten) ein ganzes Spektrum eigener wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Initiativen ergriffen. Dazu gehören die Schaffung lokaler und regionaler **enterprise boards**, eine Art von Wirtschaftsförderungsbehörden oder -beiräten (13), wie auch spezieller Beratungs- und Fördereinrichtungen für die Entwicklung von Selbsthilfe- und Belegschaftsbetrieben. Im wesentlichen zielte das zwar auf Neugründungen. Die bloße Existenz der mehr als hundert so entstandenen (staatlichen) **cooperative support organisations (CSO)** bzw. mehr autonomen **Cooperative Development Agencies (CDA)** als Anlaufstellen, deren zunehmende Erfahrung und verschiedenenorts auch ihre (begrenzten) Mittel kamen zunehmend auch der Entwicklung von Betriebsübernahmen zugute. Auch der nationale Dachverband der Arbeiter-Kooperativen, das **Industrial Common Ownership Movement (ICOM)** – wenngleich viel schwächer als z.B. die Genossenschaftsorganisationen in Italien oder Frankreich – ist zu einem immer bedeutenderen Beratungs-und Unterstützungsfaktor geworden. Mit einem eigenen revolvierenden Darlehensfonds (ICOF) stehen in geringem Umfang auch eigene Finanzierungsmittel, vor allem aber ein unschätzbarer Wissens- und Erfahrungsschatz in der Finanzierungsberatung zur Verfügung.

Insbesondere wo Gewerkschaften sich aktiv in der kommunalen Wirtschaftsförderungspolitik engagierten, kam es zu Brückenschlägen zwischen den „alternativen" (Klein-)Kooperativen und industriell ausgerichteten Belegschaftsbetrieben. Bei der Vielfalt der britischen Gewerkschaften bietet ihre Haltung zu Betriebsübernahmen allerdings ein uneinheitliches Bild, geprägt von politisch-ideologischen Traditionen, von örtlich-regionalen und personellen Gegebenheiten, aber auch von eigener guter oder schlechter Erfahrung mit Übernahmeinitiativen. Insgesamt sind die Gewerkschaften dem produktivgenossenschaftlichen Gedanken gegenüber aufgeschlossener geworden – sicherlich ebenso eine Folge wie Ursache gewerkschaftlichen Engagements im Hinblick auf Belegschaftsfortführungen und neuartige lokale Beschäftigungsinitiativen.

Zweifellos ziehen die meisten Gewerkschaften „Management Buy-outs", Betriebsübernahmen durch leitende Angestellte, einer Belegschaftslösung vor. Damit stellen sie sich zum einen hinter eine in Großbritannien sehr verbreitete betriebliche Sanierungsstrategie; zum anderen drückt sich darin ihre Orientierung aus an einem „kontroversen" im Gegensatz zu einem „kooperativen" betrieblichen Demokratieverständnis.

Für fortführungswillige Belegschaften ergibt sich häufig eine sehr prekäre Situation allein dadurch, daß eine Krisenlösung in Eigenregie nur als „letzte Wahl" in Frage kommt: „Zuerst erhalten außenstehende Käufer ein Übernahmeangebot, dann das eigene Management, und erst danach bekommt die Belegschaft ihre Chance. Das verschlechtert in beträchtlicher Weise die Aussichten auf eine ausreichend schnelle Organisierung einer kontinuierlichen Geschäftstätigkeit, ohne Lieferanten, Kunden und die qualifizierteren MitarbeiterInnen zu verlieren. Und die Wahrscheinlichkeit steigt, daß für Belegschaftsübernahmen nur die schwierigsten Fälle übrigbleiben."(14)
Zu weiteren Charakteristika der britischen Szene gehören:

○ Die Unterscheidung von Betriebsfortführungen („rescues" – bei denen es keine nennenswerte Geschäftsunterbrechung zwischen dem Ende des Altunternehmens und dem Start der Belegschaftsfirma gibt) und den sog. **Phoenixen**, Betriebsneugründungen auf den Trümmern, Überresten oder wie immer gearteten Grundlagen des alten Betriebes durch Teile der bisherigen Belegschaft. Dabei könnten die Erfahrungen der – zwar im wesentlichen gescheiterten – **Bitteswell Empoyment Agency (BEA)** in Coventry (1983ff) wegweisend sein, wie auch aus Stillegungen größerer Betriebe einzelne existenzfähige Kooperativen gebildet werden können.

○ Eine besondere Aufmerksamkeit und entsprechende Weiterbildungskurse bezogen auf den 'inneren' Umwandlungsprozeß von industriellen LohnarbeiterInnen zu Genossenschaftsmitgliedern. Sowohl die spezifischen Eigenarten der Unterstützungseinrichtungen wie auch die mehr auf betrieblicher Gegnerschaft als auf Zusammenarbeit beruhenden britischen Gewerkschaftstraditionen dürften dafür ausschlaggebend sein.

○ Eine differenzierte Einschätzung von Erfolgskriterien für Betriebsübernahmen mit dem zentralen Begriff „managing decline" – der verzögerte und kontrollierte Niedergang eines Unternehmens. Zumal in Regionen mit drastischem industriellem Verfall und einer ausweglosen Beschäftigungskrise kann es demzufolge sinnvoll sein, mit dem Engagement einer Belegschaft und mit öffentlicher Hilfe die Schließung eines größeren und für die regionale Arbeitsmarktstruktur bedeutsamen Betriebes aufzuhalten, Zeit zu gewinnen und stabilere oder neue Beschäftigungsmöglichkeiten auszuloten und zu schaffen. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

DÄNEMARK

Du hast (k-)eine Chance, ...

Trotz hoher Erfolgsquoten bei Belegschaftsbetrieben kommt es kaum zu Übernahmen.

In den letzten 20 Jahren kam es in Dänemark zu 14 erfolgreichen Belegschaftsübernahmen von Betrieben mit 5 oder mehr Beschäftigten. Insgesamt wurden damit etwa 200 Arbeitsplätze gerettet. Neben einer unbekannten Anzahl von Übernahmen noch kleinerer Betriebe und einzelnen Unternehmenskäufen durch Belegschaften ohne betrieblichen Krisenhintergrund wurden noch einige gescheiterte Übernahmeversuche bekannt.

Die gegründeten Übernahmebetriebe weisen eine hohe Erfolgsquote auf: Lediglich zwei mußten aufgeben – einer immerhin als letzter Betrieb in einem Bereich, für den es keinen Markt mehr gab; sechs weitere verloren ihren Charakter als **Belegschaftsbetriebe**, im wesentlichen, weil sie zur Aufstokkung ihres Kapitals außenstehende Gesellschafter hereinnehmen mußten. Angesichts des guten Abschneidens drängt sich die Frage auf, warum es so selten zu Belegschaftsübernahmen kommt.

Gründe dafür liegen sicherlich in einer Reihe besonderer Schwierigkeiten bei der Gründung eines solchen Unternehmens – z.B. gab es keinerlei einschlägig erfahrene oder mit der erforderlichen Ausstattung versehene Infrastruktur für Beratung und Förderung; teilweise waren hohe finanzielle Eigenbeiträge der beteiligten KollegInnen erforderlich; es bestehen rechtliche Unklarheiten, ob Mitglieder von Belegschaftsbetrieben ihren Anspruch auf Arbeitslosenversicherung verlieren. Das allein reicht aber als Erklärung nicht aus; in anderen Ländern gibt es andere, aber nicht unbedingt geringere Schwierigkeiten. Übergreifende Ursachen kommen hinzu:

○ Es fehlt ein positives politisches und institutionelles Klima für Betriebsübernahmen (und die Entwicklung eines Selbstverwaltungsbereichs). Nach der Jahrhundertwende entstandene Kooperativen, die heute vorwiegend in Gewerkschaftsbesitz sind, prägen darüberhinaus als vermeintliche „Belegschaftsbetriebe" mit ihrem weniger guten Image die öffentliche Meinung. Die bürgerlichen Parteien stören sich an Betriebsübernahmen nicht, solange Eigentümer und Belegschaft sich einig werden; bei den Linksparteien gehen die Ansichten über den „richtigen" Weg zu betrieblicher und wirtschaftlicher Demokratie auseinander. Gewisse Übereinstimmungen bestehen bei allen Parteien darin, rechtliche und andere Rahmenbedingungen für Betriebsübernahmen und Belegschaftsbetriebe zu verbessern und gesetzliche Grundlagen für einen institutionalisierten Beratungsservice zu schaffen. Entscheidungen sind bislang aber nicht getroffen worden; zentraler Streitpunkt ist die Frage kollektiver oder individueller Eigentums- bzw. Beteiligungsformen. – Auch die Gewerkschaften und (Konsum-)Genossenschaftsverbände verhalten sich indifferent, wenngleich es vor Ort gewerkschaftliche Sympathien und Unterstützung für Übernahme-Initiativen gab.

○ Ein großzügiges Arbeitslosenunterstützungssystem mildert individuelle Notlagen im Fall einer Betriebsschließung. Für normale LohnarbeiterInnen beträgt das Arbeitslosengeld 80-90 % des vorangegangenen Lohnes und wird für 2,5 Jahre gewährt. Dieser Zeitraum kann verdoppelt werden; danach sinken die Bezüge schrittweise über mehrere Jahre bis auf 50% des ursprünglichen Lohns.

○ Eine lange Tradition zentralistischer Gewerkschaftspolitik, in deren Folge die Gewerkschaften von einer Politik **betrieblicher** Demokratie immer mehr abrücken zugunsten einer Strategie zur Entwicklung **wirtschaftlicher** Demokratie. Zur wesentlichen Forderung wurde die Einrichtung zentraler Vermögensbeteiligungsfonds. „Zusammengefaßt: in der dänischen Arbeiterbewegung gibt es eine Tradition zentralisierten Eigentums an Unternehmen sowie eine starke Tendenz, Problemlösungen zu zentralisieren. Diese Tradition ist für die Unterstützung dezentraler Betriebsübernahmen natürlich nicht sehr günstig. Das ist eine wesentliche Erklärung, warum das politische und institutionelle Klima in Dänemark gegenüber Belegschaftsübernahmen von Betrieben so desinteressiert ist; zugleich sagt es eine Menge darüber aus, wie der „normale" Arbeiter denkt, wie Probleme gelöst – oder richtiger – wie sie nicht gelöst werden sollten... Über eine Arbeitskultur eines dezentralen kollektiven Unternehmertums zu reden, wäre ein Fremdkörper in der dänischen Arbeiterbewegung."(16)

○ Im relativ stark entwickelten Sektor der Klein- und Mittelbetriebe herrscht eine strikt einzelunternehmerische Ideologie vor. Die Vorstellung, daß auch eine Belegschaft einen Betrieb führen könnte, paßt da nicht rein. Solche Unternehmer hätten allergrößte Bedenken, ihren Betrieb an die Belegschaft zu veräußern oder zusammen mit Arbeitern und Angestellten als Mitgesellschafter eine Firma zu kaufen oder zu betreiben.

So bleibt der zunächst überraschende Tatbestand, daß die alternative Experimentierfreudigkeit, die wir allemal mit Dänemark assoziiert haben, vor dem gewerkschaftlich-industriellen Bereich haltmacht. Natürlich ist die Alternativbewegung auch hier nicht ganz wirkungslos geblieben mit ihrem kleinen ökonomischen Selbstverwaltungsbereich. Bevor es aber – wie in Schweden z.B. – zu gezielter Förderung und damit auch zu einem größeren Aufschwung **ökonomisch-industrieller** Alternativlösungen kommt, müßte sicherlich eine relativ stabile Linksregierung ins Amt gewählt werden. ●

Anmerkungen:

1) Der vor 2 Jahren veröffentlichte Bericht enthält den aktuellsten und umfassendsten Überblick zum Thema. – Rob Paton (Hg.): Analysis of the Experiences of and Problems Encountered by Worker Take-Overs of Companies in Difficulty or Bankrupt, (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Studie Nr.85/4), Luxemburg 1987

2) Lars Lindkvist/Ann Westenholz (Hg): Employee Owned Companies in the Nordic Countries, Kopenhagen 1987 – (Original in schwedisch; eine engl. Zusammenfassung kann bestellt werden beim Auftraggeber der Studie: Nordisk Ministerråd, Store Strandstraede 18, 1255 Kopenhagen K.)

3 S.z.B. Marlis Cavallaro: Genossenschaften in Norditalien, in: CONTRASTE 11/86

4) S.z.B. CONTRASTE 1/88 mit Darstellungen und weiteren Literaturhinweisen

5) S.z.B. Anm.2 und Heiner Heseler: Europäische Schiffbaukrise und lokale Arbeitsmärkte. Eine Untersuchung über die Folgen von Betriebsschließungen in Schweden, der Bundesrepublik Deutschland und Dänemark, (Reihe Forschg. d. Kooperation Universität/Arbeiterkammer Bremen), Bremen 1987

6) Silvia Gherardi: Worker Take-Overs: The Italian Experience, in: Paton (1987), S. 177

7) Ebd.

8) Charlos Otero-Hidalgo: Worker Take-Overs in Spain, in: Paton (1987), S. 195f

9) A.a.O., S.202

10) Jean Louis Laville/Isabelle Mahiou: Worker Take-Overs: The French Experience, in: Paton (1987), S.134

11) A.a.O., S.137

12) Zahlenangabe nach Roger Spear: Worker Take-Overs in Britain, in: Paton (1987), S.224

13) Bekanntestes und weithin publiziertes Beispiel ist das inzwischen nach Eingriffen der Zentralregierung wieder aufgelöste Greater London Enterprise Board (GLEB)

14) Rob Paton: Reluctant Entrepreneurs. The Extent, Achievements and Significance of Worker Take-Overs in Europe, Milton Keynes 1989 (vorauss. Titel u. Erschein. Termin), Ms.S.4

15) Vgl. hierzu Annegret Bötel, Belegschaftsbetriebe in Dänemark, in: CONTRASTE 7-8/85 mit etwas abweichenden Aussagen. Solche Unterschiede sind einerseits Hinweis auf die oft schwierige Informationslage zu diesem Thema; andererseits haben Untersuchungen dazu erst in allerjüngster Zeit begonnen.

16) Ann Westenholz: Worker Take-Overs in Denmark, in: Paton (1987), S.82

KURZMELDUNGEN

Shell out of South-Africa

Das niederländische Komittee „Shell out of South-Africa" hat im Frühjahr mehr als 10.000 Menschen auf die Straße gebracht, um mit vielfältigen Aktionen und Blockaden direkten öffentlichen Druck auf den Giganten Shell auszuüben und durch direkte Aktion noch stärker darauf hinzuwirken, daß mit dem Namen Shell unmittelbar die Apartheitspolitik Südafrikas verbunden wird.

Nächstes Jahr nun „feiert" Shell seinen 100. Geburtstag. Die NiederländerInnen rufen dazu auf, Ideen und Pläne dazu zu sammeln und Aktionen europaweit zu koordinieren und durchzuführen.
Weitere Informationen bei:
Comitee Shell out of South Africa
p.b. 6452 · NL-1005 EL Amsterdam ●

Arbeitsbrigaden für das befreite Nicaragua Arbeiten und Lernen in Nicaragua

Nicaragua-Solidaritätsgruppen aus dem Raum Heidelberg/Mannheim/Karlsruhe planen von Februar – April 1990 eine Brigade, die im Projekt „La Paz del Tuma" im Norden Nicaraguas arbeiten wird.

Das Projekt, das im Nov. 1987 begonnen wurde, sieht den Bau einer Kaffeeverarbeitungsanlage und den Aufbau der sozialen Infrastruktur (Schulen, Kindergärten, Häuser für die Campesinos etc.) in den umliegenden Siedlungen vor.

Bedingungen für die Brigadenteilnahme:
○ gute Spanischkenntnisse
○ die Teilnahme an 7-8 Vorbereitungswochenenden (ab Mitte November)
○ die Auseinandersetzung mit dem nicaraguanischen Revolutionsprozeß und der Politik der USA und BRD gegen Nicaragua und Zentralamerika
○ politisches Engagement in der BRD, um die Erfahrungen aus Nicaragua hier einbringen zu können
○ die Bereitschaft und Fähigkeit zu harter körperlicher Arbeit

Die Brigaden arbeiten im allgemeinen 8 Wochen in Nicaragua, anschließend folgt ein einwöchiges Programm mit politischen Gesprächen, Besichtigungen etc. in Managua. Die Kosten für Reise, Unterkunft, Verpflegung und Ausrüstung müssen von den BrigadistInnen selbst aufgebracht werden. Die Brigade sollte gemeinsam überlegen, wie sie dafür Geld sammeln kann.
Möglichst bald melden bei:
Rudi Kurz · Angelweg 3 · 6900 Heidelberg
☎ (06221) 47 21 63
(weiterer Aufruf zu Solidaritätsbrigaden für Nicaragua s. Kleinanzeigenseite) ●

Anzeige

Pressefrechheit gegen Meinungseinfalt

NUN ABO FIX

die tageszeitung
10 JAHRE TAZ ÜBERREGIONAL

EINE DRESSUR FINDET NICHT STATT

Die folgende Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) – bei taz-Abo, Kochstraße 18, 1000 Berlin 61

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LÄNGER LINKS LIEGEN LASSEN!

Ich teste die taz

☐ 4 Wochen für 25 Mark
☐ 8 Wochen für 50 Mark

DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
PLZ / Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....
☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) – bei taz-Abo, Kochstraße 18, 1000 Berlin 61.
Davon habe ich Kenntnis genommen. 371

Datum, Unterschrift: .....

BEGRIFFSBESETZUNGEN

Was ist links?

Da gibt es Leute, die glauben, auf den Begriff „Links" verzichten zu können. Warum? Weil das, was sich mal links nannte, weitgehend gescheitert ist? Weil die, die sich rechts nennen, erfolgreicher sind? Sind Linke nur jene, die in den ersten Parlamenten der Geschichte von der linken Seite in die Sessel rutschten? Die Neuen, Jungen, „Fortschrittlichen"? Sind denn jene, die sich für Linke hielten, überhaupt Linke gewesen? Die Liberalen? Oder Marx, Lenin, Stalin, Pol Pot? – Was ist links?

Klaus Schmitt, Redaktion Heidelberg ● Die Pekinger Studenten vom 4. Juni sangen ein Lied, dessen wichtigste Textstelle unter bundesrepublikanischen „Linken" anscheinend längst vergessen ist: „...die Internationale erkämpft das Menschenrecht..." Das ist der Punkt! Es geht um die Menschenrechte! Oder? Müßte nicht von hier her die Frage: Was ist links?, beantwortet werden? Ausgehend von den Menschenrechten, sollte es nicht allzu schwierig sein, diese Frage zu beantworten.

Die Menschenrechte stehen gegen Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot (BRD) und Hunger (Rumänien, Brasilien) ebenso, wie gegen Bevormundung (DDR), Unterdrückung (Israel), Rassismus (Südafrika), Folter (Türkei, Chile) und Massenmord (Iran, Rotchina). Individuelle Freiheit („Liberalismus") und soziale Gerechtigkeit („Sozialismus") stehen nicht im Widerspruch zueinander. Im Gegenteil, sie sind nicht voneinander zu trennen. Jeder Mensch hat einen Anspruch auf beides: auf Freiheit und Gerechtigkeit. Ideologien, Bewegungen und Gesellschaften, in denen persönliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit nicht zusammenfallen, dürfen wir wohl kaum als links bezeichnen.

Die klassischen Liberalen haben geglaubt, persönliche Freiheit und Laisser-Faire in der Wirtschaft würden automatisch zu Volkswohlstand und sozialer Gerechtigkeit führen – eine linke Ideologie, „falsches Bewußtsein" (Marx). Der Liberalismus hat den Widerspruch von individueller Freiheit und sozialer Ungerechtigkeit nie überwinden können, deshalb noch nicht einmal individuelle Freiheit für die große Zahl erreichen können. Doch die Sozialisten und Kommunisten, die diesen Widerspruch aufzulösen versprachen, sind ebenfalls gescheitert. Schlimmer noch: sie und insbesondere die Staatskommunisten haben weder die individuellen Freiheitsrechte, noch das Menschenrecht auf soziale Gerechtigkeit verwirklichen können, und obendrein herrscht in ihren Gesellschaften Armut. Auch sie sind keine Linken.

Gibt es dann überhaupt Linke? Die heutigen Liberalen, die Sozialdemokraten und die Eurokommunisten stehen fast ebensowenig links wie die Konservativen und Faschisten. Sie alle akzeptieren den „Mehrwert", also die „Zins-Knechtschaft", die „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen", und für Staat, Hierarchie und Herrschaft sind sie allemal. Und auch als Demokraten sind sie schließlich für Demokratie: für Volksherrschaft.

In Fernsehsendungen erklärten Studenten der chinesischen „Demokratiebewegung", die Einheit von zwei Schriftzeichen drücke ihre Forderungen aus: das eine bedeutet Volk, das andere Selbstbestimmung. Eine Bewegung für die Selbstbestimmung des Volkes also. Der Menschen des Volkes, der einzelnen Menschen? Keine Fremdbestimmung der Menschen, auch nicht durch das „Volk"? Also keine Demokratiebewegung? Keine Bewegung für die Herrschaft des Volkes? (Über wen auch? Über Minderheiten?) Eine emanzipatorische Bewegung also?

Emanzipation heißt Freistellung und Gleichstellung. Kann heißen Freistellung von Unterdrückung und Ausbeutung und Gleichstellung aller Menschen in rechtlicher, sozialer und ökonomischer Hinsicht. Die Bewegung 4. Juni eine linke Bewegung? Ebenso wie die Frauenbewegung? Und die der Anarchisten? Viele Anarchisten versuchten, ohne Staat und mit Proudhon die Ideale des Liberalismus mit den Idealen des Sozialismus zu vereinen...

Ich meine, der Begriff „Links" ist wichtig, notwendig und nützlich. Er ist nützlich, wenn wir ihn als einen emanzipatorischen Begriff definieren. Sind wir für „Freistellung", dann sind wir für die Befreiung des menschlichen Individuums von allem, was seine Entfaltung behindert. Dann sind wir für die Entfaltung des „totalen Menschen" (Marx). Dann sind wir für die Überwindung der Selbstentfremdung, somit für die Überwindung der Entfremdung des Menschen von seiner Natur, also von seinen individuellen Anlagen und Bedürfnissen, somit auch für die Überwindung der Entfremdung des Menschen vom Menschen. Denn diese individuellen Anlagen und Bedürfnisse sind ganz wesentlich sozialer Natur. Dann sind wir gegen alles, was die Entfaltung der menschlichen Natur behindert: gegen Herrschaft und Ausbeutung, Feudalismus und Kapitalismus, Staat und Patriarchat. Dann sind wir für „Gleichstellung". Dann haben wir einen linken Anspruch.

Doch genügt dieser Anspruch? Auch die Staatskommunisten hatten ihn und haben dennoch eine Gesellschaftsordnung mit dem höchsten Grad der Entfremdung (H. Marcuse) geschaffen. Marxens humanitärer Anspruch war radikal, also links; der Versuch seiner Verwirklichung endete jedoch im Rechtsextremismus, im Leninismus und Stalinismus, im „roten Faschismus" (O. Rühle). Mit Marxens falscher Kapitalanalyse ist nun mal der Kapitalismus nicht zu überwinden und eine von Ausbeutung und Unterdrückung befreite Gesellschaft aufzubauen. Seine Kapitalanalyse legt das nahe, was er im „Kommunistischen Manifest" auch gefordert hat: Verstaatlichung der Produktionsmittel und Zentralismus, und führte – wie es die Anarchisten schon zu Lebzeiten von Marx vorausgesagt haben – zur Staatsknechtschaft und zum Staatskapitalismus. Im „real existierenden Sozialismus" sind die Arbeiter Lohnarbeiter geblieben, und der Staat fungiert dort als Unternehmer – zudem noch als schlechter Unternehmer! – und als Handlanger des Finanzkapitals. Er sorgt dafür, daß die polnischen, ungarischen und bald auch die sowjetischen Arbeiter den Mehrwertanteil Zins – sofern er in den bürokratisierten Staatsunternehmen überhaupt erwirtschaftet wird – an die Bank of America und die Deutsche Bank abführen...

Es ist offenbar nur da gerechtfertigt, von links zu reden, wo linker Anspruch mit linker Wirklichkeit zusammenfällt. Aber nur deshalb auf einen linken Anspruch verzichten, weil es so schwierig erscheint, ihn zu verwirklichen? Das würde heißen, die bestehenden Machtverhältnisse zum Zwecke der Ausbeutung von Mensch und Natur hinzunehmen. Hieße, darauf zu verzichten, die Einheit von individueller Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Vernunft herzustellen.

Ist dieser Verzicht auf linke Ansprüche durch Resignation verursacht? Liegt diese Resignation in den bestehenden und scheinbar unüberwindlichen Machtverhältnissen begründet? Wohl eher an einem Mangel an wirklich linken Ideen und Konzepten – an Ideen und Konzepten, mit denen der Kapitalismus an der Wurzel gepackt, gleichzeitig eine libertäre Gesellschaft begründet und viele Menschen überzeugt und begeistert werden könnten. Wo sind die Alternativen zu den „Wissenschaften" der liberalen Kapitalistenfreunde und den Ideologien der von Marx inspirierten kommunistischen und sozialdemokratischen Zentralisten und Staatsfetischisten? Alternative, linke Ideen gibt es viele! Wie wäre es, wenn wir uns mal unbefangen bei Henry George und Adolf Damaschke, bei Franz Oppenheimer und C. H. Douglas, bei P. J. Proudhon und Silvio Gesell und den vielen anderen Linken umsehen würden, die von den arroganten falschen Linken als kleinbürgerliche Spinner diffamiert worden sind und immer noch diffamiert werden, von jenen Versagern, die ebensoviel Unterdrückung und Elend über Millionen von Menschen gebracht haben wie ihre rechten Konkurrenten? Vielleicht geben uns diese verachteten „Kleinbürger", die oft Lohnarbeiter waren wie George und Proudhon, und nicht Bourgeois wie Marx und Engels, Anregungen für einen neuen Anfang, für die Entwicklung einer wirklich Neuen Linken! ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Hungerstreik

Haftbedingungen, Menschenrechte und der starke Staat

Dieser Beitrag stammt von einer Initiative aus Heidelberg, die sich aufgrund des vergangenen 10. Hungerstreiks (HS) gebildet hat. In der Initiative arbeiten Leute aus verschiedenen Gruppen, Inis und Projekten zusammen mit dem Ziel, der legitimen Forderungen der politischen Gefangenen Nachdruck zu verleihen und das Totschweigen in den Medien zu durchbrechen.

Roger Hasenbein, Redaktion Heidelberg ● Am 1. Februar 1989 traten in der gesamten BRD politische Gefangene in einen unbefristeten Hungerstreik. Sie forderten die Zusammenlegung in ein oder zwei große Gruppen, in die weitere Gefangene integriert werden können, mit Zugang zu den Gemeinschaftshöfen. Freilassungen der schwerkranken, haftunfähigen Gefangenen Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Angelika Goder und Bernd Rössner. Die freie medizinische Versorgung für alle Gefangenen und freie politische Information und Kommunikation der Gefangenen untereinander und mit allen gesellschaftlichen Gruppen.

DER 10. HUNGERSTREIK

Diesem HS schlossen sich soziale Gefangene mit Solidaritätsbekundungen und teilweise eigenen Forderungen an. Eine breite Öffentlichkeit zeigte sich mit diesen Forderungen solidarisch. In der gesamten BRD bildeten sich Unterstützungsgruppen zur Zusammenlegung, es fanden Veranstaltungen und Demonstrationen statt. Bei einer bundesweiten Demo in Bonn traten 10.000 Menschen für die Verbesserung der Haftbedingungen ein.

Bei der Vorgehensweise, die die hungerstreikenden Gefangenen diesmal gewählt hatten, sollte eine Zuspitzung, die alle auf einmal in eine lebensbedrohliche Situation bringen könnte, vermieden werden. Nach zweiwöchigem gemeinsamen HS setzten alle bis auf zwei Gefangene mit dem Hungern aus. Alle zwei Wochen schlossen sich weitere zwei Gefangene dem Streik wieder an. Damit sollte der Druck auf einen längeren Zeitraum ausgedehnt werden. Als abzusehen war, daß die Forderungen der am Hungerstreik Beteiligten trotz der gesundheitlichen Zuspitzung für einige von ihnen und trotz der relativ breiten Mobilisierung der Öffentlichkeit keine Aussichten auf Erfolg haben würde, brachen sie den Hungerstreik am 12. Mai ab. Sie wollten angesichts der kompromißlosen, harten Haltung des Staates keine Toten riskieren und auch die durch die breite, öffentliche Mobilisierung gewonnenen Möglichkeiten zur politischen Auseinandersetzung nicht verlieren.

SOLIDARITÄT NACH ENDE DES HUNGERSTREIKS

Von den wenigen gemachten Zusagen ist im Endeffekt nur die Verlegung einer Gefangenen, Gabriele Rollnik, aus Berlin in eine bestehende Zweiergruppe in Lübeck, die Bildung einer Vierergruppe in Köln-Ossendorf und ein Jahr Haftverschonung für Angelika Goder für ihre Hüftoperation übrig geblieben.

Die CDU-regierten Länder traten nicht, wie angekündigt, nach Wegfall der „Erpressung" in Verhandlungen mit den Gefangenen, sondern verschärften nochmal die Haftbedingungen. Ein Beispiel für die Umsetzung von Zusagen ist das Vorgehen des niedersächsischen Justizministers Remmer (CDU) gegen die drei in Celle einsitzenden Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer; die Lockerung der Isolation durch die Überführung in den „Normalvollzug" erwies sich als ein Versuch, den Gefangenen Spitzel in den Hochsicherheitstrakt zu legen, was die Erklärung eines ehemaligen Celler Gefangenen belegt.

Gerade das Ende des 10. HS macht deutlich, wie notwendig die Fortführung einer Kampagne für das Ende unmenschlicher Haftbedingungen ist. Wichtig ist nach wie vor eine breite Unterstützung der Forderungen. Einmal durch die Sensibilisierung einer breiteren Öffentlichkeit dafür, daß dieser Staat Menschen, die er in seiner Gewalt hat, unter unwürdigen, quälenden Bedinungen hält. Zum anderen dadurch, daß wir vermitteln, daß es genügend Gründe gibt, diesen Staat zu bekämpfen und sich für eine bessere Gesellschaft einzusetzen. Daß eine politische Auseinandersetzung mit denen, die diesen Kampf begonnen haben und dafür in den Knästen sitzen, wichtig ist und daß dafür Haftbedingungen notwendig sind, die den Gefangenen eine solche Auseinandersetzung ermöglichen.

STAATLICHE REAKTIONEN

Während des gesamten, über hundert Tage währenden Hungerstreiks gab es von staatlicher Seite praktisch kein Entgegenkommen. Die CDU argumentierte mit der „Nicht-Erpreßbarkeit des Staates" und nahm Tote bewußt in Kauf, wie u.a. aus den Äußerungen des baden-württembergischen Justizministers deutlich hervorging.

Die SPD machte vage Kompromißvorschläge, sie zog eine Zusammenlegung in kleine Gruppen von 5-6 Personen in Erwägung. Daß sie in den von ihr regierten Ländern keine Schritte zur Umsetzung einleitete, sondern ihre Zugeständnisse von der Beteiligung der CDU-regierten Länder und damit von deren bekannt harter Haltung abhängig machte, zeigt, wie wenig ernst es ihr damit gewesen ist.

Baden-Württemberg ist ein CDU-regiertes Land. In hiesigen Trakten sitzen viele Gefangene aus RAF und antiimperialistischem Widerstand. Die CDU-CSU-regierten Länder haben nach Abbruch des Hungerstreiks die Haftbedingungen eher verschärft, als daß sie den Forderungen der Gefangenen auch nur einen minimalen Schritt entgegengekommen wären. Aus den Reihen von CDU-CSU wird es am deutlichsten ausgesprochen, was Zweck der Isolationshaft ist: Justizminister Eyrich sagte während des Hungerstreiks einmal in einem Radiointerview, daß ohne öffentliches Abschwören der Gefangenen an eine Lockerung der Haftbedingungen nicht zu denken sei.

Diese Parole bringt das auf den Punkt, was hier schon immer Realität war, unabhängig davon, wer gerade an der Regierung ist: Menschenrechte – und menschenwürdige Haftbedingungen sind ein Menschenrecht – gelten nicht für die GegnerInnen dieses Staates. Die BRD gefällt sich in der Rolle der Hüterin der Menschenrechte und wird nicht müde, im Verein mit den USA einen heiligen Krieg für diese zu führen: gegen Nicaragua, gegen die DDR, gegen die Sowjetunion und Afghanistan, wesentlich zaghafter gegen Chile und Südafrika. Es versteht sich von selbst, daß Kritik an der Menschenrechtssituation im eigenen Land verboten ist, denn hier wird schließlich definiert, was Menschenrechte sind:

„RECHT IST, WAS UNS NÜTZT"

Nicaragua, wo Leute, die Massenmord auf dem Gewissen haben, unter – auch nach Meinung westlicher „Experten" – vorbildlichen Haftbedingungen inhaftiert werden, hat demnach riesige Defizite bei der Verwirklichung der Menschenrechte. Die Isolationsfolter in der BRD aber ist legitim und die Forderung nach ihrer Abschaffung staatsfeindlich.

Wenn in Nicaragua eine Zeitung zeitweise verboten wird, die mit gezielten Falschmeldungen zur Desorganisation beiträgt, also Sabotage verübt, erhebt sich ein großes Geschrei nach Pressefreiheit.

Hier ist die Situation ganz anders: die Presse preßt sich freiwillig und desinformiert im staatlichen Interesse. Die RNZ hat während des Hungerstreiks erst am 57. Tag die Forderung der Gefangenen überhaupt erwähnt. Als der Gesundheitszustand der ersten Gefangenen kritisch wurde, hat die RNZ die Falschmeldung gebracht, Günther Sonnenberg und Karl Grossner hätten ihren Hungerstreik abgebrochen, obwohl sie erst 2 Tage später wieder in die Streikkette eintreten sollten.

Ansatzweise kritische Zeitungen wie die Frankfurter Rundschau weigerten sich, eine – bezahlte – Anzeige zur Situation der politischen Gefangenen zu veröffentlichen. Macht eine Zeitung oder eine Publikation sowas mal freiwillig oder dokumentiert gar eine Erklärung zu einem Anschlag, dann gibt's immer noch den Paragraphen 129a, denn das ist staatsfeindlich.

Der Menschenrechtsbegriff des BRD-Staates meint die Rechte des Herrenmenschen. Der BRD-Staat mißt nicht mit zweierlei Maß, er mißt konsequent mit einem, dem seiner Interessen.

Wir bekräftigen hiermit noch einmal die Forderungen nach menschenwürdigen Haftbedingungen, insbesondere:

- Zusammenlegung aller politischen Gefangenen in einer oder zwei großen Gruppen, in die neue Gefangene integriert werden können, mit Zugang zu den Gemeinschaftshöfen
- Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen, insbesondere Freilassung von Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Bernd Rössner und Angelika Goder
- freie medizinische Versorgung durch ÄrztInnen ihres Vertrauens
- freie politische Information und Kommunikation der Gefangenen mit allen gesellschaftlichen Gruppen

Wir solidarisieren uns selbstverständlich mit den Gefangenen anderer Länder, die unter unmenschlichen Haftbedingungen leiden und gegen diese kämpfen: die franz. Gefangenen aus Action Directe, Gefangene von GRAPO, ETA, PCE(r) in Spanien, den Gefangenen der IRA, den unzähligen Gefangenen der Befreiungsbewegungen in Afrika, Asien und Mittel- und Südamerika.

Besondere Grüße gehen an die tausende politische, türkische und kurdische Gefangene, die in verschiedenen Gefängnissen der Türkei im Hungerstreik gegen ihre Haftbedingungen sind. ●

INTERNATIONALES SEMINAR

Multinationale Selbstverwaltung?

Fortsetzung von Seite 1

BERICHTE ZU VERSCHIEDENEN LÄNDERN

Da es mir hier nicht möglich ist, ausführlich auf alle Berichte des Seminars einzugehen, habe ich subjektiv einige ausgewählt, aus denen ich in Kurzform mir wichtig Erscheinendes vermitteln will (z.T. auch durch neuere Informationen erweitert).

JUGOSLAWIEN

Selbstverwaltung ist ein zentrales Element in fast allen Bereichen der Gesellschaft und dadurch ständig in der Diskussion. Von allen Seiten wird sie im Moment stark attackiert, dennoch nicht zerstört.Die Öffnung des Marktes gen Westen ohne die erforderliche Konkurrenzfähigkeit führte zur ökonomisch und gesellschaftlich schwersten Krise seit Titos Tod. Der Vielvölkerstaat, in dem Machtkämpfe zwischen verschiedenen Nationalitäten stattfinden bis hin zu separatistischen Ansätzen steht vor schier unlösbar anmutenden Hindernissen:

Inflationsrate von derzeit ca. 500%, ca. 20 Mrd. Dollar Auslandsschulden, sinkende Löhne, steigende Arbeitslosigkeit, stagnierende Produktivität, Schwarzmarktentwicklung u.v.m.. Das Vertrauen der Bevölkerung ist auf Grund solcher Entwicklungen äußerst gering und die Gefahr, daß dabei auch SV auf der Strecke bleibt besonders groß. Wie also Ideen der SV als Gesellschaftskonzept retten?

Die Vorschläge sind mehr oder weniger für alle osteuropäische Staaten gültig. Die staatliche Kontrollfunktion muß verringert werden, um auch gleichzeitig die Kluft zwischen Funktionären und Bevölkerung zu verringern. Die starke konservative Gesamtstruktur einer Gesellschaft muß überdacht werden und emanzipatorische Elemente in den Vordergrund rücken (u.a. bei Familienstrukturen, Mann-Frau-Verhältnis....), Entscheidungsfindung auf nationaler Ebene stärker diskutierbar sein. Die hohen Zinsrückzahlungen an ausländische Banken müssen ausgesetzt oder erlassen werden, um bei gleichzeitiger Verbesserung des know how eine Verbesserung der Produktionsbedingungen zu forcieren. Diese Aufzählungen machen deutlich, daß es sich um einen Prozeß handeln wird, der Jahre in Anspruch nehmen muß. Erstaunlich ist jedenfalls, daß trotz dieser schwerwiegenden Probleme, Jugoslawien als Staat weiter existiert und offensichtlich Selbstverwaltung nicht abgeschafft wurde. Allerdings: Wieviel von Selbstverwaltungsinhalten nach Abschluß des skizzierten Prozesses noch erhalten sein werden, ist im Moment ungewiß.

UNGARN

Die Schnelligkeit und Vielfalt der Veränderungen und der zielstrebige Liberalisierungsprozeß, der seit einigen Jahren in Ungarn deutliche Fortschritte macht, ist eher überraschend. Der schrittweise Rückzug des Staates aus den Unternehmen eröffnet auch den Genossenschaften und den „selbstgeleiteten" Betrieben eine Ausweitung ihres Betätigungsfeldes. Allerdings behindert auch hier die hohe Verschuldung der ungarischen Wirtschaft den großen Aufschwung.

Genossenschaften und „selbstgeleitete" Betriebe sind heute „in" und sprießen wie Pilze aus dem Boden. Es geht hier allerdings nicht um die vermeintliche Attraktivität der Selbstverwaltung, sondern um eher materielle Momente. Im Gegensatz zu den Staatsbetrieben läßt sich mit Genossenschaften und „selbstgeleiteten" Betrieben so mancher Vorteil machen. Die Löhne liegen vergleichsweise hoch, Preise können selbst festgelegt werden,.daher kommt auch harte Kritik aus der Bevölkerung, die den Genossenschaften etc. Preistreiberei und Betriebsegoismus vorwerfen. Da die Entwicklungen in Ungarn sicher über einige Jahre gehen und dann inhaltlich überprüft werden müssen, ist hier noch wenig zu beurteilen. Die ersten freien Wahlen im Frühjahr 1990 werden Auskunft geben, wie schnell die Veränderungen vorankommen können.

Dabei ist schon jetzt deutlich, daß die Orientierung auf westliche Wirtschafts- als Demokratiemodelle ausgerichtet ist.

Foto : Henner

UDSSR

Durch Gorbatschow und Perestroika sind in der UdSSR neue Wege beschritten worden, die sich u.a. auf die Demokratisierung von sozialistischer Wirtschaft beziehen. In diesem Rahmen sind auch COOP-Formen, Genossenschaften wieder aktuell. Doch dem voraus oder parallel gehen Reformen in der Gesamtwirtschaft. Wichtige Punkte sind dabei unter Zielsetzung einer Intensivierung des Wirtschaftens: u.a. Kompetenzerweiterung/Verantwortlichkeit der Betriebsführung – Betriebsgesetzänderung, Wahlmodi der Vorstände etc. – Lohnsystemverschiebung zu Resultatsabhängigkeit des Betriebes und des Einzelnen – bessere Arbeitsorganisation – Stärkung des Gewerkschaftsauftrages.

Dies betrifft alle Betriebe, also vor allem die Staatsbetriebe, doch darüberhinaus entstand dabei ein neues Genossenschaftsgesetz, das unter anderem zum Ziel hat, die Versorgungslage der Bevölkerung schneller zu verbessern und zu sichern, aber auch strukturell die Wirtschaftsorganisation zu bereichern. Im Gesetz vom Juli 1988 findet sich u.a.:

- Gründungen werden in erweiterten Sektoren erlaubt und gefördert
- auch staatliche Betriebsangehörige können Mitglied einer Kooperative sein (2.Job)
- Erleichterung der Gründungsmodalitäten (u.a. min. nur 3 Mitglieder)
- eigene Planung möglich, Preisgestaltung mit Limits (staatlich) offen
- Gründung von Verbänden, die die Kooperativen stützten.

Diese Gesetzesvorlage hat tatsächlich schnell Fuß gefaßt. Seit 7/88 haben sich Kooperativen in rasender Geschwindigkeit gegründet (Juli 87: 3.700 Tsd. bis Januar 89: 77.500 Tsd. bei einer Mitgliederzahl von 1,4 Mill.). Die Gründungen verteilen sich gleichmäßig über alle Regionen, auch wenn die „Begeisterung" in Regionen, wo Autonomiebestrebungen erkennbar sind, größer ist. Auch sind die Bereiche der Kooperativen nicht mehr auf einen Sektor beschränkt, sie verteilen sich auf Dienstleistungen 30%, Verpflegung 15%, Produktion 20%, High Tech 10%, Sonstige 25% (Zahlen gerundet, Stand Januar 89).

Dies sind Entwicklungen, die schwer zu durchschauen sind, da sich hinter diesen Zahlen keine Inhalte verbergen, oder doch? So ist unklar, ob nicht mehr Gründungen letztlich kleinstkapitalistische Betriebsstrukturen überdecken helfen. Sind dies nicht in der Mehrzahl Familienbetriebe mit 3-6 Mitgliedern, die die Versorgungslücken der Bevölkerung zur eigenen Bereicherung zum Anlaß nehmen und wird nicht dadurch die Scheu gegenüber kooperativem Wirtschaften gestärkt, wo dies doch abgebaut werden sollte? Dazu muß kurz vermittelt werden , daß in der Sowjetunion schon in den 20er Jahren unter Lenin eine starke Kooperativenbewegung existierte (vor allem im Agrarsektor) und auch kurz nach dem 2.Weltkrieg Wohnungskooperativen am Wiederaufbau beteiligt waren, doch unter Stalin, aber auch nach dem Krieg, wurden Kooperativen meist als Vorläufer des Kapitalismus bekämpft und abgelehnt. Diese Meinung ist natürlich noch heute weit verbreitet und behindert darüberhinaus eine Wirtschaftsdemokratisierung im Ganzen.

Die Berichte aus den osteuropäischen Ländern machen deutlich, daß dort Selbstverwaltung als Begriff nicht dem entspricht, was wir in der BRD dazu bis heute entwickelt haben. Dennoch gibt es viele Überschneidungen, wie auch die „alten" Genossenschaftsansätze Anfang des Jahrhunderts in Deutschland selbst zeigen. Die Entwicklungen in Osteuropa sind spannend und für die Selbstverwaltungsidee sicherlich bereichernd. Nur, wie damit umgehen? Diese Frage stellt sich aktuell durch die Vorbereitung einer europäischen?/internationalen? Projektemesse. Wer wird aus diesen Staaten mit neuen Kooperativen dazu eingeladen?

Da ist es sicher einfacher, die uns aktuell noch näher liegenden Kooperativen westeuropäischer Prägung einzubeziehen.

MONDRAGON

Im spanischen Baskenland gibt es die Region Mondragon, in der sich seit 40 Jahren nunmehr ca. 120 verschiedene Kooperativen mit rund 21.000 Beschäftigten zu einem bedeutenden Komplex entwickelt haben. Diese Entwicklung ist allerdings nicht beliebig auf andere Regionen übertragbar. Mondragons Entstehungsgeschichte ist zu spezifisch an Bedingungen vor Ort geknüpft und historisch gewachsen.

Dennoch zeigt sich in dieser Region, daß auch hier eine Art inhaltlicher Krise existiert, wo u.a. Vorwürfe wie Betriebsegoismus der Kooperativen durchaus bekannt sind, wenn es u.a. darum geht, ob Waffen oder umweltschädliche Produktionen ausgeführt werden sollen. Auch reduziert sich der Begriff Kooperative oft auf eine Art Arbeitsplatzsicherung im regional-familiären Umfeld, was durchaus den Begriff elitär in Umlauf bringt.

Bei zunehmender Arbeitslosigkeit auch in der baskischen Region ein ernst zu nehmendes Problem 2).

USA

SV oder selfmanagement ist kein ausschließlich europäisches Produkt, auch wenn es oft so erscheinen mag. Auch in den USA ist einiges in dieser Richtung entwickelt worden, was inhaltlich ohne weiteres bei uns anknüpfen kann.

Die Formen der Selbstverwaltung sind neben den uns bekannten Alternativprojekten (Twin Oaks, The Farm), aber auch in Großbetrieben aktuell, hier meist durch Betriebsübernahme entstanden und durch eigens dafür geschaffene Verbände gestützt. Worker owned enterprises gibt es in vielen Wirtschaftssektoren Produktion, Soziales, Dienstleistung, Handel...

Dennoch gibt es in den USA ähnliche Veränderungen wie hier, dazu zitiere ich kurz aus dem US-Magazin „changing work"(Themenheft zu SV, Theorie und Praxis 1/88), was die Verwandtheit zur SV bei uns zeigt, dort heißt es u.a. über Entwicklungen der letzten 10 Jahre:

- es wird stärker zwischen Arbeit und privatem Leben differenziert
- stärkere Akzeptanz von Konzentration im Bereich von Management und z.T. „Chef"-Rollen
- Spezialisierung, Reduzierung des Gleichheitsanspruchs
- mehr Wertlegung auf Außendarstellung, Kundenberatung, weniger Bereitschaft zu internen Konfliktregelungen und gemeinsamen Zielsetzungen

Als zukünftige Aufgabenstellung wird u.a. folgendes genannt:

- Weiterbildung für alle Mitglieder der COOPS, in Bereichen wie Finanzen,Management,Planung usw.
- Konfliktregelungsmodelle entwickeln, Supervision u.ä.
- Schaffung von mehr Vernetzung zwischen den COOPS

Neben den klaren Professionalisierungen fällt auf, daß eine gesellschaftspolitische Zielrichtung im Moment nicht im Vordergrund steht.

CONCLUSIONS

Neben diesen Berichten, die ich z.T. subjektiv durch zusätzliche Informationen ergänzt habe, wurde in Dubrovnik wie immer am Ende ein Resumee gezogen, wo die Selbstverwaltungsidee und -praxis international steht? Dabei fertigte eine AG ein Diagramm an, um verschiedene SV-Modelle anhand unterschiedlicher Kriterien (u.a. Entstehung, Einkommen, Größe, Entscheidungsfindung...) zu vergleichen 3). Dabei stehen bundesdeutsche SV-Betriebe von Größe und Anzahl her derzeit an letzter, von der Vielfalt der außerökonomischen Betriebsziele her jedoch an erster Stelle. Ein weiterer Unterschied betrifft die Einkünfte: Einkünfte der Mitarbeiter in Betrieben in Ungarn und Mondragon liegen höher als der landesübliche Durchschnitt, in der BRD eher darunter.

Dies führte nun zu der These (s.a.o.), daß die Selbstverwalter, Kooperativen eine neue Bourgeoisie bilden könnten von Leuten, die über einen sicheren Arbeitsplatz, ein überdurchschnittliches Einkommen, Möglichkeiten zu Unternehmens- und Arbeitsplatzgestaltung verfügen. Ist Selbstverwaltung eine besonders clevere Methode den Kapitalismus zu organisieren? Interessante Thesen, die international, d.h. in vielen Ländern, in denen SV existiert und dort wo Kooperativen erst im Entstehen sind, zu diskutieren sind.

Bleibt mir noch der Hinweis aufs nächste Seminar im Mai/Juni 1990 wieder am IUC Dubrovnik, Thema wird sein: Selbstverwaltung/ Kooperativen und Umwelt ●

1) Das IIS ist Teil des ISO – Institut für Selbstorganisation ... in Ffm, Mainzer Landstr.147. Nähere Informationen über Seminare, Kontakte, Exkursionen sowie Protokolle, Berichte bitte direkt ans Büro richten mit Hinweis IIS.

2) Hier sei auf das ISO Programm 2.Hj.89 verwiesen, wo Seminar und Exkursion für 1990 angekündigt sind. Informationen,Materialien bitte direkt im Büro anfordern.

3) Materialien zu weiteren Ländern und anderes mehr sind im Büro erhältlich gegen Gebühr.

Anzeige

Graswurzelrevolution

anarchistisch gewaltfrei
antisexistisch

GWR im September:

"Daß Auschwitz nicht sich wiederhole" – zu 50 Jahre Kriegsbeginn / Für einen anderen Sozialismus! – Referat zum FÖGA-Bundestreffen 89 / Aktionsberichte: Frauenwiderstandscamp, Massenaktion gegen Atomtests in Nevada, Kriegsdienstflucht nach Westberlin, Aktion gegen Fusion Daimler-MBB / Handlungsstrategien gegen die "Republikaner" / Schwerpunkt China: AugenzeugInnenbericht, anarchistische Tradition, Interview zur Taktik der Herrschaft / Schwerpunkt Anti-AKW: Analyse, Interview und Aktionsbericht zur Europäisierung der Atomindustrie / Schwerpunkt Israel-Palästina: Libertäre Diskussion über Staatlichkeit oder Anarchie, Zionismus, Rassismus und Antisemitismus u.v.a.m.

Schnupperabo (5 Nrn. a 2 DM): 10 DM-Schein an: GWR, Schillerstr. 28, 6900 Heidelberg

Foto : Henner

DIE MACHT DES ZINSES

Selbstverwaltung der eigenen Ausbeutung?

Selbstverwaltete Wirtschaftskommunen lösen das Problem der Ausbeutung nicht, darauf hat bereits Friedrich Engels hingewiesen. Er war der Meinung, daß eine reiche Kommune einen „Geldschatz zurücklegen" könne, den sie – unter den Bedingungen des heutigen Geldes – an arme und bedürftige Kommunen gegen Zins ausleihen würde, womit der „Zinswucher" wieder hergestellt sei (1).

Klaus Schmitt, Redaktion Heidelberg ● Der Geldzins ist zu einem großen Teil arbeitsfreies Einkommen für die Geldgeber, einer der drei Mehrwert-Anteile neben dem Kapital- und Bodenzins. Mit selbstverwalteten Kollektiven wird also die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht überwunden.

DER KREDITZINS

Am Beispiel eines kapitalintensiven Unternehmens läßt sich Engels' Behauptung leicht belegen. Wollen z. B. fünf Techniker, die auf Grund ihrer Jugend und der niedrigen Löhne noch kein Eigenkapital (Geld oder Produktionsmittel) ansammeln konnten, einen Betrieb mit hochwertigen Robotern einrichten, dann benötigen sie einen umfangreichen Kredit, sagen wir 3.000.000 DM. Bei 10% Kreditzinsen müssen sie – ohne Tilgung des Darlehns – 300.000 DM im Jahr oder 25.000 DM im Monat an Zinsen an eine Bank zahlen. Jeder einzelne Kommunard muß also 5.000 DM im Monat Rendite für eine Bank (auch für eine Ökobank!) erwirtschaften, einen Kapitalzins, der dazu dient, den Geldzins-Verpflichtungen nachkommen zu können.

Für die unvermeidlichen Kreditverwaltungskosten der Bank und die Risikoprämie von zusammen höchstens 2% zahlt die Kommune 5.000, jeder Kommunard also 1.000 DM im Monat. Darüber hinaus zahlt die Kommune jedoch 7.500, jeder einzelne 1.500 DM im Monat für den bei Festwährung vermeidbaren Inflationsausgleich von gegenwärtig etwa 3% im Jahr. Und schließlich zahlt die Kommune 12.500 bzw. jeder Kommunard 2.500 DM im Monat für die 5% Realzinsen, die der eigentliche Finanzkapitalist als arbeitsfreies Einkommen einstreicht: 150.000 DM im Jahr. Diese inflationistischen und kapitalistischen Kreditkosten von insgesamt 20.000 DM im Monat oder 240.000 DM im Jahr belastet sowohl das Arbeitseinkommen der Kommunarden als auch die Preise der Produkte und Dienstleistungen, die von den Kunden der Kommune bezahlt werden.

Was Engels in seiner Kritik des Kommunensozialismus nicht erwähnt, ist das Problem der Bodenrente. Nehmen wir einmal an, fünf Verkäuferinnen wollen einen Laden in einer belebten Straße in einer Großstadt eröffnen. Auf Grund der günstigen Lage zahlen sie dort 10.000 DM im Monat für eine Gewerbefläche von 100 qm. Dann beträgt der Bodenrenten-Anteil an der Miete etwa 8.000 DM. Jede Frau muß dann 1.600 DM im Monat erwirtschaften, um dem Grundeigentümer dieses arbeitsfreies Einkommen zu garantieren, insgesamt fast 100.000 DM im Jahr. Auch der Mehrwert-Anteil Bodenrente belastet die Arbeitseinkommen der Kommunardinnen und die Preise der Waren, die sie an ihre Kunden verkaufen.

Unsere Beispiele zeigen, daß in einer Volkswirtschaft, die mit Geld- und Bodenzins belastet ist, das Problem der Ausbeutung durch die Selbstverwaltung der Unternehmungen nicht gelöst wird. Lediglich Hierarchie und Herrschaft lassen sich durch Selbstverwaltung überwinden, und auch nur in dem Umfang, wie die Interessen der Geldgeber und Grundeigentümer nicht beeinträchtigt werden. Ebenso wie die eigentumslosen Privatunternehmer, müssen auch die eigentumslosen kollektiven Unternehmer als Produzenten und Konsumenten ganz erheblich für die Finanzkapitalisten und Grundrentner arbeiten. Das macht die Selbstverwaltung tatsächlich auch zur Selbstverwaltung der eigenen Ausbeutung durch Unternehmensfremde.

VERGESELLSCHAFTUNG?

Also die Produktionsmittel (Maschinen und Boden) den Produzenten zueignen? Das würde bedeuten, daß dann die kollektiven Unternehmer gleichzeitig Kapitalisten und Grundrentner sind und die Zinsen auf Kosten eigentumsloser Konsumenten und Produzenten in ihre Taschen fließen. Was wäre jedoch, wenn alle Produzenten eines Landes Eigentümer ihrer Produktionsmittel werden würden? Da der Einsatz von Kapital und Boden als Hilfsmittel menschlicher Arbeit in bezug auf jede einzelne Arbeitskraft naturgemäß unterschiedlich groß ist und daher die einzelnen Kollektive unterschiedlich hohe Werte an Produktionsmitteln pro Kopf ihrer Mitgleider besitzen würden, entspräche die volkswirtschaftliche Einkommensverteilung auch dann nicht der Arbeitsleistung aller Produzenten im Kommunensozialismus: Neben den relativ leistungsadäquaten Arbeitseinkommen erhielten unsere beiden Kollektive mit ihrem hohen Kapital- und Bodeneinsatz ein hohes, jene mit geringen Eigentumswerten – wie z. B. ein fünfköpfiges Malerkollektiv mit einigen Pinseln, Leitern, Farbtöpfen, einem kleinen Laster und einem Büro mit Lager am Rande einer Kleinstadt – ein niedriges Zinseinkommen, bei einem Kapitalwert von vielleicht 100.000 DM bei 5-10% Rendite nur 5.000 bis 10.000 DM im Jahr. Unsere kollektiven Bodenrentnerinnen erhalten also allein aus der Bodenrente rund 10- bis 20mal, unsere sich selbstverwaltenden Kapitalisten aus der Rendite ihrer Roboter sogar 30- bis 60mal so viel an Zinsen. Gemessen am Arbeiter und Unternehmer-Lohn, der vielleicht zwischen 1.800 und 5.000 DM im Monat liegt, kann der Zins-Anteil (siehe oben) am Gesamteinkommen ganz erheblich sein. Folglich erhalten bei nicht sehr unterschiedlicher Arbeitsleistung aller Kommunarden die Mitglieder des Techniker- und VerkäuferInnenkollektivs ein wesentlich höheres Einkommen als die des armen Malerkollektivs. Und auch zwischen den reichen Kommunen bestünden erhebliche Differenzen.

Außerdem müssen (vom Naturprodukt Boden abgesehen) die Produktionsmittel, die einem Kollektiv zugeeignet werden sollen, im Kapitalismus wie im Sozialismus produziert werden. Ihre Produzenten hätten jedoch Anspruch auf eine angemessene Gegenleistung. Wenn diese in Geld zu leisten ist, dann muß Geld vorhanden sein oder angespart werden. Sind diese Ersparnisse nicht vorhanden, müssen sie von Geldbesitzern geliehen werden. Da jedoch „Geldschätze" gegenüber allen anderen Gütern auf dem Markt einen hohen Liquiditätsvorteil besitzen, aber nicht, wie andere Güter, mit „Durchhaltekosten" (Keynes, (2)) belastet sind, die diese Geldhorte zinsfrei ins Angebot zwingen würden, muß, damit ihre Besitzer sie herausrükken, für die Dauer der Aufgabe ihres Liquiditätswerts eine „Liquiditätsverzichtsprämie" (Keynes, 2) von den Leihern an die Verleiher gezahlt werden: der Zins.

KOMMUNENSOZIALISMUS OHNE ZINS!

Anders sehe die Situation sowohl für die Selbstverwaltungs-Produzenten als auch für die Konsumenten aus, wenn es möglich wäre, zinsbillige oder gar zinsfreie Kredite zu vergeben, wie das Proudhon gefordert hat. Unter den Bedingungen des Wettbewerbs würden sich die Renditen des vermehrbaren und sich bis zur „Vollinvestition" (Keynes, (3)) vermehrenden Produktivkapitals zugunsten aller Produzenten- und Konsumenteneinkommen auflösen. Wenn jedoch die vermehrbaren Produktionsmittel keine Rendite mehr abwerfen, dann ist ihre Kollektivierung nur noch von Bedeutung für die Befreiung von Herrschaft, aber nicht mehr für eine gerechte Einkommensverteilung in der Volkswirtschaft. Die Verwaltung der Produktionsmittel durch die Produzenten ist dann allerdings nicht mehr gleichzeitig Selbstverwaltung der Ausbeutung durch die Finanzkapitalisten. Voraussetzung dafür ist jedoch die Gleichstellung von Geld und Produkten, damit der „Bonus" (Keynes, 3) verschwindet, den das Geld auf dem Markt besitzt und der zum Geldzins und in seiner Folge zum Kapitalzins führt. Diese Gleichstellung von Geld und Produkten wollten Proudhon durch eine Tauschbank und Gesell durch ein Geld, das den gleichen Durchhaltekosten unterworfen ist wie alle menschlichen Produkte, die gegen Geld ausgetauscht oder mit Geld kreditiert werden, erreichen. (Das Tauschbank- wie das „Schwundgeld"-Konzept haben sich in der Praxis bewährt. (4)

Was bleibt, ist die Bodenrente. Da das Naturprodukt Boden nicht vermehrbar ist, kann auch die Bodenrente nicht durch Bodenzuwachs und Wettbewerb auf dem Bodenmarkt zum Verschwinden gebracht werden. Die Bodenrente muß also umverteilt werden. Das kann z. B. durch die Abschöpfung der Rente zugunsten von Steuerreduzierungen oder sozialer Projekte mittels einer Bodensteuer geschehen, wie das bereits Adam Smith, Henry George und Adolf Damaschke (5) gefordert haben; aber auch dadurch, daß der gesamte Boden und seine Schätze kollektiv einem „Mutterbund" zugeeignet werden, wie das Gesell und seine Anhänger/innen verlangen (6). Unter Berücksichtigung sozialer, ökologischer und städtebaulicher Auflagen verpachtet dieser Bund die Bodenflächen, die Schürfrechte an Bodenschätzen und die Nutzungsrechte an monopolistischen Naturkräften meistbietend an Einzelunternehmer und Kollektive und verteilt die Pachteinnahmen als „Mutterrente" an die Betreuer der Kinder oder als „Kinderrente" an die Kinder und Jugendlichen direkt. Die Unternehmer und Wirtschaftskommunarden, die weiterhin Bodenrente zahlen, würden sie dann nicht mehr an parasitäre Grundrentner abführen müssen. Die enteigneten kleinen Grundeigentümer könnten z. B. durch Gelder aus Steuermitteln und/oder zinsfreien oder zinsbilligen Krediten und/oder aus den Renten des enteigneten Bodens entschädigt werden. Grundbesitz, der über einen bestimmten Wert hinausgeht, könnte entschädigungslos enteignet werden.

Die Beseitigung des Geldzinses, der dadurch bewirkte „sanfte Tod des (Kapital-)Rentners" (Keynes, 7) und die gerechte Umverteilung der Bodenrente würde bedeuten, daß die Selbstverwaltung eines Unternehmens nicht nur ein Projekt der sozialen, sondern auch der ökonomischen Emanzipation wäre. Beides zusammen ist libertärer Sozialismus. ●

Literaturhinweise
1) Friedrich Engels, „ANTI-DÜHRING", MEW 20, 1973, S. 283 2) John Maynard Keynes, ALLGEMEINE THEORIE DER BESCHÄFTIGUNG, DES ZINSES UND DES GELDES, 1974, S. 195f., 188-192; s. a.: Schmitt, PROUDHON ODER MARX?, Contraste 48/1988; oder: ders., GELDANARCHIE UND ANARCHOFEMINISMUS, in: Bartsch, Gesell, Landauer, Mühsam, v. Muralt, Schmitt (Hg.), SILVIO GESELL – „MARX" DER ANARCHISTEN?, Karin Kramer Verlag, Berlin 1989, S. 106-109 3) Keynes, ALLGEMEINE THEORIE, S. 274 u. 318, 318 4) Siegfried Fröhlich, Auszug aus: GESCHÄFTSIDEEN, Capital 10/1983, u. Alex von Muralt, DER WÖRGLER VERSUCH MIT SCHWUNDGELD, beides in: Schmitt (Hg.), SILVIO GESELL, S. 38ff. bzw. 275-288 5) Adolf Damaschke, DIE BODENREFORM, 1923, 20. Auflage 6) Silvio Gesell, „PHYSIOKRATISCHE MUTTERSCHAFT", Auszug aus: DER ABGEBAUTE STAAT, u.: Klaus Schmitt, GELDANARCHIE UND ANARCHOFEMINISMUS, beides in: Schmitt (Hg.), SILVIO GESELL, S. 289-295 bzw. 122-138 7) Keynes, ALLGEMEINE THEORIE, S. 317

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

1. FOLGE: DAS VERFLIXTE GELD

Was ist eigentlich Geld?

Mit Antworten auf diese Frage kann man Bücher füllen!
Geld ist zuerst einmal eine ganz phantastische Erfindung, vergleichbar mit derjenigen des Rades. So wie mit dem Rad der Transport von Gütern auf eine vorher unvorstellbare Weise erleichtert wurde, so mit dem Geld der Tausch. Ohne Geld war nur ein Tausch von Leistung gegen Leistung möglich. Der Korbmacher beispielsweise, der neue Schuhe brauchte, mußte erst einen Schuhmacher finden, der gerade einen Korb haben wollte. Das Beispiel zeigt, wie eng die Grenzen geldloser Märkte gezogen waren und Spezialisierungen und Arbeitsteilungen kaum eine Chance hatten.

TAUSCHMITTEL UND PREISMESSER

Geld ist also ein universales Zwischentauschmittel, ein Tauschvermittler. Diese Rolle hatten vor dem Geld schon andere Tauschwaren übernommen, Waren, die fast alle brauchen konnten und die eine lange Lebensdauer hatten. So z.B. Salz, Getreide, Teeziegel, Kakaobohnen oder Vieh. Doch auch diese Zwischentauschmittel waren schwer zu handhaben und verloren mit der Zeit an Wert. Außerdem waren sie nur schlecht zu teilen und zum Verrechnen wenig geeignet. Das zähl- und haltbare Geld dagegen, das wenig Raum in Anspruch nahm und leicht zu transportieren war, brachte den Durchbruch zu einer Wirtschaftsentwicklung, ohne die unsere heutige Zivilisation undenkbar ist.

WERTAUFBEWAHRUNGSMITTEL

Mit dem Geld war der Tauschvorgang Leistung gegen Leistung, Güter gegen Güter weder an einen Ort noch einen Zeitpunkt gebunden. Man konnte heute in der einen Stadt eine Ware verkaufen und morgen an jedem beliebigen anderen Ort für das erhaltene Geld jede andere Ware gleichen Werts erwerben. Ja, man konnte diesen Anspruch auf Gegenleistung auch auf einen späteren Zeitpunkt verschieben, womit sich der eigentliche Tauschvorgang in zwei zeitlich auseinandergezogene Hälften verlor. In dieser zeitlichen Verzögerung zwischen Leistungseinbringung und -nachfrage, also in der Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes, liegt bereits ein entscheidender Fehler, ja, der entscheidenste Fehler in der Geldkonstruktion vor. Wir werden das später noch genauer untersuchen, wenn es um die Probleme in unserem Geldwesen geht.

Halten wir nur noch einmal fest, daß unserem Geld heute drei Funktionen zugeteilt werden, nämlich die des Tauschmittels, des Preisvergleichers bzw. Verrechnungsmittels und schließlich die Funktion des Wertaufbewahrungsmittels.

WAS VERSTEHT MAN HEUTE UNTER GELD?

Mit der Beantwortung dieser Frage hat der Normalbürger kaum Schwierigkeiten. Für ihn ist Geld das, was er in der Tasche oder zu Hause in der Schreibtischschublade hat, also Banknoten und Münzen. Erst Volkswirtschaftstudenten ab dem dritten oder vierten Semester wissen es anders, oder richtiger: nicht mehr genau. Denn sie zählen auf einmal, von ihren Professoren angeleitet, auch die verschiedensten Geldvermögensarten zum Geld hinzu, und „im Grunde weiß dann keiner mehr, wo Geld aufhört", wie es ein Referent der Bundesbank auf einem kürzlichen Geldseminar treffend formulierte. Doch in Wirklichkeit sind Geldguthaben niemals Geld, sondern sie dokumentieren nur die Abtretung von Geld, das der Verleiher nicht mehr hat. Was er nur noch hat, ist ein Anspruch auf Geld, auf die Rückgabe des Verliehenen, also ein Geldguthaben. Und so wenig sich das Mehl vermehrt, wenn jemand einem anderen ein Pfund überläßt, so wenig vermehrt sich das Geld bei einem solchen Leihvorgang. Das, was wir in den Händen halten, wenn wir das Geld anonym über eine Bank abtreten, ist lediglich die Buchung, die Gutschrift der Bank, der bestätigte Anspruch auf einen Rückerhalt. Entsprechend sind auch die in der Fachwelt ausgedachten „Geldmengenaggregate" M1, M2, M3, usw., bei denen man das Geld mit Teilen der Bankguthaben zusammenzählt, völlig irreale Größen, mit denen man den Boden unter den Füßen immer mehr verliert. Vor allem, wenn man mit ihnen die Geldmenge und die Wirtschaft steuern will. Solche Zusammenziehung von realem Geld und Geldguthaben sind ähnlich irreführend wie das Zusammenzählen von Äpfeln mit Abbildungen davon in irgendwelchen Büchern oder das Addieren von Schuhen mit den Abdrücken im Schnee. Wir werden auch auf diese Zusammenhänge noch zurückkommen, wenn wir uns mit den Banken befassen und ihrer vorgeblichen Möglichkeit, Geld oder Kredit zu schöpfen.

WAS IST DIE GELDMENGE?

Wenn Banknoten und Münzen Geld sind, dann ist die Geldmenge die Summe aller dieser Tausch- und Zahlungsmittel. Zu dieser Menge zählen jedoch nur jene Noten und Münzen, die von der Bundesbank herausgegeben wurden. Statistisch wird davon meist nur jener Bestand herangezogen, der sich außerhalb des Bankenapperates befindet, d.h., die Gesamtgeldmenge abzüglich der Bank-Kassenbestände. Die Bundesbank bezeichnet diese Geldmenge immer als die „umlaufende", obwohl sie richtiger von der „herausgegebenen" reden sollte. Denn ob dieses Geld tatsächlich umläuft, bzw. wieviel davon nicht im Umlauf ist, weiß sie gar nicht. Und auch das ist – wie wir noch sehen werden – eine Schwachstelle unseres Geldsystems.

NEUE SERIE: DAS VERFLIXTE GELD

Helmut Creutz, Redaktion Heidelberg ● Vom Geld hat mal jemand gesagt, es gäbe nichts, womit wir häufiger umgehen und worüber wir weniger wissen. Obwohl es Geld seit mehreren Jahrtausenden auf der Erde gibt, ist es für die meisten immer noch mit dem Nebel des Geheimnisvollen verbunden. Selbst Wissenschaftler reden von „Geldschleier" und „Geldillusionen" und verbinden den Geld- mit dem Magiebegriff.

Für den normalen Bürger stellen sich solche Überlegungen weniger. Er erhält Geld für seine Arbeit und gibt es für den Lebensunterhalt aus. Allenfalls ein paar Sprichworte hat er – ohne darüber nachzudenken – mit der Muttermilch aufgesogen. Zum Beispiel „Geld verdirbt den Charakter", oder „Beim Geld macht der Teufel immer auf den größten Haufen". Und noch bekannter ist das Sprichwort „Geld regiert die Welt".

Warum aber verdirbt Geld den Charakter oder die Freundschaft? Würden wir das auch bei einem Warengutschein, einer Fahr- oder Theaterkarte sagen, die ähnlich wie Geld einen Anspruch auf Leistung dokumentieren? Und wieso bekommen diejenigen immer noch mehr Geld, die bereits einen großen Haufen haben? Ist Einkommen nicht an Leistung gebunden und widersprechen leistungslose Einkünfte nicht den Grund- und Menschenrechten? Und was ist erst mit dem dritten Sprichwort, nach dem die Welt vom Geld regiert wird? Müßten wir dem nicht endlich auf den Grund gehen? Denn wenn dieses Sprichwort stimmt, dann sind alle unsere Regierungen, ob gewählt oder nicht, ob rot oder schwarz, doch nur eine Farce, Marionetten des Geldes! Können wir von einer aufgeklärten, mündigen Welt reden, solange diese Fragen ungeklärt bleiben? Oder hat man den Schleier des Geheimnisvollen nur über die Geldsphäre verbreitet, weil das einigen nützt?

In dieser Artikelreihe wollen wir all dem einmal auf den Grund gehen. Nicht nur Begriffe erklären und vordergründige Zusammenhänge, sondern gerade auch die Vorgänge im Hintergrund, die Fakten und Folgerungen, die dem Ganzen erst die Farbe geben. Denn das Wissen darüber, die Kenntnis der Zusammenhänge, kann für unsere Zukunft entscheidend sein. Das gilt nicht nur für die verschuldeten Länder Lateinamerikas, für Polen und Jugoslawien, wo die Geldbezogenheit der Probleme immer deutlicher zu Tage tritt, sondern auch für uns. Auch für diejenigen, die glauben, aus all den Zusammenhängen aussteigen zu können, es sei denn, sie fliehen als Robinson auf eine einsame Insel. ●

WIEVIEL GELD GIBT ES?

Wenn wir uns einmal die langfristige Entwicklung des „Bargeldumlaufs ohne Kassenbestände der Kreditinstitute" ansehen, dann lag diese Größe Ende 1950 bei 8 Mrd. DM und Ende 1988 bei 143 Mrd. Das heißt, die Menge des Geldes wurde in den 38 Jahren nach 1950 auf das 18fache ausgeweitet. In der gleichen Zeit nahm das reale Bruttosozialprodukt, also die Gesamtleistung unserer Volkswirtschaft, „nur" auf das Fünffache zu. Die Differenz zwischen der Leistungs- und Geldvermehrung spiegelt den Kaufkraftverlust unseres Geldes wieder. Konkret: Die Kaufkraft war 1988 3,6mal geringer als 1950. Das heißt, die Mark von 1950 ist heute keine 30 Pfennig mehr wert.

Legt man das Ende 1988 vorhandene Geld in Höhe von 143 Mrd. DM auf alle Bürger um, dann errechnet sich ein Pro-Kopf-Anteil von rund 2.300 Mark, bezogen auf die rund 26 Mio. Haushalte ein Anteil von 5.500 Mark. Von der gesamten Geldmenge entfallen etwa 8 Prozent auf die Münzen und 92 Prozent auf die Scheine. Von den Scheinen wiederum entfällt ein knappes Viertel auf die 1.000 DM-Noten. Umgerechnet auf die Haushalte kommen auf jeden mindestens ein Tausender, ein 500-DM-Schein und 22 Scheine im Wert von 100 Mark, was sich mit den kleineren Scheinen dann auf 5.500 Mark summiert. Da aber in Wirklichkeit die durchschnittliche Bargeldhaltung je Haushalt kaum über 1.500 DM liegen dürfte, ist also etwa drei- bis viermal mehr Geld in der Wirtschaft vorhanden als für die Bargeld-Endnachfrage erforderlich.

Übrigens läuft jeder Geldschein etwa dreimal jährlich durch die Kassen der Zentralbanken, den Zweigstellen der Bundesbank. Dabei werden alle unansehnlich gewordenen oder beschädigten Scheine eingezogen. Täglich sind das Banknoten in einem Gesamtwert von etwa 100 Mio. DM, die in den Verbrennungsöfen landen und durch neue ersetzt werden. ●

NATURKOST AUF NEUEN WEGEN

Läden gehören Verbrauchern

Es tut sich was im Naturkosthandel! Aus dem gesellschafts- und ernährungspolitisch motivierten Bioladen ist der optisch perfekt durchgestylte Naturkostladen mit immer breiterem Warenangebot geworden. Parallelen zum Reformhaushandel sind unübersehbar! Es gibt jedoch noch einen anderen, verbraucherorientierten Weg: den Verbraucherladen.

Von Barbara Helling und Harald im Spring, Redaktion Naturkost ● „Naturfeinkost" erlebt ihre Blütezeit – von „Vollwert"-Pralinen und Gummibärchen ohne Farbstoff bis zu den raffiniertesten vegetarischen Brotaufstrichen oder Fertiggerichten ist heute alles zu haben. Qualitätsansprüche an die Vollwertigkeit der verwendeten Zutaten oder die Frage nach der Notwendigkeit des betreffenden Produktes überhaupt treten zunehmend in den Hintergrund.

PROFIT STATT PROFIL

Auch die politischen Ansprüche der Bioläden, gesellschaftsverändernd zu wirken, sind mehr und mehr in den Hintergrund geraten. Den ersten Läden ging es nicht nur um eine gesunde Ernährung und ökologische Lebensweise, sondern auch um eine vorwiegend regionale, dezentrale Vermarktungsstruktur, eine gerechte und durchschaubare Preispolitik, um Selbstverwaltung und Vermeidung von Machtkonzentration. Menschlichere Arbeitsbedingungen bei Herstellern, Verarbeitern und im Handel spielten ebenfalls eine wichtige Rolle. Mit den ärmeren Ländern der sogenannten „Dritten Welt", auf deren Ausbeutung unser Wohlstand basiert, sollte ein verantwortungsbewußter und gerechter Handel stattfinden.

Heute dagegen orientierten sich immer mehr Naturkostläden ausschließlich am Umsatz. Professionalisierung, Rationalisierung und Profitmaximierung bestimmen die Entwicklung, bedingt durch einen verschärften Wettbewerb mit konventionellen Anbietern bis hin zu Rewe, Aldi, Nestle etc. Ganze Supermarktketten drängen sich auf den „Bio-Markt", um sich keine Marktlücke entgehen zu lassen. Mit dem Aufdruck „bio", „öko", „Umwelt", „Natur" – ohne gesetzliche Definition – läßt sich inzwischen alles leichter vermarkten. Innerhalb des Naturkosthandels sind „Revierkämpfe" bereits an der Tagesordnung. Aus Angst vom Markt verdrängt zu werden, bleiben die alten Ideale auf der Strecke. Die vorgeschobene Rechtfertigung dafür: Nur die Erschließung neuer Käuferschichten, Anpassung an deren Konsumgewohnheiten (Supermarkt, Massenkonsum, Verpackungswahn usw.) könne die drohende ökologische Katastrophe aufhalten. Nur so können noch mehr Erzeuger und Verarbeiter auf eine ökologische Produktion umstellen und dem wachsenden Bewußtsein und der gesteigerten Nachfrage in der Bevölkerung gerecht werden.

AUS ALTEN FEHLERN LERNEN

Sicherlich sind dringende Veränderungen notwendig. Der Naturkosthandel muß sich weiter entwickeln, darf sich nicht vor Professionalisierung scheuen, um aus der Nische der 0,37% landwirtschaftlicher Nutzfläche und 0,7% Anteil an der Lebensmittelbranche heraus zu kommen. Viele Bioläden haben allzulange im eigenen Saft geschmort und selbstgefällig vor sich hin „gewurschtelt". Lage und Aussehen der Läden vermitteln ein „Szene-Image", oft wurde dies auch bewußt und offensiv vertreten, für viele Kunden eine unüberwindbare Hemmschwelle. Geringes Eigenkapital, zum Teil überhöhte Preise, mangelhafte Auswahl und Frische gerade bei Fleisch- und Milchprodukten oder bei Obst und Gemüse, ineffektive Arbeitsstrukturen und schlechte Organisation führen zu einem viel zu geringen Warenumschlag und bedingen sich gegenseitig. Dazu kommt, daß viele Verbraucher viel zu weit vom nächsten Naturkostladen entfernt wohnen und ihn nicht als Einkaufsquelle nutzen. All dies kann und muß sich ändern, soll die Utopie einer ökologischen und sozial gerechten Gesellschaft verwirklicht werden. Doch wer glaubwürdig diese Ziele erreichen will, muß sich auch an den eingesetzten Mitteln messen lassen. Bleiben die gesellschaftpolitischen Ansprüche auf der Strecke, müssen die eingeschlagenen Wege ernstlich hinterfragt werden.

EIN BESSERER WEG?

Neben dem vor allem in den Anfängen sehr politischen Modell des Bioladens hat sich das ebenfalls politische Modell der Food-Coops entwickelt, Einkaufsgemeinschaften (von wenigen Familien bis zu mehreren hundert Mitgliedern), die unter Umgehung des Einzelhandels (und damit der Gewinnspanne) ihre Produkte selbst bei Erzeugern und Verarbeitern oder auch im Großhandel beziehen. Dadurch wird der Kontakt direkter und der Preis günstiger. Es gibt keine Trennung in Händler und Kunde, sondern die „Kunden" beteiligen sich aktiv an der Warenbeschaffung und Verteilung. Teilweise unterhalten die Food-Coops ladenähnliche Lager, wo alle Mitglieder mitarbeiten müssen und in denen die Waren zu regelmäßigen Öffnungszeiten abgeholt werden können. Geringe Monatsbeiträge (bis zu 5,– DM) oder Warenaufschläge (bis 20 %) sollen die Kosten für Miete, Strom, Büromaterial usw. decken. Bezahlte Arbeits- und Entscheidungsstrukturen, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, nichtprofitorientierte Warenverteilung, kritisches Konsumverhalten und andere Ideale kennzeichnen diese politischen Verbrauchergruppen. Dies setzt allerdings ein großes Maß an Eigenverantwortung, Wissen, Zeit und auch Selbstbewußtsein voraus. Dadurch bleibt dieses Modell für eine breitere Masse verschlossen. Umso mehr, wenn dieser Versuch kollektiver Warenverteilung in aufreibenden Diskussionen und chaotisch anmutenden Zuständen endet. Dazu kommt die Erfahrung, daß fast jedes Projekt, in dem viel ehrenamtliche Arbeit von einer Vielzahl unterschiedlicher Menschen geleistet werden muß, zumindest in seiner Effektivität zum Scheitern verurteilt ist. Denn das dazu notwendige hohe Maß an Kontinuität, Verantwortlichkeit und Fachkompetenz kann in dem Modell der Food-Coops nicht erreicht werden.

Während die Naturkostläden immer mehr in den Sog des marktwirtschaftlichen Systems geraten sind, haben es auch die Food-Coops nicht geschafft, ihre politischen Ansprüche für eine breite Bevölkerungsschicht zugänglich zu machen. Bleibt die Frage: Wie können kontrolliert biologische Lebensmittel und andere ökologisch sinnvolle Produkte möglichst dezentral (Vermeidung unnötiger, umweltschädigender Transportwege, Verpackung) und zu einem sowohl für die Erzeuger angemessenen als auch für die Verbraucher akzeptablen Preis vermarktet werden?

ALLE IN EINEM BOOT

Denn der einzig auf Dauer wirklich sinnvolle und effektive Mitwelt- und Menschenschutz ist der sorgsame Umgang mit der Natur und ihren Ressourcen: unsere Lebensgrundlage. Das kann auf Dauer nur durch eine ökologische Landwirtschaft gewährleistet werden. Deswegen ist es wichtig, daß immer mehr Bauern auf kontrolliert biologischen Anbau umstellen können und sich einem der Anbauverbände in der Stiftung „ökologischer Landbau" anschließen. Denn nur die Mitgliedschaft in einem der dort anerkannten Anbauverbände garantiert dem Verbraucher – durch die gesetzlich geschützten Warenzeichen – daß die Produkte wirklich aus kontrolliert biologischem Anbau stammen. Solange es keine gesetzliche Regelung gibt, was als „biologisch", „umweltfreundlich" usw. bezeichnet werden darf, kann jeder alles so nennen und beschriften. Nicht umsonst steht mittlerweise auf vielen Verpackungen im Supermarkt „bio", „öko", „Umwelt", „vollwertig", ohne daß dies tatsächlich etwas aussagen muß. Andere Länder, wie z.B. Frankreich, Dänemark und Österreich, sind in dieser Richtung wesentlich fortschrittlicher und haben klare gesetzliche Bestimmung über die Verwendung dieser Begriffe.

Ebenfalls wichtig ist, daß den Bauer, die umgestellt haben oder umstellen wollen, die Vermarktung ihrer Produkte zu einem angemessenen Preis gewährleistet werden kann. Denn fast alle Bauern sind mittlerweile resigniert von einer EG-Agrarpolitik, die nur die industrialisierten und spezialisierten Großbetrieb fördert. Alle anderen Betriebe werden systematisch ausgerottet (gerade die kleineren, noch nicht völlig spezialisierten Betriebe können auf eine ökologische Wirtschaftsweise umstellen).

DEN MARKT ERWEITERN – ABER WIE?

Was fehlt, ist in vielen Fällen ein gesicherter Absatzweg – nicht der Absatzmarkt. Die Nachfrage nach biologisch erzeugten Lebensmitteln wächst ständig, nur sind die Vermarktungsstrukturen für einen wirklichen Durchbruch unzureichend. Deswegen gibt es in den großen Anbauverbänden schon seit langem Stimmen, die behaupten, daß die anfallenden Mengen nur über Supermärkte vermarkten werden können. Durch diese Entwicklung werden bestehende Handelsstrukturen unterstützt. Bauern und Verbraucher sind die Verlierer des Systems. Die Bauern, weil Großabnehmer ihnen zwar einerseits Mengenabnahmen garantieren können, sie jedoch andererseits durch Preisdruck in eine gewaltige Abhängigkeit bringen werden. Die Verbraucher, weil für sie wieder die Qualität der Lebensmittel auf der Strecke bleibt und sie vor undurchsichtigen und somit wenig Vertrauen einflößenden Vermarktungswegen stehen. Sind die Supermärkte erst einmal voll ins „Biogeschäft" eingestiegen, werden sie ihre eigenen Anbauverbände und Markenzeichen gründen und mit den Bauern ähnlich wie der Reformhaushandel Verträge abschließen. Sicherlich werden die Anbaurichtlinien dieser Verbände weniger streng, ökologisch sein und sich mehr am Profit als an ökologischen Kriterien orientieren (wie kürzlich bei Bioland Niedersachsen zu hören war, ist die Bedingung bei den Verhandlungen mit Supermärkten, daß die Ware unter einer eigenen Handels(!)-marke anstatt „Bioland" verkauft wird. Das soll dem Handel die Möglichkeit geben, unter dieser Marke eines Tages auch andere als Bioland oder Demeter zu verkaufen! H.C.)

Es wird immer wieder vergessen, daß konventionell erzeugte Lebensmittel zu billig sind. Das heißt, der Bauer erhält nicht den Verkaufspreis, den er für seine geleistete Arbeitszeit eigentlich bekommen müßte. Er ist darauf angewiesen, Masse zu produzieren, zu spezialisieren und zu rationalisieren, um seine Kosten zu senken. Der Bauer erhält heute für ein Ei fast genausoviel wie vor 30 Jahren! Der Verbraucher dagegen gibt prozentual immer weniger für Lebensmittel aus. Waren es 1950 noch fast 50% des Einkommens, sind es heute weniger als 20%. Wer billige Lebensmittel will, der darf sich nicht wundern, wenn sie auch „billig" produziert werden. Auf Umwegen aber müssen wir das teuer bezahlen: mit unserer Gesundheit und der Zerstörung unserer Lebensgrundlage – einer intakten Natur. Umweltschadstoffe und Pestizidrückstände in allen Lebensmitteln, Zivilisationskrankheiten (Krebs, Pseudo-Krupp, Neurodermitis) sind nur wenige Beispiele. Steigende Kosten im Gesundheitswesen, bei der Abfallbeseitung, im Umweltschutz sind die Folgen. Ökologisch erzeugte Produkte sind mit erhöhten Arbeitsaufwand (z.B. hacken statt spritzen), zum Teil geringeren Erträgen und bei verarbeiteten Produkten auch mit geringerer Haltbarkeit verbunden. Das rechtfertigt nicht nur einen höheren Preis, sondern macht ihn auch notwendig. Um diesen höheren Preis nicht noch durch Großhandel und Einzelhandel weiter in die Höhe zu treiben, greifen viele Bauern zur Selbsthilfe. Auf Bauernmärkten und durch Ab-Hof-Verkauf vertreiben sie ihre Produkte selber. Das garantiert den Bauern angemessene Preise ohne direkte Abhängigkeit vom Händler. Den Verbrauchern garantiert es einen akzeptablen Preis, der nicht durch mehrere Handelsstufen (bei sinkender Qualität) künstlich in die Höhe getrieben wird.

Durch den direkten Kontakt zwischen Bauern und Verbrauchern steigt das Vertrauen und das Verständnis für die Probleme des anderen. Solche Kontakte führen dann manchmal bis zur Gründung von Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften (EVG's). Im Gegensatz zu Food-Coop's werden hier im wesentlichen nur selbst erzeugte und verarbeitete Produkte innerhalb der EVG verteilt. Ein komplettes Warenangebot ökologischer Produkte ist hier nicht zu finden.

DER PREIS – EINE GRATWANDERUNG

Ob nun Bauernmärkte, Ab-Hof-Verkauf oder EVG, allen gemeinsam ist der gegenüber dem Naturkosthandel teilweise spürbar günstigere Preis. Der Preis muß einerseits den Bauern, Erzeugern und Verarbeitern eine ökologische Produktion ermöglichen, andererseits sollen sich auch einkommensschwache Bevölkerungsteile eine gesunde, vollwertige Ernährung und andere ökologisch sinnvolle Waren leisten können. „Bio-Kost" für die Elite und „Aldi" für die anderen bleibt abzulehnen!

Doch gibt es einen Weg zwischen Bio-Supermärkten, Naturkostfachgeschäften, Reformhäusern auf der einen und bäuerlicher Direktvermarktung, Food-Coop's, EVG's oder politischen Bioläden auf der anderen Seite? Für beide Wege werden gute Argumente aufgeführt, die jeweils auf den Schwächen des anderen aufgebaut sind. Doch ist die Orientierung an politischen Ansprüchen gleichzusetzen mit einer Ausgrenzung großer Bevölkerungsteile und mangelhafter Professionalität? Und bedeutet Professionalisierung, effektive Arbeitsstrukturen, ansprechende Ladengestaltung, automatisch Anpassung an kapitalistische Wirtschaftsformen und kleinbürgerliche Wertvorstellungen?

In dieser Richtung gibt es seit einigen Jahren neue Ansätze, Naturkostläden oder große Food-Coops, die von allen Kunden zu gleichen Teilen finanziert werden. Einige Naturkostläden sind dazu übergegangen, ihre Produkte ohne Gewinnspanne, d.h. zum Einstandspreis (der Preis, den sie incl. Mehrwertsteuer und Frachtkosten selbst bezahlt haben) weiterzugeben. Die anfallenden Betriebskosten werden von allen „Kunden" durch einen monatlichen Unkostenbeitrag zu gleichen Teilen gedeckt. Dieser richtet sich nach der Anzahl der Haushaltsmitglieder und beträgt pro Haushalt ca. 40,– DM monatlich. Die angeboteten Waren werden finanziert durch unverzinslich gewährte Darlehen der einzelnen „Kunden". Das Warenlager kann so unabhängig von einem Kreditinstitut vorfinanziert werden und gehört allen gemeinsam, selbständige Arbeitskräfte garantieren eine professionelle Ladenführung und werden durch die monatlichen Unkostenbeiträge finanziert. Von ihnen wird, wie bei anderen Unternehmen auch, das Ladeninventar finanziert. Rücklagen für notwendige Investitionen und alle anderen Betriebskosten werden umsatzunabhängig gesichert, allein durch die Anzahl der in diesem Laden organisierten Kunden. Einige Läden haben dieses Modell inzwischen so perfektioniert, daß sie bei einer Unkostendeckung von ca. 8000,– DM monatlich, bei gut 200 beteiligten Haushalten, einen Warenumsatz von über 60.000 DM im Monat erzielen konnten. All dies jedoch nicht zur eigenen Profitsteigerung, da die Waren zum Einstandspreis weitergegeben werden, sondern zur umfassenden und preisgünstigen Versorgung der Bevölkerung und zur gesteigerten Vermarktungsmöglichkeit für Bauern, Herstellern und Verarbeitern.

Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich bei den großen Food-Coops und Verbrauchergemeinschaften ab, die angefangen haben, eigene ladenähnliche Lager mit festen Öffnungszeiten einzurichten. Hier sind die bezahlten Arbeitskräfte nicht

Fortsetzung auf Seite 14

Anzeige

ALTERNATIVE MONATSZEITUNG MOZ
FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Radikal gegen die Extremisten der Mitte

Wir scheren aus, wo andere einlenken

SCHNUPPER-ABO

COUPON: Nach Erhalt dieses Coupons und öS 70,- (DM 10,-, sfr. 10,-) schicken wir Ihnen die jüngste Ausgabe der MONATSZEITUNG und die folgenden 2 Nummern. Wollen Sie die MONATSZEITUNG danach regelmäßig für zumindest 1 Jahr weiterbeziehen, brauchen Sie nichts weiter dazu tun. Die MONATSZEITUNG wird sich sodann monatlich (Juli-August Doppelnummer) in Ihrem Briefkasten einfinden. Sie erhalten dann eine Rechnung über öS 320,-(DM 50,-, sfr. 50,-). Auslands-Abos öS 350,- incl. Versand und MWST.) Studentinnen und Studenten: -30%.
Falls Sie aus finanziellen (oder anderen) Gründen nicht bereit sind, die MONATSZEITUNG zu abonnieren, genügt eine Karte an uns nach Erhalt des 2. Heftes mit einem diesbezüglichen Hinweis. Sie erhalten danach nur noch eine Ausgabe.

NAME, VORNAME _____
STR. _____
PLZ., ORT _____
DATUM, UNTERSCHRIFT _____
„Selbstverständlich kann ich meine Bestellung innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen und bestätige dies durch meine Unterschrift."
UNTERSCHRIFT (WICHTIG) _____
BITTE IN BLOCKBUCHSTABEN SCHREIBEN!
Coupon und Geldscheine(e) bitte an: GRÜN ALTERNATIV VERLAG MONATSZEITUNG NEULERCHENFELDER STRASSE 12 A-1160 WIEN, ÖSTERREICH

Abo zu DM 50,- oder Probeexemplar bei Grün-Alternativ Verlag
Neulerchenfelder Straße 12, A-1160 Wien, Telefon 0222/48 35 71

SCHREINEREIENTREFFEN

Gesundheitsvorsorge in Schreinerkollektiven

Unter diesem Oberthema trafen sich die KollektivistInnen aus den Schreinereien diesmal vom 8.-10. September im WIR-Projekt in Gauselfingen auf der Schwäbischen Alb.

Andreas Küstermann, Redaktion Südwest ● Da Gesundheitsvorsorge ein sehr weitgefaßter Begriff ist, war von vornherein die Einschränkung auf zwei Themen vorgesehen. Die körperliche Belastung durch Heben von Lasten und das Training der beanspruchten Körperpartien wie Bauch- und Rückenmuskulatur, bzw. Prävention an Körper und Seele, und die Gefahren von Holzstäuben und deren Vermeidung.

Der Bereich der HandwerkerInnen-Gymnastik wurde von der dort ansässigen Krankengymnastin vorbereitet und geleitet, die vor allem Elemente aus dem Gebiet des Ha Tha Yoga (Ha = Sonne, Tha = Mond, Yoga = Joch) einsetzte, verbunden mit Anschauungsmaterial zur menschlichen Anatomie des Bereiches, für den sie Übungen vorschlug. Die insgesamt fünf Übungseinheiten waren so über den Tag verteilt, daß sie mit nüchternem Magen ausgeführt wurden, also vor dem Frühstück, vor dem Mittagessen und am frühen Nachmittag. Trotz der relativ kurzen Zeit schaffte sie es auch, Teile ihres Verständnisses von Yoga und der Auswirkung auf die gesamte Gesundheit, ja das ganze Leben zu vermitteln. Ein angenehmer Nebeneffekt war natürlich, daß die Theoriearbeit von den Gymnastikeinheiten hervorragend aufgelockert worden ist.

Der Referent für die toxischen Holzstäube war Wolfgang Hien, ein Arbeits- und Umweltwissenschaftler, der aus der Gesundheitsladenbewegung kommt, als Gutachter im Arbeitsschutz tätig ist und bei den Ökologischen Briefen in Frankurt mitarbeitet.

Obwohl sein Referat etwas unter Zeitdruck gehalten wurde, bot er die Informationen an, die uns der Referent der Berufsgenossenschaft, Herr Arnold, in seinem mehr als Laudatio auf die BG verstandenen Referat als für uns nicht relevant vorenthielt. Dies geschah wohlbemerkt nicht aus Bösartigkeit oder Kalkül, sondern meines Erachtens aus der Unbeweglichkeit einer Institution, die Versicherung als Wirtschaftsunternehmen betreibt und Interessen von ArbeiterInnen präventiv vertreten soll. Mit kritischen Fragen oder dem Dringen auf mehr Detailinformationen war er über sein Konzept hinaus vollkommen überfordert. Schade!

Trotz der unbestritten wichtigen Arbeit der Berufsgenossenschaft darf man bei der Vorbereitung zu Gesprächen mit VertreterInnen der BG nicht vergessen, daß dort bei vielen wichtigen Themen natürlich auch Interessen von vielen anderen Gruppierungen berücksichtigt werden und sie letztendlich als Versicherung auch schon Partei ist.

Das nächste Treffen mit dem Oberthema „Tropische Hölzer-Regenwald" findet vom 23.-25.März 1990 in der Kommune in Niederkaufungen statt. Näheres dazu in der Februar-CONTRASTE.

Die verlorene Unschuld der Ökologie

Referat Wolfgang Hien

Geschichte einer neuen Berufskrankheit

1956 Die Hals-Nasen-Ohrenärztin Frau Dr. Hadfield beobachtete in England, daß 83% ihrer Patienten mit einem Adenokarzinom der Nasenhaupt- und Nebenhöhlen in der Möbelindustrie gearbeitet haben.

1966-1968 Mehrere englische Arbeiten u.a. von Acheson bestätigen ein erhöhtes Risiko, zum Teil um den Faktor 1.000.

1969 Anerkennung als Berufskrankheit in England

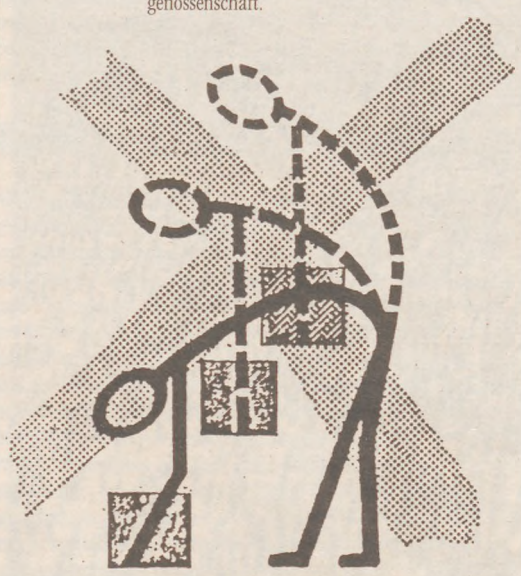
1968-1970 Veröffentlichung mehrerer französischer Arbeiten mit gleichem Ergebnis.

1972 Mehrere Untersuchungen in Belgien, Italien, Dänemark, Schweden und den USA.

1971-1976 Untersuchung in der dänischen Holzarbeitergewerkschaft mit dem Ergebnis eines 4,7fach erhöhten Risikos in Bezug auf Nasentumoren

1979 Veröffentlichung der ersten bundesdeutschen Studie von Prof. Kraus, HNO-Universitätsklinik in Münster. 89 % der Patienten mit Adenokarzinom der Nase waren HolzarbeiterInnen.

1979 Wissenschaftliches Gutachten von Prof. Feldmann und Prof. Kraus, HNO-Universitätsklinik in Münster, an die Holz-Berufsgenossenschaft in Bielefeld. Empfehlung, eine Nasenkrebserkrankung eines Holzarbeiters im Rahmen von §551 Abs. 2 RVO anzuerkennen. Zustimmung des Landesgewerbearztes zu diesem Vorschlag, jedoch Ablehnung der Berufsgenossenschaft.



– nicht so –

1979-1983 Studie der Holz-Berufsgenossenschaft und des Institutes für Arbeitsmedizin der Universität Erlangen (Prof. Valentin). 30% der Patienten mit Adenokarzinomen arbeiten in Holzberufen im Vergleich zu 2,5% in der Bevölkerung.

1982 **Einstufung von Holzstaub durch die MAK-Kommission als B-Stoff mit begründetem Verdacht auf ein Tumorrisiko.**

1984 Anerkennung des ersten Erkrankungsfalles im Rahmen von §551 Abs. 2 RVO.

1985 Einstufung von Eichen- und Buchenholzstaub durch die MAK-Kommission als gesichert beim Menschen Krebs erzeugend (A1-Stoff). Andere Holzstäube bleiben B-Stoff (begründeter Verdacht).

1986 Beschluß des ärztlichen Sachverständigenbeirates, Sektion Arbeitsmedizin beim BMA, „Adenokarzinome der Nasenhaupt- und Nebenhöhlen nach langjähriger, intensiver Exposition gegenüber Stäuben von Eiche und Buchenholz" in die nächste Berufskrankheitsverordnung aufzunehmen.

1987 Beratung eines TRK-Wertes für Buchen- und Eichenholzstaub. Bemerkenswert ist an dieser Chronologie, um wieviel später die Berufsgenossenschaften und die oberen Landesbehörden in der BRD reagiert haben. Lt. H. Hien kommt die Krankheit erst nach 15-20 Jahren starker Belastung zum Ausbruch, die Anzeichen allerdings, wie starke dauerhafte Entzündungen im Nasenbereich, sind schon früher zu erkennen.

Bei der Anerkennung wird auch heute noch zwischen den Stäuben von Hart- und Weichhölzern unterschieden. Letztere sind als auslösender Faktor noch nicht anerkannt.

These: Auch bei Weichhölzern kann durch Rückstände von Pflanzenschutzmitteln im Staub Nasenkrebs verursacht werden.

ZWEI SÄULEN DES ARBEITSSCHUTZES

a) Staatlicher Arbeitsschutz

§120 a der Gewerbeordnung sagt sinngemäß: Der Unternehmer hat die Gesundheit des Arbeitnehmers zu schützen „soweit die Natur des Betriebes es gestattet"....ff.

Zusätzlich zur Gewerbeordnung sind im Betrieb noch wesentlich das Chemikaliengesetz, speziell die Gefahrstoffverordnung und die Technischen Regeln Gefahrstoffe, die von den Behörden erlassen werden. In die Verordnung über die maximale Arbeitsplatzkonzentration (MAK) wurden die Holzstäube erst 1987 gegen massiven Widerstand der Holzindustrie aufgenommen. Außer den 'übrigen Holzstäuben' sind hier nun ausdrücklich Eichen- und Buchenholzstäube erwähnt.

Abschließend greift noch die technische Richtkonzentration (TRK), die bei Altanlagen bis 1987 eine Staubkonzentration von 5mg/m³ Luft zuläßt, bei Neuanlagen ab 1987 nur noch 2 mg/m³.

Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß Harthölzer einen feineren Staub als Weichhölzer ergeben und dieser bei zunehmender Schnittgeschwindigkeit ebenfalls zunimmt.

b) Berufsgenossenschaftlicher Arbeitsschutz nach der Reichsversicherungsordnung (RVO)

Bis heute existiert bei der Berufsgenossenschaft keine Unfallverhütungsvorschrift (UVV) zu Holzstäuben, sondern sie sind in den eine Stufe tiefer angesiedelten sog. ZH-Regeln erfaßt.

– sondern so

Bis Ende des Jahres soll hier auch ein sog. Staub-TÜV festgeschrieben sein, der aber nur bei neuen Maschinen Anwendung findet.

Bis auf zwei Ausnahmen (Plattensäge und Handkreissäge) ist es heute technisch möglich, bei der Staubbelastung unter 2mg/Kubikmeter zu kommen. Diese beiden Maschinen unterliegen dann einer Ausnahmeregelung des Bundesarbeitsministers, die aber erwähnt, daß der/die ArbeitnehmerIn für den persönlichen Schutz (z.B. durch Feinstaubmasken) zu sorgen hat.

OFFENE FRAGEN

Speziell tropische Hölzer haben eine Vielfalt von Holzinhaltstoffen und eigenen Fungiziden und Pestiziden, deren Wirkung heute noch fast nicht erfaßt ist.

Auch Weichhölzer, die nach dem Einschlag oder auch während dem Wuchs mit Fungiziden und Herbiziden (Tier- und Pflanzengiften) besprüht werden, bergen ein hohes Risiko des Nasenkrebsbefalls (Adenokarzinom), wie Untersuchungen in Italien, Schweden und Finnland belegen. Gerade am Anfang der VerarbeiterInnenkette existieren vermehrt Erkrankungen, die Rückschlüsse auf Holzschutzmittel zulassen, warum sollen diese Auswirkungen sich nicht bis in die Schreinereien fortsetzen, wenn auch in geringerem Umfang. Wie z.B. reagiert der/die SchreinerIn auf natürliche Pestizide in einheimischen Hölzern wie Phenole, Terpene, die Bestandteil des Holzes sind?

Noch nicht widerlegt ist auch die These, daß bei hohen Temperaturen an Schnittstellen (falsches Werkzeug) Aldehyde und Polychemische Aromate entsteht, die sich in den Stäuben festsetzen und Auslöser für Karzinome sein könnten. Abschließend sei noch Formaldehyd genannt, das in vielfältiger Form in Schreinereien vorkommt und belastend wirkt.

Die Kenntnis um die Vielfalt dieser Faktoren ist deshalb wichtig, weil die BG nur Berufskrankheiten anerkennt, die auf eine eindeutige Belastung am Arbeitsplatz zurückzuführen sind. Liegt eine sogenannte Kombinationsbelastung vor, d.h. ist nicht zweifelsfrei zu klären, welcher der möglichen Stoffe Auslöser für eine Erkrankung ist, werden Rentenanträge an die BG häufig abgelehnt, weil „keine letzte Klarheit über die Ursache besteht"! ●

Wir stärken unser Holzelement. Gymnastik – Yoga

Yoga heißt Joch, sinnbildlich gesehen etwas verbinden. Auch der Begriff für Schreiner im Englischen, joiner, heißt verbinden.

HaTha Yoga, so erklärte uns Moni, die Krankengymnastin, bedeute für sie die Verbindung eines elementaren Zyklus'. Achtsamkeit für die Dinge, die uns schützen, bedeutet Achtsamkeit auch uns gegenüber. Wenn man die Schutzfunktionen des Körpers bemerkt, schützen sie auch. Als Schutzfunktion zu unserem Thema, der Stäube, fielen ihr ein:

- Die Flimmerhaare in der Nase und im Rachen zum Auffangen und Rausschaffen des Drecks
- Die Nasenschleimhaut, die der Luftbefeuchtung dient und damit ebenfalls der Reinigung von Staub
- Die Stärkung des Lymphsystems stärkt gleichzeitig die Widerstandskraft des Körpers
- Letztendlich die Hautporen als Atmungsorgan zur Entgiftung durch's Schwitzen.

Da die Übungen hier schwer zu vermitteln sind, gibt es eine Zusammenstellung gegen Einsendung von DM 10,–.
WIR c/o Moni · Recksteinstr. 14 · Gauselfingen

NATURKOST AUF NEUEN WEGEN

Fortsetzung von Seite 13

selbständig tätig, sondern werden von der Verbrauchergemeinschaft angestellt. Alle Entscheidungen werden von der Gemeinschaft oder ihren gewählten Organen getroffen. Eine Mitarbeit aller wie bei den meisten Food- Coops ist nicht mehr gefordert, sie wäre teilweise auch nicht sehr sinnvoll. Denn alle anfallenden Arbeiten der Warenverteilung, Buchführung usw. können von kompetenten und bezahlten Kräften wesentlich besser und effektiver ausgeführt werden als von ehrenamtlichen Laien. Noch wichtiger als die Warenverteilung zu angemessenen, aber noch erschwinglichen Preisen, ist eine umfassende Verbraucheraufklärung und Beratung. Will diese ernstgenommen werden, ist auch hier Fachkompetenz von bezahlten, ausgebildeten Kräften gefragt.

VERBRAUCHER WERDEN AKTIV

Trotzdem ist der Grundgedanke der Food-Coops, die Verbraucher nicht als reine Konsumenten nur mit Waren zu versorgen, existentiell notwendig. Zu lange haben VerbraucherInnen – und das sind wir ja alle – das Denken und Handeln den „Fachleuten" überlassen und ihre Verantwortung abgegeben. Bewußte, aufgeklärte und aktive VerbraucherInnen müssen in alle Zusammenhänge mit einbezogen werden. Dazu gehört ein grundlegendes Wissen, auch über Herkunft und Transportwege der Waren, Herstellungs- und Verarbeitungsmethoden bis hin zur Preisgestaltung. Nur die Offenlegung all dieser Informationen kann Vertrauen schaffen. Gefordert ist eine von VerbraucherInnen selbst getragene, vielfältige und phantasievolle Öffentlichkeitsarbeit. Eine über Werbung und Selbstdarstellung hinausgehende Öffentlichkeitsarbeit wird von den Naturkostläden nur noch selten geleistet. Selbst die in den Läden notwendige Aufklärungs- und Beratungsarbeit kommt neben der alltäglichen Ladenhektik oft zu kurz.

Anders sieht es aus in Bürgerinitiativen oder gut organisierten Verbrauchergemeinschaften mit Arbeitslosen, die diese Arbeiten ehrenamtlich übernehmen. Hier können VerbraucherInnen auf freiwilliger Basis selbst aktiv werden, sich informieren und ihr Wissen weitergeben, ein Weg, der dann von selbst zu einem wachsenden Verbraucherbewußtsein führt.

„ÖKOLOGISCHE VERBRAUCHERGEMEINSCHAFT"

Aufgrund all dieser Überlegungen hat sich im Frühjahr 1988 aus einem vier Jahre bestehenden Naturkostladen die „Ökologische Verbrauchergemeinschaft Kinzigtal e.V." mit Sitz in Haßlach, Schwarzwald, gegründet. In den Täumen des ehemaligen Naturkostladens unterhält der Verein ein „Ökologisches Beratunszentrum". Bislang zwei festangestellte Arbeitskräfte leisten dort die Aufklärungs- und Beratungsarbeit (öffentlich) und organisieren die gewinnfreie Warenbeschaffung und -verteilung (vereinsintern). Das Beratungszentrum ist wie ein Naturkostladen öffentlich zugänglich, die Aufklärungs- und Beratungsarbeit nimmt jedoch einen höheren Stellenwert ein. Der Warenbezug ist für alle Vereinsmitglieder möglich – Nicht-Mitgliedern wird einmalig eine auf 1 Monat befristete, beitragsfreie „Probe-Mitgliedschaft" angeboten. So hat jedermann und jedefrau die Möglichkeit, dieses Modell kennenzulernen.

Die Deckung der Betriebskosten wie auch die Finanzierung von Warenlager und Inventar erfolgt im wesentlichen wie unter „Läden gehören Verbrauchern" beschrieben. Angestrebt wird jedoch, auch das Inventar über Mitgliederdarlehen oder Spenden zu finanzieren. Darüberhinaus existieren innerhalb des Vereins bisher fünf ehrenamtliche Arbeitskreise (Wochenmarkt- Infostände, Bildungsveranstaltungen, Vereins-Rundbrief, Pressearbeit und Öko-Bibliothek). Letztere arbeitet zur Zeit intensiv am Aufbau einer öffentlichen Leihbücherei mit ca. 3000 sorgfältig ausgewählten Titeln. Weiter ist ein Ausstellungs- und Beratungsraum in Vorbereitung, wo all diejenigen Warengruppen ausgestellt werden sollen, die nur auf Bestellung zu beziehen sind (Textilien, Schuhe, Getreidemühlen, baubiologisches Zubehör, Kinderspielzeug etc.). Dadurch werden Lagerkosten eingespart, und auch hier kann eine Warenverteilung zum Einstandspreis erfolgen. Auf Lager gehalten werden nur Lebensmittel, Wasch- und Reinigungsmittel, Kosmetik und UWS-Papier, also Dinge des täglichen Bedarfs.

...UND WAS WIR WOLLEN

Die Aktivitäten des bislang 200 Mitglieder umfassenden Vereins sind satzungsgemäß regional beschränkt. Eine Zusammenarbeit mit anderen Verbraucherorganisationen und ökologisch orientierten Institutionen wird angestrebt. Gerade auch mit den umliegenden Naturkostläden bestehen regelmäßige Kontakte – eine Konkurrenzsituation wurde von Anfang an durch Offenheit und gegenseitige Achtung vermieden. Bis Jahresende sind folgende Arbeitsschwerpunkte geplant:

- Aufbau und Unterhaltung einer dem Beratungszentrum angegliederten öffentlichen Leihbücherei und eines Öko-Archivs mit Infokartei für Verbraucherfragen
- Intensivierung der öffentlichen Verbraucheraufklärung und -beratung zu allen Belangen einer ökologischen Lebensweise und eines sozialverantwortlichen Verbraucherverhaltens.

Nähere Informationen (Selbstdarstellung, Vereins-Satzung etc.) werden Ihnen auf Wunsch gerne zugesandt. Falls Sie den Verein finanziell unterstützen wollen, so geben Sie bitte den Verwendungszweck an, z.B. „Öko-Bibliothek", „Bildungsveranstaltungen" etc. oder „zur allgemeinen Verwendung". Da der Verein als gemeinnützig anerkannt ist, wird Ihnen umgehend eine Spendenbescheinigung zur Vorlage beim zuständigen Finanzamt zugesandt. Auch Sach-und Buchspenden werden nach Rücksprache gerne entgegengenommen.

Ökologische Verbraucher-Gemeinschaft
Kinzigtal e.V.
Metzgergasse 4
7162 Haslach ●

KURZMELDUNGEN

Kulturbörse „Kultur in der Region"

Vom 10.-12.11.89 findet im Kommunikationszentrum E-Werk in Erlangen eine Kulturbörse der Region Erlangen-Fürth-Nürnberg statt. Diese Messe ist angelegt als ein Kontaktforum für »Kultur-Aktive«, für ein überregionales Fachpublikum und Medien sowie für BesucherInnen. Rund 400 Teilnehmer werden die »Kultur-Landschaft« der ganzen Region präsentieren. Foren zu kulturpolitischen Fragen runden das Messeprogramm ab. Einzelbeispiele aus den Sparten Kleinkunst, Musik, Theater, Literatur, Kunst u.v.m. stellen innerhalb des Rahmenprogramms Aspekte regionaler Kulturaktivitäten vor, Auftritte in Kleinkunstbühnen und Kneipen ergänzen das kulturelle Angebot. Ein Programmheft ist ab Mitte Oktober beim Kulturamt der Stadt Erlangen erhältlich. ●

Restverkauf des Ökologiehandbuchs „energisch leben..."

Der Berliner Stattbuch Verlag hat am 9.9.89 den Lagerbestand des großformatigen Ökologiehandbuchs »energisch leben...« abgezählt und ist auf genau 999 Exemplare gekommen.

Die »Schnapszahlen« haben den Verlag zu einer Kampagne angeregt, der jedem/r 99ten Direkt-Besteller/in ein Freiexemplar frei Haus verspricht. Das »Ökologiehandbuch für Selbstversorger« stellt in sieben Lebens- und Umweltbereichen 127 praktische und umweltschonende Bauanleitungen und Verfahren vor. So ist zum Beispiel im Bereich »Biologischer Anbau« die derzeit wohl ausführlichste Liste über den sanften Umgang mit Schädlingen und Nützlingen in Haus, Hof und Garten aufgeführt. Oder: Das »Wärmebeet« im Kapitel Energie kann die Fußbodenheizung einer 75 qm großen Wohnung versorgen. Oder... oder...

»Energisch leben...«, das »beste Ökologiehandbuch, das auf dem Buchmarkt zu haben ist« (O-Ton Verlag), wird nicht mehr verlegt. Das Handbuch hat 290 Seiten im Format 21x29 cm und über 550 Illustrationen und Fotos. 3. Auflage (1983), DM 29,80.
Zu bestellen beim **Stattbuch Verlag**, Gneisenaustr. 2A, 1000 Berlin 61, ☎ (030) 691 30 94/5
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. ●

compeG

Wir sind ein selbstverwaltetes und genossenschaftlich organisiertes Software- und Systemhaus.
Wir arbeiten seit mehreren Jahren erfolgreich auf dem Gebiet der Automatisierung und Toolentwicklung.

Für den Ausbau unserer Entwicklungsabteilung suchen wir zum baldmöglichen Termin

SoftwareentwicklerInnen

mit
Einsatzbereitschaft
Eigeninitiative
Verantwortungsbewußtsein
Bereitschaft zur Teamarbeit
Kentnissen in C, Assembler
UNIX und MS-DOS

Wir bieten:
Tätigkeit in einem Markt mit Zukunft
Beteiligung an der Firma
substantielle Mitbestimmung
fortschrittliche Arbeitszeitregelung
realistisches Gehalt

Wir verbinden mit der Selbstverwaltung die Hoffnung auf gesellschaftlichen Fortschritt

Wenn Sie die Aufgabe sowie die Rahmenbedingungen interessieren, senden Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen bitte an:

computer
produktiv
genossenschaft eG
Werner-v.-Siemens-Str. 8
D-8520 Erlangen
☎ (0 91 31) 2 00 34/2 00 35

oder Sie setzen sich mit Andrea Kössl in Verbindung unter der Nummer ☎ (0 91 31) 2 00 34

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel
blätterwald
Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

PERSPEKTIVEN
ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE THEORIE
Ausgabe 6

Utopieverlust der Linken ?

Unzeitgemäße Betrachtungen über die 'Krise des Marxismus' - Regressiver Feminismus: Das Konzept des affidamento - Perestroika und die westliche Linke - Der Utopieverlust des Marxismus - Rezensionen

Mit Beiträgen von: Detlef Albers, Urte Sperling, Michael Löwy, Christina Ujma, Frank Rentschler u.a.

Umfang ca. 72 Seiten 6,- DM

Noch erhältlich:
Sonderheft 1: Antonio Gramsci - die zweite Auflage ist da! 68 S./6,-
Nr. 3, Juni 1988: 'Realer Sozialismus'. 68 S./5,-
Nr. 4, November 1988: 'Feminismus-Marxismus' und 'Marxismus in Peru: Mariátegui'. 84 S./5,-
Sonderdruck 1: 'Zwei Jahre PERSPEKTIVEN' mit unserem Selbstverständnis, Zuschriften, Pressestimmen. 24 S./2,-

In Vorbereitung:
Sonderheft 2: Marxistische Kulturtheorie - Walter Benjamin zum 50. Todestag. Vorauss. Dez. 1989 Ca. 80 S./6,-

Die PERSPEKTIVEN erscheinen als unabhängiges Theorieorgan zur Weiterentwicklung linker Politik in der BRD. Umfang jeweils um 70 Seiten. Das Einzelheft kostet 6,- DM, im Abo 4,- DM. Bestellungen an: Ralf Tertilt, Wehrdaer Weg 34, 3550 Marburg.

KEIN AUTO, KEIN FAHRRAD UND KEIN URLAUB MEHR OHNE DIESEN STICKER!

medico international will die Kampagne »Shell betankt die Apartheid« wirkungsvoll fortsetzen: in allen deutschen Landen und europaweit. Zusammen mit allen, die schon beteiligt sind, und den Jugendverbänden, Gewerkschaften, Vereinen & Gruppen, die wir hiermit zum großen Mitmachen auffordern.
Die Sticker gibts für schlichte 1 DM pro Stück, bei Orders ab 50 Expl. für 0.50 DM pro Stück. (Ø 10 cm)
(Bei medico zusätzlich kostenloses Material über die Apartheid in Südafrika)

Bestellungen:
medico international
Obermainanlage 7
6000 Frankfurt 1
Tel. 069/4990041/2

aej
Porschestraße 3
7000 Stuttgart 40

BDKJ
Postfach 320520
4000 Düsseldorf 30

(Zur Weiterverbreitung dieses Aufrufes bitten wir um Spenden unter dem Stichwort »Shellanzeige« auf das medico-Konto 1800 Frankf. Sparkasse oder Postgiro 6999-508 Köln)

LeserInnenbriefe

Betr.: Preiserhöhung

Ich hoffe, daß Euch alle treuen LeserInnen erhalten bleiben, schließlich seid Ihr unersetzlich im selbstverwalteten Projekte-Dschungel der BRD. Ich will auf jeden Fall nicht auf Euch verzichten!

In diesem Sinne, auf daß Ihr bald „schwarze Zahlen" schreibt, wünsche ich Euch noch viel mehr AbonnentInnen.

Christiane, Bielefeld

Eure (sicher berechtigte!) Abo-Preiserhöhung ist für mich Anlaß (nicht Grund!) diesen Brief zu schreiben. Seit langem, besonders seit der Ökobank-Diskussion gefällt mir die Ausrichtung der Zeitung nicht: Zu wenig Reflexion über Selbstverwaltung, über die politischen Ziele, Perspektiven, Strategien zu einer selbstverwalteten Gesellschaft, zu groß war mir der Anteil, den Finanzierungsfragen u.ä. in Eurer Zeitung spielen. Aus alter Verbundenheit habe ich die Zeitschrift in den letzten Jahren, auch nach meinem Ausscheiden aus einem selbstverwalteten Projekt, weiter abonniert, doch ich merke, daß ich sie in den letzten Monaten immer weniger lese. Ich meine, ich sollte dann auch einmal konsequent sein und kündige das Abo hiermit.

Hans Mönninghoff
Umweltdezernent der Landeshauptstadt Hannover

Die Zeitung ist „häßlicher, unlesbarer und langweiliger", da Ihr allzusehr „an der Perfektion (zu) feilen" scheint. Wieso wollt Ihr gewaltsam Anschluß an die Computerwelt kriegen? Und dann auch noch teurer! Pfui Deibel! (Trotz Öko-Fonds-Gelder). Falls die nächste Ausgabe genauso wird, könnt Ihr uns aus der Abokartei streichen.

Villa Kunterbunt, 5431 Bilkheim
PS: Der Artikel der Bioladnerin war toll!

JOBS

Wir vermitteln ungebunden und sehr engagiert Versicherungen für Betriebe, Projekte und Einzelpersonen aus dem alternativen Umfeld.
Wir suchen für die **FAIRsicherungsläden** Münster – Osnabrück – Bielefeld 3 - 4 MitarbeiterInnen. Voraussetzung sind Kenntnisse aus mindestens einem der folgenden Bereiche:

- ○ Finanzierung
- ○ Altersabsicherung
- ○ Krankenversicherung
- ○ Betriebliche Sachversicherung

Kontakt: FAIRsicherungsladen Ludgeriplatz 8 4400 Münster

Eingeführter **Antiquitäten-Restaurierungsbetrieb** (int. Barock-Möbel bis 50er J.) sucht 1-2 Pers. mit Fachkenntnis **ab sofort** und Übernahme in ca. 3/4 Jahr. Gearbeitet wird nach kunst- und kulturhistorischen Gesichtspunkten, grundsätzlich in wohnbiologischer Verantwortung. Wir sind ein kleiner Kollektivbetrieb mit Naturfarben, Naturbaustoffhandel.
FIRNIS
Kunigundenstr. 12
6730 Neustadt
☎ (06321) 3 06 97

Frauenvollkornbäckerei in MS sucht zu sofort **Bäcker- u./od. Konditormeisterin.** Betriebsbeteiligung muß nicht sein. Teilzeit mgl.
☎ (0251) 2 42 35 abends

Umweltschutzpapier-Vetrieb in Hannover sucht 2 engagierte MitarbeiterInnen. Schwerpunkt: Kundenbetreuung
☎ (0251) 66 10 33

PROJEKTE

Wasserschlosz Lohrbach im südlichen Odenwald mit 12 Wohnungen, 6 Gebäuden auf 26,000 qm, ein Biotop am Ortsrand. Wir suchen Partner/innen zum gemeinsamen Leben cre-ieren, arbeiten, Gegenwart er-Leben, Zukunft er-möglich-en. 4 Whg. von 90, 140, 180, 280 qm warten auf Ausbau und Bezug.
Verein Schloß Lohrbach,
6950 MOSbach
Klaus & Suse ☎ (06261) 17359
WERNER Straub ☎ (06158) 71541

Ökogeld direkt gesucht zur Ablösung einer Hypothek: Wenn wir uns die Differenz zwischen Spar-und Hypotheken-Zins teilen und Du Deinen Anteil von 3.000 oder 6.000 DM für 3 bis 6 Jahre in eine GbR mit GrundbuchEintrag einbringst, sparen wir uns Formalitäten und Verwaltungskosten der (Öko)Bank und schaffen Vertrauen. Schriftliche Angebote an
WERNER Straub,
Wasserschlosz,
6950 MOSbach,
☎ (06158) 7 15 41

Atlantis Biolight Crystall wird ein neues Seminar- & Kultur-Zentrum in der alten Kirche von Wasserschlosz Lohrbach sein. Mit Anteilen von 10.000 DM kannst Du Dich beteiligen und die Investitionen 10 Jahre lang zu 10 % denkmalbedingt steuerlich abschreiben. Zusätzliche Rendite ist denkbar. PROspekt ab Oktober durch Überweisung von 6 DM an
ABC: Werner Straub
PostGiro STGT 666 36-700

JOBSUCHE

Spüler/Küchenhilfe, 24 Jahre alt, ortsunabhängig und zuverlässig sucht Dauerstellung. Arbeitszeit: 6-Tage-Woche abends oder Teilzeit. Logis angenehm.
Peter Kaliner · Theodor-Körner-Str. 7
2447 Heiligenhafen

SUCHE/BIETE

Für eine größere, schriftliche Arbeit suche ich für 2-3 Monate ab sofort einen PC zu leihen oder günstig zu erwerben.
Andreas Küstermann
Cannstatter Str. 19
7053 Hummelshausen
☎ (07151) 4 15 76

Suche Lageregale. Angebote an:
Verlag Schritt für Schritt
Rita Schumann · Herrenmühle
6209 Burg Hohenstein
☎ (06120) 62 38

NICARAGUA

Solidaritätsbrigaden an die Atlantikküste suchen noch TeilnehmerInnen, u.a. mit Bauerfahrung, für jeweils 2 Monate von Februar bis Juni 1990.
Kontakt:
Onz Boese · Sonnenallee 58
1000 Berlin 44
☎ (030) 623 73 71

Mehr als 1000 Worte über unsere Leistungsfähigkeit zeigt Euch CONTRASTE*

TEXTLINE
Satz und Software Entwicklung
Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 73496

* CONTRASTE wird gesetzt und umbrochen mit PDP Textline 5

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (36 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 30 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20 6900 Heidelberg 1

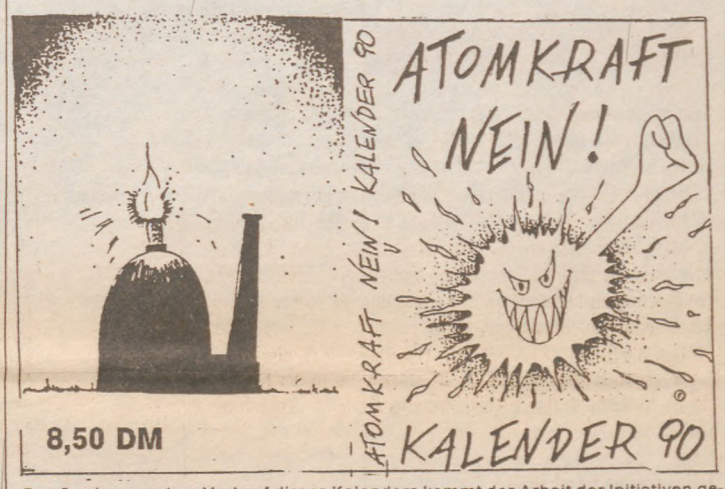
SCHNIPSEL

TROPENHOLZBOYKOTT

Zur Veröffentlichung im Rahmen einer Broschüre gegen Verarbeitung tropischer Hölzer suche ich alle Adressen von Betrieben und HändlerInnen, die sich aktiv am Tropenholzboykott beteiligen. **Redaktionsschluß 31. Oktober**
Andreas Küstermann
Cannstatter Str. 19
7053 Hummelshausen

SONSTIGES

Atomkraft NEIN! –Kalender 1990
Schwerp.: Antirepression, BRD-Atommachtbestrebungen. **Neuer Serviceteil: Alle Anti-AKW-Adressen, EAs, Infoläden usw.** 8,50 DM u. 1,50 DM Porto an: UWZ, Scharnhorsterstr. 57
4400 Münster
Die Knete fließt in den Anti-AKW-Widerstand!



Der Gewinn aus dem Verkauf dieses Kalenders kommt der Arbeit der Initiativen gegen Atomanlagen zugute!
Der „Atomkraft NEIN! Kalender 1990" ist ab September 1989 zu beziehen über das Umweltzentrum Münster, Scharnhorster Str. 57, 4400 Münster, Tel. (0251) 52 11 12. Preis 8,50 DM & 1,50 DM Porto. Schwerpunktthemen: Antirepression, BRD-Atommachtbestrebungen, WAA u.a.
Im Kalender sind alle Adressen der Anti-AKW-Initiativen enthalten.

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 1 34 02
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, CONTRASTE, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 65 15 64; 2000 Hamburg , Detlef Weiher, Rendsburger Str. 3, ☎ (040) 319 35 93 (abends); Rhein/Main, 6370 Oberursel 5, Petra Inden, ASH-Krebsmühle, ☎ (06171) 7 60 88; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10, ☎ (0561) 2 28 38; 6900 Heidelberg 1, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 1 34 02; 7053 Stetten, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (0031) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎ (030) 693 53 51; **Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36**, Constantin Bartning, Paul- Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Kultur: 7400 Tübingen**, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; **Genossenschaften: 7800 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Sozialpolitik: 8000 München 2**, AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; **Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach**, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; **Naturkost: 4500 Osnabrück**, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 1 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Gestaltung: Steffen Schauberger, Krefeld
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0 bei Textline GmbH;
Ausgabe auf Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:
☎ (06221) 1 34 02

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

ISO

Neue Produkte für Behinderte
Tagesseminar am 4.11.89 in Neu-Aspach in Kooperation mit dem CBF Frankfurt. In diesem Seminar soll erkundet werden, welche Bedürfnisse von Behinderten vom Markt bislang nicht zureichend abgedeckt werden, ob bestehende Lücken von selbstverwalteten Betrieben gefüllt werden können und wie das organisierbar und finanzierbar ist.
Teilnehmergebühr: 15 DM
Anmeldung an:
Diethelm Damm · Am Burgacker 31a
6200 Wiesbaden

Öko-bildungswerke

Team-Arbeit
Fortbildung in Köln
Im selbstverwalteten Betrieb ist Team-Arbeit die Regel. Häufig aber krankt die Arbeit im Team daran, daß sinnvolle Spielregeln, Entscheidungs- und Organisationstechniken für eine erfolgreiche und menschlich befriedigende Team-Arbeit nicht bekannt sind: das „Team-Know-How" fehlt. Das folgende Blockseminar vermittelt in drei aufeinander aufbauenden Wochenenden Moderations- und Präsentationstechniken in der Teamsitzung, Arbeitsorganisation, themenorientierte Problemlösung und Entscheidungsfindung.
Termine: 28./29.10; 11./12.11.; 25./26.11.
Maximal 15 TeilnehmerInnen.
Preis: 450/350 DM. Bei der Suche nach preiswerten Unterbringungsmöglichkeiten sind wir gerne behilflich. Ausführliche Informationen und Anmeldung:
Ökobildungswerke
Herwarthstr. 22 · 5000 Köln 1

SOBI

Frauen-Seminar
Freiheit, Gleichheit
und die Folgen
200 Jahre Suche nach einer weiblichen Identität
Vom 3. bis 5.11.89
In einem historischen Exkurs sollen anhand von Beispielen aus Philosophie, Kunst, Literatur, Psychologie, Pädagogik das gängige Frauenbild herausgearbeitet werden.

Von da aus wollen wir die Mechanismen der bürgerlichen Gesellschaft betrachten, die das Verhältnis der Geschlechter so geformt haben, bzw. uns fragen, ob nicht das Selbstbild des neuzeitlichen Mannes Ursache unserer kranken westlichen Zivilisation ist. Es soll untersucht werden, woraus sich dieses Selbstbild ableitet und wie es mit der problematischen Konstruktion der bürgerlichen Gesellschaft in ihren Anfängen verknüpft ist. Der moderne Gesellschaftsentwurf ging davon aus, Individuum und Kollektiv so zu verbinden, daß jeder frei sei, keiner dem anderen schade und dennoch unbegrenztes Wachstum in der gemeinsamen Sache möglich sei. Daß dem nicht so sein kann, haben die letzten 200 Jahre gezeigt. Wir Frauen kommen zunächst auch in den Entwürfen nicht vor, nicht als öffentlich handelnde autonome Subjekte, eher unausgesprochen als Stabilisatoren des männlichen Gesamtplans. An heimeligen, schattigen Un-Orten und ohne eigene Verfügbarkeit auf die Zeit.

Ausgehend von Theorien über die Natur der Frau seit der Aufklärung sollen die Spuren verfolgt werden, in denen Begriffe wie „Frau", „Körper", „Sprache", „Liebe", sich entwickelt haben und was sie für die weibliche Identitätsfindung bedeuten.

Den Definitionen und Ausbruchsversuchen der Frauen werden wir in Kunstgeschichte, Philosophie und in der Psychologie folgen und sie miteinander konfrontieren. Es werden auch künstlerische und filmische Umsetzungsformen zum Thema vorgestellt.
Anmeldung und Information:
SOBI, Sozialpädagogisches Bildungswerk
Achtermannstr. 10-12 · 4400 Münster

Jahresabschluß für Vereine
Für mindestens drei Dinge wird im Verein ein Jahresabschluß gebraucht: als Rechenschaftsbericht gegenüber den Vereinsmitgliedern, für die Körperschaftssteuerbefreiung und zum eigenen Überblick über die Finanzierung des Vereins.
Um ein realistisches Ergebnis zu errechnen – Überschuß/Defizit – müssen zum Jahresende noch Forderungen, Verbindlichkeiten, Rückstellungen, Abschreibungen und Rechnungsabgrenzugen gebucht werden. Überschüsse und Defizite machen Probleme und müssen erklärt und behandelt werden. Das Formular des Finanzamtes zur Freistellung von der Körperschaftssteuer muß ausgefüllt werden. Um diese u.a. Fragen geht es in diesem Seminar.
13.11. und 14.11.89 · jew. von 14 - 18 Uhr
8 UStd/40 DM
Anmeldungen: SOBI
Achtermannstr. 10-12 · 4400 Münster
☎ (0251) 51 11 77

Personalverwaltung
Egal, ob Aushilfen, Honorarverträge, angestellte Gesellschafter oder ABM-Kräfte: für alle diese Arbeitsverhältnisse gibt es Regeln, die zumindest teilweise sehr strikt einzuhalten sind.
Der Kurs gibt einen Überblick über die Verwaltungsaufgaben eines Arbeitgebers:
- Anmelden bei verschiedenen Institutionen: Arbeitsamt, Finanzamt, Sozialversicherung, Berufsgenossenschaft
- Sondervorschriften beachten: Studenten, Aushilfskräfte, Lohnfortzahlung
- und alles ordentlich verbuchen, abheften.

9.11.89 · 14 - 19.30 Uhr · 6 UStd/35 DM
Anmeldungen: SOBI
Achtermannstr. 10-12 · 4400 Münster
☎ (0251) 51 11 77

HEIMVOLKS-HOCHSCHULE
ALTE MOLKEREI FRILLE

3.-5.11.89 in Kooperation mit dem Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. Seminar: **Arbeitsplätze selber schaffen/Gründet Genossenschaften.** Kosten: 120,-- DM, Ort: HVHS Frille, Freithof 16, 4953 Petershagen, ☎ (05702) 97 71

27.-29.11.89 **Alternative Beschäftigungsmodelle – Arbeitsplätze an der Schnittstelle von sozialer Beschäftigungsinitiative und erwerbswirtschaftlichem Betrieb,** Kosten: 100,-- DM, Ort und Anmeldung: HVHS Frille, s.o.

Netzwerk Hamburg

Workshop:
„Zeitmanagement" Für wen?
Für alle diejenigen, die oft wünschen, daß der Tag mehr als „nur" 24 Stunden hätte und die die Planung und Gestaltung ihrer Arbeits-und Freizeit verbessern möchten.
Wofür?
Über die Auseinandersetzung mit den eigenen Verhaltensweisen im Umgang mit Zeit, Gesundheit, Streß entwickeln die TeilnehmerInnen im Laufe des Workshops individuelle „Veränderungsprojekte".
Womit?
Neben den Hilfen und Hinweisen zur Verbesserung der Zeitplanung und -gestaltung, die vorgestellt werden, wird ein „Info-Markt" mit den Tips und Tricks aus der Erfahrung der TeilnehmerInnen eingerichtet. Außerdem erhält jede/r bei der Anmeldung für den Worshop einen kurzen Reader zur ersten Auseinandersetzung mit dem Thema
Termin: 20.11.89 17-20.30 Uhr
21.11.89 9-16 Uhr
DM 90,--
Ort: Netzwerk-Büro
Gaußstr. 17 · 2000 Hamburg 50

Buchführung
Im Buchführungskurs setzen wir uns mit der Frage „warum und für wen" auseinander, sprechen über Belege, Organisation, die Kasse, über Kostenplan, Journal und Durchschreibebuchführung. Umsatzsteuer und Abschreibung sind ebenfalls Thema und ganz zum Schluß der Abschluß und seine Interpretation.
Wir machen am 6. Nov. um 19 Uhr einen Vorstellungs- und Einführungsabend, um die Unterschiede zwischen den Abschlüssen Bilanz auf der einen, Einnahme- Überschußrechnung auf der anderen Seite zu erläutern – damit Ihr Euch für den richtigen Kurs anmeldet.
Einige Termine sind für beide Gruppen, manchmal arbeitet die eine montags, die andere donnerstags.
Vorbereitungstreffen: 6.11.89, 19 Uhr
Dann Abend- und Wochenendtermine
DM 180,--
Ort: Netzwerk-Büro,
Gaußstr. 17 · 2000 Hamburg 50

ElektrikerInnen

2. bundesweites ElektrikerInnentreffen selbstverwalteter Betriebe
Nach dem 1. Treffen, auf dem hauptsächlich über Entstehung und Organisationsform der anwesenden Betriebe gesprochen wurde (es wurde Anfang des Jahres in der CONTRASTE darüber berichtet), soll jetzt anhand von Themenschwerpunkten weitergearbeitet werden. Es wird eine Aufteilung der Gruppen in Installateure und (Waschmaschinen-) Reparateure geben, damit fachspezifischer Erfahrungsaustausch (Kalkulation, Nachkalkulation, Lagerhaltung, Austausch von Schaltplänen) stattfinden kann. Gemeinsame Punkte wird es auch geben, z.B. Buchhaltung und Büroarbeiten. Neu hinzugekommene Betriebe bzw. Gruppen sind willkommen.
Termin: 3./4./5.11.89
Ort: Mainwerkstatt,
Im Großen Ahl 35 · 6050 Offenbach
Information und Anmeldung:
Thor Elektrobau
Bettinastr. 69HH · 6000 Frankfurt/Main 50
☎ (069) 88 47 98

Bildungsurlaub
Anders leben – anders arbeiten
27.10. und 4.-8.12.89
Zu Beginn wollen wir gemeinsam herausfinden, welche Vorstellungen wir von unserer (eigenen) Zukunft haben, wie wir jetzt leben, was uns daran gut erscheint und worunter wir leiden.
Davon ausgehend wollen wir mögliche Wege zur Erreichung unserer „gewünschten" Zukunft suchen und uns gegenseitig Mut zu den ersten Schritten machen.
Das betrifft einerseits unser Alltagsverhalten: was können und wollen wir verändern in unserem Beruf, der Freizeit, unserem Konsumverhalten. Andererseits werden wir unsere Kommunikations- und Umgangsweisen hinterfragen müssen, die zunehmende Isolierung der Einzelnen in der industriellen Leistungsgesellschaft. Können neue Lebens- und Wohnformen die Isolierung bzw. die Probleme der Kleinfamilie aufheben? Wie können Rollenverhalten und Hierarchie abgebaut werden? Wir möchten dazu die Erfahrungen unseres Projekts vorstellen, in dem seit gut 7 Jahren 19 Erwachsene und 10 Kinder versuchen, andere Formen des Zusammenlebens und -arbeitens zu praktizieren. Darüberhinaus müssen wir uns klar werden, welche Veränderungsmöglichkeiten unserem direkten Zugriff entzogen sind, d.h., wo und wie wir in größerem Rahmen aktiv werden müssen, um die Verhältnisse im politischen Raum mitzugestalten.
Anmeldung:
KVHS Diepholz
Amtshof 3 · 2808 Syke
KVHS Northeim · Postfach 120
3353 Bad Gandersheim

Frauen auf dem Weg in die Selbständigkeit
Seminar mit Kinderbetreuung
Wir wollen herausfinden, wo und unter welchen Voraussetzungen Frauen eine Firma oder ein Kollektiv gründen können. Die Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft dafür sind schwierig und diskriminierend, aber trotzdem gibt es Wege, daß diese Art der Selbstverwirklichung für Frauen nicht nur ein Wunsch bleibt. Wir werden unsere eigene Situation reflektieren und sehen, welche Konflikte wir für unser Ziel offensiv angehen müssen. Zur Durchsetzung unserer Ideen entwickeln wir Strategien und schauen uns Arbeitstechniken an. Der zweite Abschnitt ist für die Information über Planung und Betriebswirtschaft vorgesehen. Von der Idee zur Gründung: Alles im Überblick.
4.11.-5.11.89
DM 100,-- (zuzüglich Kostenbeitrag für Verpflegung ca. 10 DM)
Sa/So 10-17 Uhr · 2x8 UStd.
MALT · Altstr. 3 · 5000 Köln 80

Finanzbuchhaltung
Buchhaltung als wichtige Informationsquelle für Entscheidungen und für das Finanzamt, verschiedene Buchhaltungsarten werden vorgestellt, darunter auch Finanzbuchhaltungen auf Personal-Computern.
Wochenendseminar
Termin: 10. und 11.11.89
Ort: voraussichtlich Kiel, Schweffelstr. 6
Bildungswerk „anders lernen e.V.",
Ringstr. 9-11 · 2331 Barkelsby
☎ (0561) 8 29 39

KOMMUNEN

Leben in der Kommune
An diesem Wochenende soll es um die Vorstellungen vom zusammen Leben und Arbeiten der Kommune Niederkaufungen gehen,
Im Mittelpunkt stehen die Erfahrungen der Kommune u.a. mit
- Gemeinsamer Ökonomie (d.h. jede/r gibt alles in die gemeinsame Kasse und nimmt nach ihren/seinen Bedürfnissen heraus; es gibt kein Privateigentum mehr
- Entscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip, d.h. Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von allen getragen werden
- gemeinsame Verantwortung füreinander, was die gemeinsame Verantwortung für Kinder miteinschließt
- Alltagsleben/Alltagsorganisation mit über 40 Menschen Es wird Gelegenheit sein zu diskutieren, ob diese Lebenform geeignet ist, auf (Fehl)Entwikklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehmen.

Termin: 27.-29.10.89
Teilnahmebetrag: 90,-- DM
Anmeldung & Information:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen
Kirchweg 1 · 3504 Niederkaufungen
☎ (0 56 05) 27 02

Leben in der Kommune – aus Frauensicht
An diesem Wochenende soll es um Konzept, Erfahrungen und Alltag der Kommune Niederkaufungen aus der Sicht der hier lebenden Frauen gehen. Auf dieser Grundlage wollen wir uns mit interessierten Frauen auch über grundsätzliche Fragen der gesellschaftlichen Situation von Frauen und daraus resultierenden Erwartungen an und Möglichkeiten von kommunitären Lebensformen auseinandersetzen.
Termin: 24.-26.11.89
Teilnahmebetrag: 90,-- DM
Anmeldung s.o.

SOZIALPOLITIK

AG SPAK

27.10.-5.11.89 Bahnhof Göhrde (Lüneburger Heide) – **Sozialpolitische Tagung in den vier Jahreszeiten für Jugendliche:** Herbsttreffen
Anmeldung & Information:
Kinder- und Jugendzentrum
Bahnhof Göhrde · 2121 Nahrendorf/Breese

17.-21.11.89 Bahnhof Göhrde – **Tagung zur Jugenderwerbslosigkeit**
Anmeldung & Information: s.o.

6.-10.12.89 Bahnhof Göhrde –
Frauenseminar:
Feministische Bildungsarbeit
Anmeldung & Information:
Bahnhof Göhrde · 2121 Nahrendorf/Breese

3.-5.11.89 Walberberg bei Bonn – **Jahrestagung des Arbeitskreises Freire-Pädagogik**
Anmeldung & Information:
AG SPAK
Adlzreiter Str. 23 · 8000 München 2

Netzwerk Hamburg

Idee – Vorhaben – Konzept
Konzeptentwicklung
Ob Mütterzentrum, Dritte-Welt-Laden oder Beratungsstelle – jede Initiative muß spätestens in den Zusammenhängen Öffentlichkeitsarbeit oder Finanzierungsverhandlungen erklären können, was das Besondere ihres Konzepts ist, muß Angebot, Interessenten, Werbestrategie beschreiben können.
Wir beschäftigen uns mit den Bausteinen der Konzeptentwicklung:
- Inhalt, Plan, Vorhaben
- Markt, Notwendigkeit, Abnehmer, Interessenten
- Aufwendung und Erträge.

Termin: 4.11.89, 9.30 - 17.15 Uhr
DM 30,–
Ort: Blauer Raum (KISS)
Gaußstr. 25 · 2000 Hamburg 50

„Internationaler Vergleich neuer sozialer Bewegungen"
Veranstaltung der Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen
Vom 1. bis 3.11.89
Anmeldung & Information:
Forschungsgruppe NSB
c/o Thomas Leif,
Taunusstr. 66 · 6200 Wiesbaden

Ansätze und Methoden der Beratung örtlicher Beschäftigungsinitiativen
„Moderation als Beratungsmethode" war Thema einer ersten Beraterfortbildung im Oktober 1988, die im Februar 1989 eine Wiederholung findet.
Die Weiterentwicklung der Moderationsmethode, aber auch die Reflexion und praktische Erprobung analoger Methoden, einschließlich der Behandlung von Gruppenkonflikten in der Beratungssituation sind Gegenstand der weiteren Veranstaltung.
Termin: 6.-9.11.89
G.I.B.
Essener Str. 255-257 · 4250 Bottrop
☎ (02041) 6 70 17

ÖKOLOGIE

Recycling ist keine Lösung
Fachkongreß Ökologische Abfallwirtschaft
Das Forum der Umweltvorsorge durch Abfallvermeidung vom 30.11. bis 2.12.89 in Berlin
Auf diesem Fachkongreß referieren über 30 kritische WissenschaftlerInnen ihre Ergebnisse für eine ökologische Abfallwirtschaft. Dabei geht es nicht um hochentwickelte und profitable Entsorgungstechnologien, sondern um Möglichkeiten einer radikalen Abfallvermeidung. Der Kongreß bietet die Möglichkeit, einen Überblick zu bekommen über den Stand der europaweiten Forschung in Sachen Umweltvorsorge.
Kongreßgebühr: 80 DM, ermäßigt 30 DM für Mitglieder gemeinnütziger Umweltschutzorganisationen, StudentInnen und Erwerbslose.
Anmeldung & Information:
Kongreßbüro
Institut für ökologisches Recycling
Kurfürstenstr. 14 · 1000 Berlin 30
☎ (030) 261 68 5

Netzwerk Hamburg

Energiesparen – aber wie?
Sparmaßnahmen selber umsetzen
Wir wollen einen Einblick geben in einfache Maßnahmen zum Energiesparen, von Sparlampen über die Verminderung des Wasserverbrauchs bis zum Selbstbau von Winterfenstern. Damit die Praxis nicht zu kurz kommt, wollen wir möglichst in der Wohnung eines Teilnehmers einige Maßnahmen umsetzen, und eventuell ein in unserer Werkstatt gefertigtes Winterfenster einbauen.
Termin: 27.10.89, 18-20 Uhr
28.10.89, vormittags 4 St. nach Absprache
4.11.89 vormittags wie oben.
DM 40,–
Ort: Werkstatt Zusammen Leben
und Arbeiten e.V.,
Gaußstr. 17 · 2000 Hamburg 50
im Hof links
TeilnehmerInnenzahl: 15 (mind. 8)

TAGUNGSHÄUSER

Das neue Bundesverzeichnis der **Tagungshäuser in der BRD** ist erschienen. Auf 125 Seiten stellen sich 106 Häuser vor.
Zu bestellen bei: **Kraftzwerg e.V.**
Silbernaal 1 · 3392 Clausthal-Zellerfeld
Kosten: DM 5,00 plus 2,00 Versandkosten

Lern-werkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere **»Lernwerkstatt«** hat 27 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- oder Selbstverpfleg. Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrl. Landschaft. Nur knappe 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Wiesbaden, Ffm. enstanden durch die Idee ehem. EntwicklungshelferInnen.
Info & Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1, 5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 od. 10 31

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖS (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:
Adresse:
Gruppe/Betrieb/Beruf:
Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:
Geldinstitut:
Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**
☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM (560 ÖS) abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE - Vertrieb,Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 (Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien).